



2008

Nr. 14

Europäische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden

EUROSAI

VII Kongres Kraków 2008



VII. EUROSAI-Kongress
Krakau (Polen), 2.-5. Juni 2008

ISSN: 1027-8982

ISBN: 84-922117-6-8

Gesetzliche Hinterlegung: M. 23.968-1997

Gemäß der organisationsinternen Vereinbarung gibt das Sekretariat der EUROSAI (Europäische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) jährlich die EUROSAI-Zeitschrift heraus. Ziel dieser Zeitschrift ist die Verbesserung der Verfahren und Techniken zur öffentlichen Rechnungsprüfung sowie die Information über die Tätigkeiten der Organisation.

Die Herausgeber laden alle Interessierten zur Einsendung von Artikeln, Berichten und Nachrichten ein. Dieses Material kann unter folgender Anschrift an das Büro des Herausgebers gesendet werden: TRIBUNAL DE CUENTAS, Secretaría de EUROSAI, Fuencarral 81, 28004 Madrid, SPANIEN

Tel.: +34 91 446 04 66 – Fax: +34 91 593 38 94 – E-Mail: eurosai@tcu.es – www: <http://www.eurosai.org>

Diese Anschrift gilt ebenfalls für jegliche Korrespondenz im Zusammenhang mit der Zeitschrift.

Die Zeitschrift wird allen Präsidenten der an der EUROSAI-Tätigkeit mitwirkenden Obersten Rechnungskontrollbehörden Europas zugestellt.

Die von EUROSAI herausgegebene Zeitschrift wird koordiniert und überwacht von: Herrn Manuel Núñez Pérez, Präsident des Rechnungshofes von Spanien und EUROSAI-Generalsekretär; Frau María José de la Fuente, Direktorin des EUROSAI-Sekretariats; Frau Pilar García; Herrn Fernando Rodríguez; Herrn Jerónimo Hernández sowie Frau Teresa García. Übersetzung durch Auctoritas, S.L. und Guerman & Guinzbourg, intérpretes jurados, S.L.; Produktion und Gestaltung durch DiScript, S.L.; Druck durch Star Press.

Die EUROSAI-Zeitschrift wird auf ökologisch behandeltem, chlorfrei gebleichtem Papier (EFC), 110 g, biologisch abbaubar und recycelbar, gedruckt.

Printed in Spain – In Spanien gedruckt.

Die Zeitschrift gibt die Gedanken und Meinungen der Herausgeber und der mit ihren Beiträgen beteiligten Personen wieder. Diese entsprechen nicht notwendigerweise den Ansichten oder der Politik der Organisation.

Inhaltsangabe

LEITARTIKEL	3
 INFORMATION: EUROSAT-NACHRICHTEN	
VII. EUROSAT-Kongress, Krakau (Polen), 2.-5. Juni 2008.	4
VII. EUROSAT-Kongress. Schlussfolgerungen und Empfehlungen.	6
Protokoll der XXXII. Sitzung des Präsidioms der EUROSAT, Bern (Schweiz), 13. September 2007.	15
Zusammenfassung der Beschlüsse der XXXIII. Sitzung des EUROSAT-Präsidioms, Krakau (Polen), 2. Juni 2008.	23
Zusammenfassung der Beschlüsse der XXXIV. Sitzung des EUROSAT-Präsidioms, Krakau (Polen), 5. Juni 2008.	25
Protokoll des XV. Treffens des EUROSAT-Ausbildungsausschusses, Bonn (Deutschland), 8.-9. März.	27
Zusammenfassung der Diskussionen und Beschlüsse auf dem XVI. Treffen des EUROSAT-Ausbildungsausschusses, Moskau (Russische Föderation), 27.-28. März 2008.	46
Seminare des EUROSAT-Präsidenten. Einander informieren“ - „Meinungen miteinander austauschen“ - „Voneinander lernen“. ...	48
EUROSAT-Aktivitäten 2007.	51
EUROSAT-Aktivitäten 2008.	52
Vorschau auf das EUROSAT-Programm 2009.	52
Neuer Vorsitzender der EUROSAT.	53
Neuer Generalsekretär der EUROSAT.	53
Neue EUROSAT-Mitglieder.	54
Ernennungen von EUROSAT-Mitgliedern.	54
 INFORMATION: EUROPÄISCHE UNION	
Herr Vítor Manuel da Silva Caldeira zum neuen Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs gewählt.	55
Drei neue Mitglieder am Europäischen Rechnungshof.	55
Jahresbericht über die Haushaltsdurchführung für die Rechnungsperiode 2006.	56
Sonstige vom Europäischen Rechnungshof veröffentlichte Berichte und Stellungnahmen.	57
Treffen der Leiter der obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) der Europäischen Union in Helsinki, (3.-4. Dezember 2007).	59
 BERICHTE UND STUDIEN	
WISSENSBILANZ - EIN INSTRUMENT ZUR DARLEGUNG DES WERTES VON OBERSTEN RECHNUNGSKONTROLLBEHÖRDEN.	60
Dr. Josef Moser, Präsident des österreichischen Rechnungshofes und Generalsekretär der INTOSAI.	
FÜNFZEHN JAHRE SUPREME AUDIT OFFICE DER TCHECHISCHEN REPUBLIK	62
Dr. Frantisek Dohnal, Präsident. Supreme Audit Office der Tschechischen Republik.	
DER RECHNUNGSHOF VON MOLDAWIEN: VON EXTERNER KONTROLLE ZU EXTERNER RECHNUNGSPRÜFUNG.	63
Ala Popescu, Präsidentin des Rechnungshofs der Republik Moldawien.	
PRÜFUNGEN IM BILDUNGSBEREICH.	68
Dr. Valentyn Symonenko, Präsident der Rechnungskammer der Ukraine.	
DER XIX. INTOSAI-KONGRESS- MEXICO 2007.	73
ORKB von Mexico.	
INTERNATIONALE STANDARDS DER OBERSTEN RECHNUNGSKONTROLLBEHÖRDEN.	76
Kristoffer Blegvad und Ane Elmoose. Berater. PSC/Rigsrevisionen – ORKB von Dänemark.	
ÜBERTRAGUNG DES VORSITZES DER INTOSAI-ARBEITSGRUPPE FÜR UMWELTPRÜFUNG AN DAS NATIONAL AUDIT OFFICE VON ESTLAND – EIN MITGLIED DER EUROSAT.	78
Die ORKB von Estland und das Sekretariat der INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung.	

KOOPERATIONSPRÜFUNGEN ALS PRAKTISCHE FORM ZUM AUSTAUSCH VON PRÜFUNGSERFAHRUNGEN KOOPERATIONSRAHMEN ZWISCHEN OBERSTEN RECHNUNGSKONTROLLBEHÖRDEN.	79
Dr. Pál Becker. Erster Stellvertretender Generaldirektor der ORKB von Ungarn.	
KARTOGRAFIERUNG DES KORRUPTIONSRISIKOS IN UNGARN: ZUSAMMENFASSUNG EINES TWINNING-LIGHT-PROJEKTS DES NIEDERLÄNDISCHEN RECHNUNGSHOFS UND DES STATE AUDIT OFFICE VON UNGARN.	84
Das State Audit Office von Ungarn.	
RUSSLAND UND NORWEGEN IN EINER BAHNBRECHENDEN PRÜFUNGSKOOPERATION.	91
Das National Audit Office von Norwegen.	

Leitartikel

Liebe Kollegen,

es ist mir eine große Freude, Gelegenheit zu bekommen, um von dieser Plattform aus, die uns regelmäßig vereint, einige Worte an Sie zu richten. Ich möchte sie gern dazu nutzen, einige Gedanken zu der besonders wichtigen Veranstaltung auszudrücken, die uns in diesem Jahr zusammengeführt hat: der VII. EUROSAI-Kongress, der im Monat Juni mit der hervorragenden Organisation durch die Oberste Rechnungskontrollbehörde von Polen, die Najwyższa Izba Kontroli, stattgefunden hat.

An erster Stelle möchte ich hier im Namen der EUROSAI-Mitglieder dem Präsidenten dieser Behörde, Herrn Jezierski, erneut zu seiner Ernennung zum Präsidenten unserer Organisation auf diesem Kongress gratulieren und ihm eine sehr erfolgreiche Amtszeit wünschen. Zudem möchte ich auch dem Präsidenten des deutschen Bundesrechnungshofs, Herrn Dr. Engels, für die großartige Arbeit während seiner dreijährigen Amtszeit an der Spitze der EUROSAI danken und ihn zu dem Impuls beglückwünschen, den seine Initiativen, seine berufliche wie persönliche Verfügbarkeit und sein Engagement der Organisation gebracht haben. Für das EUROSAI-Sekretariat und seine Amtsträger dieses Zeitraums, Herr Ubaldo Nieto, den ich ebenfalls wegen zehn Jahren gewissenhafter Tätigkeit besonders erwähnen möchte, sowie für mich selbst war es eine Ehre, auf eine so wertvolle Zusammenarbeit zählen zu dürfen.

Der VII. EUROSAI-Kongress hat die Reife der Organisation unter Beweis gestellt, da Fragestellungen von gemeinsamem Interesse analysiert und diskutiert wurden, um durch die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der ORKB einen Beitrag zur besseren Verwaltung öffentlicher Mittel zu leisten. Die für den Kongress ausgewählten Themen - Qualitätsmanagementsysteme für Rechnungsprüfungen sowie die Prüfung von Sozialprogrammen im Bereich Bildung und berufliche Eingliederung Behinderter - brachten interessante Vorträge und einen reichen Erfahrungsaustausch hervor. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus den Vorträgen, Fallstudien und mündlichen Beiträgen des Kongresses bekundeten das fachliche Niveau der Diskussion. Zweifelsfrei fördert Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen die Diskussion, die kritische Analyse sowie die gegenseitige Bereicherung, denn die Bewertung von Problemen und der Austausch von Lösungen lassen uns erkennen, dass wir uns auf einem gemeinsamen Terrain mit gleichen Herausforderungen bewegen.

Die EUROSAI bietet einen offenen Rahmen, einen großen Raum zur Förderung der Zusammenarbeit und des beruflichen Austauschs. Die Anstrengungen und Errungenschaften unserer Organisation in den 18 Jahren ihres Bestehens sind offenkundig. Der Nutzen der EUROSAI für jede einzelne ORKB bei der Umsetzung ihrer Tätigkeit in Handlungsstrategien und zum Austausch von Erfahrungen zur Vereinheitlichung von Prüfungsverfahren und -standards sowie zur Erstellung gemeinsamer Vorgehensweisen und guter Praktiken für effizientere und zuverlässige Kontrollen ist offensichtlich.

Aber die EUROSAI ergänzt unsere Institutionen nicht nur durch den Austausch, sondern hat sich selbst als handlungsfähige Einrichtung erwiesen, die als Organisation eigene Strukturen wie den Ausbildungsausschuss, Arbeitsgruppen und Taskforce geschaffen hat. Zudem hat sie Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern, mit der INTOSAI und deren Regionalorganisationen, mit IDI, SIGMA sowie mit anderen externen Mitgliedern mit gemeinsamen Interessen geknüpft bzw. gestärkt und tritt dabei als Institution mit eigener Handlungsfähigkeit auf.

Des Weiteren ist die EUROSAI eine bedeutsame Verpflichtung im Bereich Ausbildung eingegangen. Auf dem VII. Kongress wurde die Strategie für den Zeitraum 2008-2011 verabschiedet, die auf der des vorausgegangenen Dreijahreszeitraums basiert und ausgehend von einer detaillierten Analyse der Umsetzung und Resultate erstellt wurde. Die neue Strategie setzt drei Prioritäten: die Mitarbeiter der ORKB ausbilden, um ihre Fähigkeiten und ihren Erfahrungsschatz zwecks der qualifizierten Wahrnehmung ihrer Funktionen weiterzuentwickeln und aufrechtzuerhalten; den Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen fördern, damit die ORKB der Region bessere Praktiken auf dem Gebiet der öffentlichen Rechnungsprüfung einführen; und einen Beitrag zur institutionellen Entwicklung leisten, um starke, unabhängige und multidisziplinäre ORKB zu erlangen.

Jeder EUROSAI-Kongress bedeutet ein Schritt mehr zur Stärkung der Organisation und ihrer Mitglieder als Bestandteile eines Ganzen. Neue vielversprechende Horizonte und Perspektiven eröffnen sich uns. Zugleich aber – und dies ist die andere Seite der Medaille – müssen wir uns auch Verpflichtungen und Aufgaben stellen, die zu lösen sind. Lassen Sie uns engagiert den Herausforderungen begegnen, die uns der VII. Kongress mit auf den Weg gegeben hat. Dies erfordert verantwortungsbewusste Anstrengungen unsererseits, wird uns aber im Gegenzug ausgehend von der soliden Plattform der Zusammenarbeit eine wertvolle Grundlage bieten, um einen effizienteren Beitrag zum besseren Management öffentlicher Mittel leisten zu können.

Ich möchte nicht schließen, ohne zuvor die Verfügbarkeit dieses EUROSAI-Sekretariats zu betonen sowie aufrichtig den Autoren zu danken, die diese Ausgabe der Zeitschrift ermöglicht haben. Ebenso möchte ich diesen Treffpunkt, dessen fundamentale Aufgabe darin besteht, als Mittel zur Information, Kommunikation und Kooperation zwischen den Mitgliedern unserer Organisation zu dienen, allen anbieten, die zu diesem gemeinsamen Werk etwas beitragen möchten.

Manuel Núñez Pérez,
Präsident des Rechnungshofes von Spanien
Generalsekretär der EUROSAI



Eurosai-Nachrichten

VII. EUROSAI-Kongress¹, Krakau (Polen), 2.-5. Juni 2008



4

Vom 2. bis 5. Juni 2008 beherbergte die polnische ORKB (NIK) den VII. EUROSAI-Kongress in Krakau.

57 Delegationen – insgesamt 229 Gäste – nahmen am Kongress teil, darunter 48 Mitglieds-ORKB der EUROSAI sowie Delegationen der AFROSAI, ARABOSAI, ASOSAI, OLACEFS, EUROSAI, IBAN, INTOSAI Journal of Government Auditing, OECD / SIGMA und IDI.

Tag 1: 2. Juni

Am Morgen versammelten sich die Mitglieder des EUROSAI-Präsidiums zu ihrer XXXIII. Sitzung.

Auf der Eröffnungssitzung des Kongresses hielt Herr Prof. Lech Kaczyński, Präsident der Republik Polen, eine Eröffnungsrede an die Delegierten zum offiziellen Beginn des Kongresses.

Herr Jacek Jezierski, Präsident der ORKB von Polen, übernahm den Vorsitz des EUROSAI-Präsidiums von Herrn Professor Dieter Engels, Präsident des Bundesrechnungshofs von Deutschland.

Auf der ersten Plenarsitzung des Kongresses am Nachmittag, unter Vorsitz von Herrn Jacek Jezierski, wurden zunächst die Themenberichtersteller und Vorsitzenden der Themensitzungen des Kongresses vorgestellt. Daraufhin besprachen und genehmigten die Delegierten den Bericht des Generalsekretärs über die EUROSAI-Aktivitäten 2005-2008, die Abschlüsse und Finanzberichte der EUROSAI 2005-2007, die Berichte der EUROSAI-Prüfer 2005-2007 sowie den EUROSAI-Haushalt für den Zeitraum 2009-2011. Ebenfalls wurde ein Bericht über die in den Jahren 2005-2008 neu in die EUROSAI aufgenommenen Mitglieder (Israel und Montenegro) vorgelegt.

Tag 2: 3. Juni

Themensitzung 1: „**Errichtung eines Managementsystems für Qualitätsprüfung in einer Obersten Rechnungskontrollbehörde**“, unter gemeinsamem Vorsitz von Herrn Dr. Árpád Kovács, Präsident der ORKB von Ungarn, und Herrn Jacek Jezierski, mit Sprechern der

¹ von der polnischen Obersten Rechnungskontrollbehörde (NIK).

ORKB von Ungarn, Bulgarien, Malta, Dänemark, der Russischen Föderation, Schweden, der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Lettland sowie des ERH. Vor dem Kongress übermittelten 32 ORKB ihre Länderpapiere zur Erörterung.

- Die Sprecher behandelten vielfältige Möglichkeiten, wie ORKB das Prüfungsqualitätsmanagement innerhalb ihrer Organisationen stärken können. Auf Grundlage der behandelten Themen zur Errichtung und Betreuung eines Managementsystems für Prüfungsqualität in einer ORKB empfahl der Kongress, eines der Hauptziele jeder einzelnen ORKB sollte in der Bewertung und ständigen Verbesserung ihrer Managementsysteme für Prüfungsqualität bestehen. Des Weiteren wurde beschlossen, einen Leitfaden über gute Praktiken zur Prüfungsqualität zu entwickeln. Ein Entwurf soll im Jahr 2009 von der entsprechenden EUROSAI-Arbeitsgruppe unter Vorsitz Ungarns erstellt werden.

Themensitzung 2: „Prüfung von Sozialprogrammen – Prüfung von Programmen im Bildungsbereich“, unter gemeinsamem Vorsitz von Herrn Guilherme d’Oliveira Martins, Präsident der ORKB von Portugal, und Herrn Józef Górný, Vizepräsident des polnischen NIK, mit Sprechern aus Portugal, Estland, Frankreich, Schweden und der Ukraine. Vor dem Kongress wurden 32 Länderpapiere zur Debatte übermittelt.

- Alle Sprecher hoben die Tatsache hervor, dass Bildung für jeden Staat eine Schlüsselpriorität darstellt und deshalb für alle ORKB nach wie vor vorrangig sein muss. Trotz der zwischen den europäischen Ländern bestehenden Diversität stehen die ORKB ähnlichen Herausforderungen bei der Prüfung der Wirksamkeit und Rechtmäßigkeit öffentlicher Bildungsausgaben gegenüber. Deshalb wurde beschlossen, der Prüfungsumfang bei bildungsbezogenen Themen müsse im Verhältnis zum Anteil der öffentlichen Ausgaben an besonderen öffentlich finanzierten Programmen stehen. Eine Reihe von Prüfungsmethoden und Themen wurden vorgeschlagen, u. a. „Hindernisse beim Zugang zu qualitativ hochwertiger Kindertagenerziehung“ oder „Entwurf von Bildungsinitiativen, um den Bedürfnissen spezifischer Gesellschaftsbereiche, besonders Behinderte, Beschäftigungslose und Straftäter, zu genügen“.



Tag 3: 4. Juni

Themensitzung 3: „Prüfung von Sozialprogrammen – Prüfung von Programmen für die berufliche Eingliederung Behinderter“, unter gemeinsamem Vorsitz von Herrn Martin Sinclair, stellvertretender Generalprüfer der ORKB von Großbritannien, und Herrn Marek Zająk, Vizepräsident des polnischen NIK, mit Sprechern aus Großbritannien, Schweden, der Schweiz und Polen. 28 ORKB übermittelten ihre Länderpapiere zur Behandlung auf dieser Sitzung.

- Zwei der Sprecher waren nicht der EUROSAI angehörende Gäste: Herr Chris Brace von der britischen NGO „RADAR“ und Herr Sławomir Piechota, Vorsitzender des polnischen Parlamentsausschusses für Sozialpolitik und Familie. Alle Sprecher betonten die Tatsache, dass alle Regierungen stets dem vielfältigen Nutzen der Eingliederung Behinderter in die Arbeitswelt Anerkennung zollen sollten. Aus diesem Grund sind die Höhe der Regierungsausgaben, die gesellschaftliche Bedeutung der Programme und die inhärenten Risiken wie die Schwierigkeiten bei der Festlegung der Anspruchsberechtigung ein wichtiger Prüfungsbereich für ORKB. Den ORKB wurde empfohlen, bei der Planung ihrer Prüfungsarbeiten die besondere Wesensart, das Risiko und die Sensibilität von Programmen zur Förderung



der beruflichen Eingliederung Behinderter zu berücksichtigen. Des Weiteren sollten sie stets darauf achten, Informationen aus erster Hand von Nutzern der Dienstleistungen oder ihren Vertretern zu erhalten. Eine Reihe von Wegen wurden empfohlen, wie die ORKB mit ihrer jeweiligen Regierung auf diesem Gebiet zusammenarbeiten sollten.

Tag 4: 5. Juni

Auf der 2. Plenarsitzung unter Vorsitz von Herrn Jacek Jezierski verabschiedete der Kongress die „Krakauer Empfehlungen und Schlussfolgerungen“, die in vollständiger Fassung auf der Kongress-Website (www.eurosai2008.pl) veröffentlicht wurden.

Die ORKB der Ukraine und der Türkei wurden vom Kongress als Neumitglieder in das EUROSAI-Präsidium bestellt. Den Kongressteilnehmern wurden die Tätigkeitsberichte der EUROSAI-Arbeitsgruppen vorgestellt, und es wurde beschlossen, die EUROSAI-Task Force über die „Prüfung der Folgen von vom Menschen verursachten Naturkatastrophen und der Beseitigung radioaktiver Abfälle“ einzurichten. Verschiedene Aspekte der EUROSAI-Kooperation mit der ARABOSAI, OLACEFS und IDI wurden präsentiert. Der Vorsitz der Arbeitsgruppe für Umweltprüfung wurde vom polnischen NIK an die ORKB von Norwegen übergeben, während die ORKB der Niederlande den Vorsitz der IT-Arbeitsgruppe an die ORKB der Schweiz abgab.

Der Kongress nahm einstimmig das Angebot der portugiesischen ORKB an, den VIII. EUROSAI-Kongress im Jahr 2011 zu beherbergen.

In der Abschlussrede betonte Herr Jacek Jezierski seine hohe Wertschätzung

und Dankbarkeit für die Unterstützung und Beratung, die die ORKB bei der Kongressvorbereitung durch die ORKB von Deutschland, Spanien, der Russischen Föderation sowie Ungarn erhalten hatte. Ebenso dankte er den Vorsitzenden der Themensitzungen des Kongresses, im Einzelnen den ORKB von Ungarn, Portugal und Großbritannien, und gratulierte ihnen zu ihrer exzellenten Arbeit.

Nach Abschluss des Kongresses fand die XXXIV. Präsidiumssitzung statt.

Rahmenprogramm

Am Tag vor Kongressbeginn waren die Delegierten eingeladen, zwischen einem Rundgang durch die Altstadt von Krakau und einer Exkursion zum historischen Salzbergwerk in Wieliczka zu wählen. Am Abend waren alle zum Abendessen im Folk-Style-Restaurant in Zalesie in der Nähe von Krakau mit Folk-Music und Tanz eingeladen.

Am Montag, 2. Juni, empfing Herr Jacek Majchrowski, Bürgermeister von Krakau, die Kongressteilnehmer zu einem Cocktail in den gepflegten *Gärten des Archäologischen Museums*.

Am Mittwoch, 4. Juni, lud Herr Jacek Jezierski seine Gäste zu einem Orgelkonzert in der Franziskanerbasilika aus dem 13. Jahrhundert ein sowie zum Abschlussabendessen des Kongresses im Franziskanerkloster. Beide Ereignisse bildeten für viele Delegierten die Glanzlichter des Rahmenprogramms.

Am Donnerstag, 5. Juni, waren die Delegierten nach der offiziellen Beendigung des Kongresses zu einem Konzert des Pianisten Joachim Menzel mit Musik von Frédéric Chopin eingeladen.



6

VII. EUROSAI KONGRESS. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

(Krakau, Polen, 2.-5. Juni 2008)

Vorwort

Seit fast 20 Jahren nach ihrer Gründung im Jahre 1990 fördert EUROSAI sowohl die gute Zusammenarbeit als auch den In-

formations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen ihren Mitgliedern, den nationalen Rechnungshöfen. Bei ihrer Tätigkeit berücksichtigt die EUROSAI sowohl die Vielfalt des Umfeldes als auch die

unterschiedlichen Rahmenbedingungen, in denen ihre Mitglieder agieren, und schöpft auch aus diesen Unterschieden. Jeder Rechnungshof ist unabhängig und kann jeder Zeit eigenständig sein Engagement definieren. In diesem Zusammenhang bietet der EUROSAI-Kongress alle drei Jahre den Mitgliedern dieser Organisation die einzigartige Gelegenheit, zusammenzukommen und über die Themen zu diskutieren, die von gemeinsamem Interesse und größter Bedeutung für die gesamte Rechnungshof-Gemeinschaft sind.

Ausarbeitung der Kongressthemen

Der VII. EUROSAI-Kongress, der am 2. -5. Juni 2008 in Krakau stattfand, befasste sich mit den drei unten genannten Themen. Die für die einzelnen Themen zuständigen Vorsitzenden bereiteten zusammen mit den sie unterstützenden Rechnungshöfen Grundlagenpapiere mit der allgemeinen Darstellung der Theorie und Praxis sowie der entsprechenden Fragestellung vor. Jedes Mitglied von EUROSAI wurde dazu ermuntert, ihre Meinung zu den Grundlagen- und Länderpapieren zu äußern. Anhand der so gesammelten Informationen und Erfahrungen, haben die Vorsitzenden der jeweiligen Arbeitsgruppen zusammen mit den sie unterstützenden Rechnungshöfen, die Unterlagen für die Diskussion (Diskussionspapiere) zu jedem Thema vorbereitet.

Thema 1: Bildung eines Qualitätsmanagementsystems beim Audit der Obersten Rechnungskontrollbehörden

Der Rechnungshof muss das volle Vertrauen des Parlaments, der Öffentlichkeit und der Stakeholder genießen, um seiner Aufgabe als externes Kontrollorgan nachkommen zu können. Dabei ist die Prüfungsqualität von wesentlicher Bedeutung. Das Erarbeiten von Systemen, die eine gute Qualität der Prüfungen und ihrer Ergebnisse gewährleisten, ist für die Erreichung dieses Ziels ausschlaggebend.

Thema 1 wurde vom ungarischen Rechnungshof geleitet, mit Unterstützung der Rechnungshöfe von Dänemark, Malta, Polen und Russland. Auch der Europäische Rechnungshof leistete einen Beitrag. Zur Vorbereitung des Diskussionspapiers zum Thema 1 trugen insgesamt 33 Rechnungshöfe bei.



Thema 2: Kontrolle von sozialen Programmen im Bereich Bildung

Der Bereich Bildung hat in den Mitgliedsländern einen hohen Stellenwert und ist deshalb auch von zentraler Bedeutung für die Tätigkeit aller Rechnungshöfe. In den einzelnen Ländern herrschen sehr unterschiedliche Bildungssysteme, und unterschiedlich ist auch die öffentliche Ausgabenpolitik bei Maßnahmen im Bildungsbereich. Trotz dieser Unterschiede stehen die Rechnungshöfe vor vielen ähnlichen Herausforderungen bei der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Einsatzes öffentlicher Mittel im Bereich Bildung. Durch den internationalen Vergleich der Vorgehensweise einzelner Rechnungshöfe bei der Prüfung dieses wichtigen und komplexen Bereiches sind ebenfalls viele aufschlussreiche Erkenntnisse zu gewinnen.

Thema 2 wurde vom portugiesischen Rechnungshof geleitet, mit Unterstützung der Rechnungshöfe von Estland, Frankreich, Polen, Schweden und der Ukraine. Zur Vorbereitung des Diskussionspapiers zum Thema 2 trugen insgesamt 33 Rechnungshöfe bei.

Thema 3: Audit von Programmen zur beruflichen Integration von Behinderten

In der Europäischen Union und OECD wird ungefähr jede siebte Person als behindert bezeichnet, und in vielen Ländern wächst die Zahl von Personen, die Unterstützung wegen Behinderung in Anspruch nehmen. Die Regierungen sind sich der Vorteile der beruflichen Eingliederung von Behinderten bewusst; alle Regierungen verfügen über entsprechende Programme zur beruflichen Integration von Behinderten. Die Höhe der Staatsausgaben, die gesellschaftliche Bedeutung und die Risiken wie z.B. die Schwierigkeit, das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen festzustellen,



erfordert in besonderem Maße die Prüfung durch die Rechnungshöfe.

Thema 3 wurde vom Rechnungshof des Vereinigten Königreichs geleitet, mit Unterstützung der Rechnungshöfe von Estland, Island, Polen, Schweden und der Schweiz. Zur Vorbereitung des Diskussionspapiers zum Thema 3 trugen insgesamt 29 Rechnungshöfe bei.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Kongresses

Selbstverständlich umfassen diese drei Themen unterschiedliche Bereiche. Der erste ist direkt mit einer Herausforderung verbunden, mit der jeder Rechnungshof konfrontiert ist – der Sicherung von entsprechenden Qualitätsstandards, die die Stakeholder von der Arbeit der Rechnungshöfe und ihren Produkten erwarten. Das zweite und dritte Thema betreffen konkrete wichtige Bereiche der Sozialpolitik, die die Rechnungshöfe beeinflussen oder beeinflussen können. Der Austausch von Informationen über Erfahrungen und Vorgehensweisen ermöglicht, diejenigen Bereiche zu identifizieren, die in Zukunft von den Rechnungshöfen bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden sollten.

Bei dem VII. EUROSAI-Kongress diskutierten die Teilnehmer über die in den einzelnen Diskussionspapieren enthaltenen Analysen und Schlussfolgerungen sowie über Präsentationen zu einzelnen Fallstudien und über unterschiedliche Standpunkte externer Stakeholder. Aufgrund dessen kamen die Kongressteilnehmer zu bestimmten Schlussfolgerungen und erarbeiteten mehrere Empfehlungen.

Die Kongressteilnehmer stellten fest, dass die Empfehlungen und die zusammengefassten Schlussfolgerungen zu den drei Themen (wie in den Anhängen 1, 2 und 3 dargestellt), nützliche Wegweiser für die Mitarbeiter der Rechnungshöfe und andere Interessenten sein können, die detaillierte und ausführliche Fachinformationen auf der EUROSAI-Webseite suchen. Alle Informationen, Erkenntnisse und Arbeitshilfen, die auf diese Weise den Rechnungshöfen zugänglich sind, können behilflich sein bei der Vorbereitung und Durchführung von Projekten in den drei Themenbereichen des VII. EUROSAI-Kongresses, der im Juni 2008 in Krakau (Polen) stattfand.

ANHANG (1)

Thema 1: Bildung eines Qualitätsmanagementsystems beim Audit der Obersten Rechnungskontrollbehörden

1. Schlussfolgerungen

Im Folgenden werden die wichtigsten Schlussfolgerungen dargestellt, die der Kongress erarbeitete, damit die Rechnungshöfe ihr Qualitätsmanagementsystem für die Durchführung von Prüfungen verbessern können:

1.1 Alle Teilnehmer des EUROSAI-Kongresses sind an Fragen der Qualitätskontrolle interessiert. Die Praxis der Qualitätskontrolle bei Prüfungen unterscheidet sich wesentlich in den einzelnen Ländern.

1.2 Die Rechnungshöfe bestätigten das ständige Interesse am Thema der Führung. Kernaussage war, dass gute Führung einer Organisation ein klares Leitbild vermittelt.

1.3 Die meisten Rechnungshöfe unterstrichen, dass die Führungskräfte großen Wert auf die interne Kommunikation auf allen Ebenen legen sollten. Dies ist notwendig, um das Leitbild der Rechnungshöfe entsprechend auszurichten, das Vertrauen innerhalb der Organisation zu verbessern und Fachwissen zu fördern.

1.4 Die meisten Rechnungshöfe verfügen über einen strategischen Plan, wie auf Veränderungen im Prüfungsumfeld und in den Erwartungen der Stakeholder zu reagieren ist. Die Mehrheit der Rechnungshöfe führt im Rahmen der strategischen Planung eine umfassende Risikoanalyse des Prüfungsumfeldes durch.

1.5 Die Rechnungshöfe vieler Länder überwachen und überprüfen periodisch die Fortschritte bei der Umsetzung ihrer eigenen Strategie. Die überwiegende Mehrheit der Rechnungshöfe wies darauf hin, dass die Erreichung der strategischen Ziele durch die Erfüllung des Jahres- oder des Prüfungsplanes bewertet wird. Einige Rechnungshöfe gaben an, dass sie Erfolgsindikatoren für die Messung des Zielerreichungsgrades ihrer Strategie verwenden.

1.6 Die Rechnungshöfe gaben an, dass sie über personalwirtschaftliche Konzepte und Systeme verfügen oder im Begriff sind, diese aufzubauen. Die meisten Rech-



nungshöfe formulierten konkrete Pläne und Verfahren zur Rekrutierung und Auswahl der Mitarbeiter, ihrer Förderung, zur Organisation von Mitarbeiterfortbildungen und Unterstützung ihrer Aufstiegsmöglichkeiten, sowie zur Bewertung ihrer Arbeitsergebnisse. Allerdings werden dabei unterschiedliche Vorgehensweisen bevorzugt, je nach dem Aufgabenbereich der Rechnungshöfe, je nach der Größe, der Kultur, den Mitteln, der Struktur und je nach dem Entwicklungsstand der Organisation.

1.7 Die meisten Rechnungshöfe betrachten eine umfassende Planung und Überwachung der personellen Mittel als wesentlich für die Gewährleistung eines wirtschaftlichen und wirksamen Personaleinsatzes sowie für die Verbesserung der Arbeitszufriedenheit und der Qualifikation der Mitarbeiter. Zusätzlich unterstreichen diese Rechnungshöfe die Notwendigkeit, gut dokumentierte und den Mitarbeitern bekannte Praktiken und Verfahren der Personalwirtschaft sowie übersichtliche Regeln, die die Behandlung der Mitarbeiter betreffen, richtig einzusetzen.

1.8 Die wichtigsten Arten der Qualitätskontrolle sind nach Meinung der Rechnungshöfe die ständige Überprüfung und regelmäßige Aufsicht während des Prüfungsverfahrens. In vielen Rechnungshöfen wird die Überprüfung der Prüfungstätigkeit von den Vorgesetzten oder dienstälteren Prüfern übernommen, um zu gewährleisten, dass die geltenden Prüfungsnormen und -verfahren beachtet werden. In den meisten Rechnungshöfen wird die Prüfungstätigkeit durch ein Prüfungsteam sowie durch interne bzw. externe Berater überprüft.

1.9 Die Rechnungshöfe erarbeiteten Dokumente zur Prüfungsmethodik (z.B. Richtlinien, Handbücher und Checklisten), die den internationalen und internen Prüfungsstandards entsprechen. Die Prüfungsmethodik soll die Prüfer bei der Zielerreichung unterstützen, d.h. beim Durchführen einer Prüfung von hoher Qualität. Darüber hinaus stellen die Rechnungshöfe den Prüfern im Rahmen des Prüfungsverfahrens auch andere Hilfsmittel zur Verfügung, darunter IT-Instrumente sowie externe Gutachten.

1.10 Die Rechnungshöfe wissen, dass externe Beziehungen wichtig sind als unabhängige Erkenntnisquelle über die Prü-

fungsqualität. Die Rechnungshöfe knüpfen und unterhalten gute Beziehungen und ständige Kontakte zu den Stakeholdern, und bemühen sich aktiv um Rückmeldungen. Zu den wichtigsten Stakeholdern, an die sich die Rechnungshöfe wenden, gehören die Parlamente und die Parlamentsausschüsse, die geprüften Stellen, Medien, die Öffentlichkeit sowie Berufsverbände.

1.11 Die Rechnungshöfe verfügen über unterschiedliche Mittel, die Ergebnisse ihrer Prüfungstätigkeit zu überwachen und externe Rückmeldungen zu sammeln. Die Mehrheit der Rechnungshöfe überwacht den Umsetzungsgrad der Prüfungsempfehlungen durch Kontrollprüfungen sowie durch Befragungen in den geprüften Stellen. Viele Rechnungshöfe organisieren auch Pressekonferenzen, überwachen und analysieren die Berichte über ihre Tätigkeit in den Medien, bemühen sich um Rückmeldungen von den Bürgern mit Hilfe von Befragungen und Umfragen, die auf ihrer Homepage veröffentlicht werden.

1.12 Die meisten Rechnungshöfe streben nach Optimierung und nachhaltiger Weiterentwicklung des eigenen Qualitätsmanagementsystems für Prüfungen durch interne und/oder externe ex-post Qualitätskontrollen. Einige Rechnungshöfe wenden auch das Verfahren der Selbstevaluation an. Die Ergebnisse dienen den Rechnungshöfen zur Verbesserung eigener Systeme des Qualitätsmanagements und sind richtungweisend für die weitere Entwicklung.

1.13 Die Rechnungshöfe bieten ihren Mitarbeitern die Möglichkeit, konstruktive Verbesserungsvorschläge einzubringen. Die meisten Rechnungshöfe berücksichtigen diese Hinweise bei der Vorbereitung eigener strategischer Pläne oder Jahres- und Prüfungspläne sowie bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse. Darüber hinaus werden die Vorschläge und Meinungen der Mitarbeiter bei der Vorbereitung und Aktualisierung der Dokumente zur Methodik berücksichtigt.

1.14 Die Rechnungshöfe erachten es als notwendig, die bestmögliche Prüfungsqualität anzustreben. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, aus den Erfahrungen des privaten Sektors und anderer staatlicher Institutionen zu schöpfen. Die *Good practices* anderer Rechnungshöfe sind ebenfalls nachahmenswert.



2. Empfehlungen

Aufgrund der diskutierten Fragen zur Bildung des Qualitätsmanagementsystems für Prüfungen und seines späteren Einsatzes im Rechnungshof, formuliert der Kongress folgende Empfehlungen:

2.1 Die Rechnungshöfe sollten Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Führungsqualität treffen. Dies umfasst die Notwendigkeit, die Beschreibungen der Aufgabenerfüllung in das Leitbild, das Wertesystem, den Verhaltenskodex und in die strategischen und operativen Ziele aufzunehmen. Zur Bewertung und Überwachung der Zielerreichung könnten sich die Rechnungshöfe folgender Erfolgsindikatoren bedienen: Input, Output, Ergebnisse, Wirtschaftlichkeit und/oder andere Instrumente.

2.2 Ziel der Rechnungshöfe sollte die Bewertung und Verbesserung eigener Qualitätsmanagementsysteme sein. Auf der Grundlage der Ergebnisse einer solchen Bewertung sollten die Rechnungshöfe einen Aktionsplan erarbeiten mit Schwerpunkten für die Verbesserung des Qualitätsmanagements bei Prüfungen. Die Rechnungshöfe sollten letztendlich ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem einführen, das sich auf alle Funktionen und Prozesse der Institution bezieht und das Streben aller Mitarbeiter nach bester Qualität fördert.

2.3 Die Rechnungshöfe sollten ihre Mitarbeiter ermuntern, ihr Wissen zu vertiefen und neues Wissen und Fertigkeiten zu erwerben und Berufserfahrung zu sammeln und sie durch Fortbildungsmaßnahmen und Weiterbildungsprogramme dabei unterstützen, um auf diese Weise ihre berufliche Entwicklung und entsprechende Einstellung zu den Standards und Zielen einer hohen Qualität zu fördern. Es empfiehlt sich, die interne Kommunikation in den Rechnungshöfen durch effektiven und effizienten Einsatz verschiedener Kommunikationsmittel zu verbessern.

2.4 Die Rechnungshöfe sollten von externen Sachverständigen durchgeführte Prüfungen, darunter auch Peer Reviews, in ihre Arbeit mit einbeziehen. Sie könnten auch die Gründung einer unabhängigen organisatorischen Einheit in Betracht ziehen, die sich mit Qualitätsfragen beschäftigt.

2.5 Die Rechnungshöfe sollten die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den wichtigsten Stakeholdern d.h. mit dem

Parlament und den Parlamentsausschüssen, mit den geprüften Stellen, den Medien, der Öffentlichkeit und den Berufsverbänden stärken. Sie sollten das System und die Verfahren beim Sammeln, Auswerten und Nutzen von Rückmeldungen stärken und verbessern, um die Qualität der Prüfungen zu steigern.

2.6 Der Kongress befürwortet die Idee, von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe ein Handbuch zu den *Good Practices* der Prüfungsqualität erarbeiten zu lassen. Der Entwurf des Handbuches wird im Jahr 2009 erstellt. Er wird vom Generalsekretär der EUROSAI den EUROSAI-Mitgliedern zur Stellungnahme zugeleitet. Die Endversion des Dokumentes wird dem EUROSAI-Präsidium vorgelegt.

ANHANG (2)

Thema 2: Kontrolle von sozialen Programmen im Bereich Bildung

Schlussfolgerungen

Rechtssysteme und Ausgaben

1. Die grundlegenden und programmatischen Rechtsnormen der meisten Staaten sind in den Verfassungen verankert.

2. Der Anteil der Ausgaben für den Bereich Bildung am BIP liegt zwischen 2% und 8,5%.

Durchgeführte Prüfungen im Bereich Bildung

1. In den Jahren 2004-2006 wurden 109 Prüfungen durchgeführt, für den Zeitraum 2007-2009 sind 93 Prüfungen geplant.

2. Die meisten durchgeführten Prüfungen betrafen die Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie die Prüfung der Umsetzung politischer Vorgaben in der Bildung; die Prüfungen konzentrierten sich hauptsächlich auf das Hochschulwesen.

Themenwahl im Bereich Bildung

1. Als Informationsquellen bei der Wahl der Prüfungsthemen werden vorwiegend Erkenntnisse aus früheren Prüfungen der Rechnungshöfe sowie vorhandene statistische Daten genutzt.



2. Die meistgenannten Bewertungskriterien im Bereich Bildung sind Ordnungsmäßigkeit/Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Prüfungsmethoden im Bereich Bildung

1. Es bestehen keine wesentlichen methodologischen Unterschiede zwischen den Prüfungen im Bereich Bildung und in anderen Bereichen.

2. Alle Rechnungshöfe nutzen die Aktenanalyse als wichtigste Prüfungsmethode, die meisten gewinnen Informationen durch die Befragung von Bürgern.

Berichterstattung an die Entscheidungsträger und an die Begünstigten der Bildungsprogramme zur Optimierung der Prüfungswirksamkeit

1. Das Internet ist das meistbenutzte Medium zur Veröffentlichung der Prüfungsberichte und –empfehlungen.

2. Das Parlament, die geprüften Stellen und die Regierung sind die wichtigsten Empfänger der Ergebnisse der Rechnungshöfe.

3. Die Evaluierung der Wirksamkeit der Prüfungen der Rechnungshöfe erfolgt durch die Überwachung der Umsetzung von Prüfungsempfehlungen.

4. Empfehlungen zur Änderung der geltenden Vorschriften sowie die Verbreitung von *Good Practices* sind die wichtigsten Methoden, um die Prüfungswirksamkeit zu maximieren.

Empfehlungen

Wahl des Prüfungsbereichs

1. Der Prüfungsumfang im Bereich Bildung sollte in angemessenem Verhältnis zu den öffentlichen Mitteln stehen, die für die bildungsbezogenen Programme bestimmt sind. Unsere Analyse der ausführlichen Antworten der Rechnungshöfe ergab eine Reihe von möglichen Prüfungsthemen, die in einem breiteren universellen Kontext in Erwägung gezogen werden könnten:

a) Hindernisse beim Zugang zu hochwertiger Vorschulbildung, insbesondere solche, die von der geografischen Lage der Dienstleister, von den Möglichkeiten der Eltern, die Schulgebühren zu bestreiten,

und von der Qualität der Vorschulbildung abhängig sind;

b) die Qualität und die Wirksamkeit der Dienstleistungen im Bereich Bildung sowie der Maßnahmen, die die Primar- und Sekundarschulen betreffen, um die Schulleistungen zu verbessern und die Zahl der Schulabbrecher im Alter von 15 bis 18 Jahren zu reduzieren;

c) die Qualität der Maßnahmen im Bereich Berufsausbildung sowie der Umfang, in dem sie den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage nach Fort- und Weiterbildung entsprechen;

d) Bildungsmaßnahmen, die auf die Bedürfnisse konkreter Gesellschaftsgruppen ausgerichtet sind, z.B. Behinderte, Arbeitslose oder Vorbestrafte;

e) die Qualität der Hochschulbildung, darunter die Probleme eines effizienten Managements sowie die finanzielle Unterstützung für Studenten.

2. Bei der Wahl des Prüfungsschwerpunktes sind diese Programme sowohl im internationalen, als auch nationalen Kontext zu untersuchen, unter Nutzung der weltweit in Managementinformationssystemen zur Verfügung stehenden Daten und Statistiken. Soweit es möglich ist, sollten Prüfungsthemen gewählt werden, die für das Parlament und insbesondere für die wichtigsten Parlamentsausschüsse von besonderem Interesse sind.

3. Bei der Wahl der Prüfungsthemen sollten von den Rechnungshöfen folgende Risikobereiche berücksichtigt werden:

a) die Wesentlichkeit der öffentlichen Ausgaben für ein bestimmtes Programm, besonders wenn es während der Durchführung zu bedeutenden Änderungen bei den Ausgaben kam;

b) komplizierte Managementstrukturen oder unklare Aufteilung von Pflichten und Zuständigkeitsbereichen;

c) unvollständige oder ungenaue Rechtsvorschriften;

d) Fehlen von Indikatoren und Richtwerten zur Evaluierung des Programmserfolgs;

e) Programme mit Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Ausschreibungs- und Beschaffungsmaßnahmen.



4. Von besonderem Nutzen können gemeinsame oder parallele Prüfungen der Rechnungshöfe sein. Solche Prüfungen sollten den Prüfern einen Erfahrungsaustausch und die Bewertung der jeweiligen Bildungssysteme auf regionaler und sogar europäischer Ebene ermöglichen.

Prüfungsmethoden

1. Es ist wichtig, dass Rechnungshöfe bei der Bewertung der Wirksamkeit bildungspolitischer Maßnahmen messbare und vergleichbare Leistungsindikatoren für einzelne Programme verwenden oder entwickeln.

2. Die Prüfung der Bildungsprogramme ist besonders nützlich, wenn dabei – neben der Aktenanalyse – auch andere Techniken eingesetzt werden, wie zum Beispiel: Befragung der Begünstigten, Interviews, Auswertung der Arbeit interner Prüfungsdienste, Fokusgruppen und Expertengremien. Das internationale Benchmarking wird auch als ein wichtiges Werkzeug beim Vergleich der Leistung der Anbieter von Bildung verschiedener Regionen/Länder betrachtet.

3. Während des gesamten Prüfungsverfahrens ist die Kommunikation mit der geprüften Stelle von Bedeutung. Diese Kommunikation beinhaltet regelmäßige Rückmeldungen über die Fortschritte der Prüfung sowie Gespräche über die vorläufigen Prüfungsergebnisse. Es wurde festgestellt, dass engere Arbeitskontakte zwischen dem Prüfer und der geprüften Stelle die Erörterung und die Akzeptanz der Prüfungsberichte und -empfehlungen erleichtern.

4. Die Nutzung entsprechender Arbeitsergebnisse anderer Rechnungshöfe und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit ihnen können sich als sehr nützlich erweisen. Die bereits durch diese Institutionen durchgeführten Prüfungen gewähren einen guten Einblick in die Arbeit der geprüften Stellen. Durch die Einbeziehung dieser Arbeitsergebnisse kann Doppelarbeit im jeweiligen Bereich vermieden werden, dadurch verringert sich auch die Belastung des Personals der geprüften Stellen, d.h. diese werden bei ihrer Aufgabenerfüllung nicht unterbrochen.

Berichterstattung über Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1. Um die Wirksamkeit der Prüfung zu sichern ist es empfehlenswert, die Prüfungs-

berichte den zuständigen Entscheidungsträgern zuzuleiten, was bei der Umsetzung der Prüfungsempfehlungen behilflich sein kann.

2. Obwohl das Internet ein sehr beliebtes und wertvolles Medium bei der Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse ist, ist es empfehlenswert, auch andere Kommunikationswege bei der Information über die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Prüfung zu nutzen.

3. Eines der wichtigsten Mittel, die einige Rechnungshöfe einsetzen, um die Wirksamkeit ihrer Prüfungen zu evaluieren, ist die Weiterverfolgung der Umsetzung der Prüfungsempfehlungen. In der Praxis wäre eine systematische Weiterverfolgung durch die Rechnungshöfe für die verbesserte Umsetzung der Prüfungsempfehlungen ausreichend.

4. Der Nutzen von Prüfungen im Bildungswesen kann durch konkrete Empfehlungen gewährleistet werden, die zu Änderungen der für Bildungsmaßnahmen geltenden Vorschriften führen, außerdem durch Weiterverbreitung von Prüfungsergebnissen und *Good-Practice*-Beispielen.

ANHANG (3)

Thema 3: Audit von sozialen Programmen zur beruflichen Integration von Behinderten

Empfehlung 1: Bei der Planung ihrer künftigen Prüfungstätigkeit sollten die Rechnungshöfe die besondere Erheblichkeit, das besondere Risiko und die besondere Sensitivität der Programme für die Förderung der beruflichen Eingliederung von Behinderten berücksichtigen. Auch die Erfahrungen zahlreicher Rechnungshöfe, deren Prüfungen bereits zu wichtigen Feststellungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen geführt hatten, sollten berücksichtigt werden.

In vielen Ländern wenden die Regierungen große Finanzmittel für die berufliche Eingliederung der Behinderten auf, deshalb bedarf dieser Bereich der Kontrolle durch die Rechnungshöfe. Darüber hinaus gibt es bestimmte Faktoren, die die Bedeutung dieses Bereiches für die Rechnungshöfe erhöhen. Dies liegt daran, dass das Thema der beruflichen Eingliederung von Behinderten von der Gesellschaft als



besonders heikel empfunden wird und das Interesse der Öffentlichkeit für dieses Thema groß ist. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass das mit diesen Programmen verbundene Risiko entsprechend höher ist. Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass die Regierungen auf politischer Ebene ehrgeizige Ziele setzen, die oft schwer zu erreichen oder gar nicht erreichbar sind. Das Risiko bei der Umsetzung der Programme wächst auch deshalb, weil es schwierig ist, bestehende Programme in Frage zu stellen.

Zwar werden sich die Regierungen auch in diesem wie in allen anderen Ausgabenbereichen um eine wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel bemühen, es können jedoch Umstände vorliegen, unter denen die üblichen Erwartungen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit (z.B. bei Beschäftigung in Werkstätten für Behinderte) in Anbetracht des breiteren gesellschaftlichen Nutzens der Unterstützung behinderter Menschen reduziert werden. Daraus folgt, dass die Prüfer bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie ihr eigenes Urteilsvermögen anwenden müssen, insbesondere wenn ihre Prüfung zu der Feststellung führen könnte, dass manche Programme unwirtschaftlich sind. In der Praxis wurde durch Prüfungen der Rechnungshöfe festgestellt, dass u.a. durch diese Probleme der erwartete Nutzen der Programme nicht gewährleistet ist. Tatsächlich haben einige Prüfungen wesentliche Mängel und Misserfolge bei der Programmumsetzung aufgedeckt.

Empfehlung 2: Bei der Planung und Durchführung der Prüfungen sollten die Rechnungshöfe den Standpunkt der Begünstigten oder deren Vertreter berücksichtigen.

Für die Rechnungshöfe ist es sehr nützlich, Begünstigte oder deren Vertreter zu befragen. Dadurch gewinnen sie Informationen aus erster Hand über die Wirksamkeit der Programme, über die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten und der daraus gewonnenen Erfahrung, die von den Leistungserbringern nicht gemessen werden, sowie Erkenntnisse über politische und verwaltungsmäßige Entwicklungen. Die Daten und Angaben können auf unterschiedliche Art und Weise gesammelt werden, zum Beispiel durch Umfragen und Kontakte zu Behindertenvertretern. Es soll aber beachtet werden, dass die Prüfer ihre Unabhängigkeit bewahren und im Stande sind, die einzelnen

Leistungen zu bewerten, ohne sich für sie auf politischer Ebene einzusetzen.

Empfehlung 3: Die Rechnungshöfe sollten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Prüfungsinstanzen nutzen. Dabei müssen aber entsprechende Regeln und Verfahren beachtet werden, die die Richtigkeit und Vollständigkeit der von Dritten gelieferten Daten gewährleisten.

In einigen Staaten können die Prüfer Beschäftigungsprogramme nicht prüfen. Sie sind auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen angewiesen. In einigen Bereichen werden die Beschäftigungsprogramme von Nichtregierungsorganisationen umgesetzt, z.B. Wohltätigkeitsorganisationen oder private Leistungserbringer. Die Rolle des Rechnungshofes bei der Prüfung von Programmen kann sich unter diesen Umständen schwieriger gestalten. Der Prüfer muss ein gründliches Verständnis eines Systems gewinnen, an dem eine große Zahl kleiner Organisationen beteiligt sind oder dass eine lange Leistungserbringungskette umfasst.

Empfehlung 4: Bei der Definition ihrer nationalen Prüfungsansätze sollten die Rechnungshöfe in vollem Ausmaß die Möglichkeit nutzen, aus den Erfahrungen und dem Wissen ihrer EUROSAL-Kollegen zu schöpfen.

Bei dem Kongress wurde darauf hingewiesen, dass die Rechnungshöfe bereits über ein umfangreiches Wissen und Erfahrungen zur Prüfung dieser Programme und zu den unterschiedlichen damit verbundenen Risiken verfügen. Obwohl dies ein sehr weiter und komplexer Bereich ist, können sich die Rechnungshöfe auf die bisherigen Erfahrungen ihrer Kollegen sowie die angewandten Methoden stützen, um auf dieser Grundlage Verfahren zu erarbeiten, die bei Prüfungen in ihrem Heimatland eingesetzt werden können.

Empfehlung 5: Die Rechnungshöfe sollten die Regierungen dazu bewegen, *Good Practices* in der Verwaltung aufzugreifen.

Aufgrund der Größenordnung der für Beschäftigungsprogramme für Behinderte eingesetzten Mittel haben die Rechnungshöfe eine bedeutende Verantwortung bei der Sicherstellung, dass die Mittel entsprechend dem vorgesehenen Zweck verwendet und nicht für andere Aktivitäten ausgegeben wer-



den. Die Prüfungen der Rechnungshöfe zeigen jedoch oft, dass die durch die Regierung vorgegebenen und angewandten Verwaltungsverfahren nicht immer wirksam sind. Die Rechnungshöfe sollten die Regierungen dazu bewegen, verständliche Vorschriften und Gesetze einzuführen, transparente Verfahren der Entscheidungsfindung zu erarbeiten sowie eine klare und zuverlässige Dokumentation der Unterstützungsmaßnahmen für Behinderte zu gewährleisten.

Empfehlung 6: Die Rechnungshöfe sollten darauf hinwirken, dass die Regierungen ihre Datenerfassungsmethoden bezüglich der erzielten Schaffung bzw. Erhaltung der Arbeitsplätze verbessern und die Programme so gestalten, dass eine Zielerreichungskontrolle möglich ist.

Für viele Rechnungshöfe ist die Zuverlässigkeit der Daten ein Problem. Die Schwierigkeiten bestehen in der Feststellung der Anzahl der Begünstigten in den jeweiligen Programmen oder im Zugang zu den entsprechenden Daten. Sind die Daten verfügbar, liegt das Problem oft darin, dass viele Institutionen über unterschiedliche Datenbanken verfügen, die zusammengefügt oder kombiniert werden sollen, um einen Überblick über das Programm zu bekommen. Dabei kann es sich um eine schwierige und zeitaufwendige Arbeit handeln. Außerdem dürften die Schwierigkeiten bei der Feststellung des weiteren Werdegangs der Begünstigten, nachdem sie Beschäftigungsprogramme absolviert haben, die Bewertung der Wirksamkeit der Programme sehr erschweren.

Empfehlung 7: Die Rechnungshöfe sollten erwägen, ob bei der Bewertung der Programme zur beruflichen Integration von Behinderten entsprechendes Fachwissen oder der Einsatz von Sachverständigen notwendig ist.

Die Anspruchsberechtigung im Rahmen von Programmen zugunsten der Behinderten hängt oft von einer Feststellung des Grades der Behinderung ab, die von medizinisch qualifiziertem Personal durchgeführt wird. Die Prüfer können die ärztlichen Atteste nicht in Frage stellen, die die Anspruchsberechtigung im Rahmen eines Programms oder den Anspruch auf Unterstützung bestätigen. Sie müssen aber die entsprechenden Entscheidungen verstehen und den Grad der Behinderung einschätzen können. Sie sollten auch im Stande sein, die Ent-

scheidungsprozesse der Verwaltung nachzuvollziehen. Aus diesem Grund kann es notwendig sein, während der Prüfung auf die Unterstützung durch Fachkräfte und Sachverständige zurückzugreifen.

Empfehlung 8: Wegen der Schwierigkeiten bei der Bewertung von Programmen zur Unterstützung von Behinderten sollten die Rechnungshöfe besonders darauf achten, dass die benötigten Informationen aus unterschiedlichen Quellen stammen, um die Feststellungen und Schlussfolgerungen der Prüfungen ausreichend zu untermauern.

Bestehen Schwierigkeiten, im Zuge der Prüfung eine Bewertung vorzunehmen, z.B. hinsichtlich der Anwendung von Kriterien für die Bestimmung des Anspruchs durch ärztliches Personal, ist es wichtig, andere Erhebungsquellen zu finden. Beispielsweise können Erkenntnisse über die Nutzung der Unterstützungsmaßnahmen und die Zahl der Begünstigten darauf hinweisen, dass Probleme bei der Anspruchsberechtigung bestehen. Solche Beweisquellen sind oft objektiv überprüfbar.

Empfehlung 9: Bei der Wahl des Prüfungsschwerpunktes sollten die Rechnungshöfe in diesem umfangreichen und komplexen Bereich Richtwerte und Indikatoren aus unterschiedlichen Quellen berücksichtigen.

Die Rechnungshöfe stellten fest, dass Richtwerte und Indikatoren vorhanden sind, die bei der Bestimmung von Entwicklungen und Problemen innerhalb der Programme behilflich sein können. Zum Beispiel kann eine hohe Zahl von Anträgen, die wiederholte Teilnahme Einzelner an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen oder die Tatsache, dass eine hohe Zahl Betroffener zum wiederholten Male Leistungen beansprucht, darauf hinweisen, dass besondere Risikobereiche bestehen oder die Umsetzung der Programme zu unbeabsichtigten und unerwarteten Folgen geführt hat. Die geprüfte Stelle wird nicht immer über alle notwendigen Informationen verfügen. Andere Stellen, z.B. Nichtregierungsorganisationen, können oft wertvolle Erkenntnisquellen sein und Hinweise darauf geben, ob die Programme eine nachhaltige Beschäftigung für Behinderte gewährleisten können.



PROTOKOLL DER XXXII. SITZUNG DES PRÄSIDIUMS DER EUROSAT

Bern (Schweiz), 13. September 2007

Das EUROSAT-Präsidium hält seine XXXII. Sitzung am 13. September 2007 in Bern (Schweiz) mit Anwesenheit der in der Anlage aufgeführten Mitglieder, Beobachter und Gäste sowie unter Leitung von Herrn Dr. Dieter Engels, Präsident der ORKB Deutschlands und der EUROSAT.

Herr Dr. Engels eröffnet die Sitzung und dankt dem Gastgeber für die Gastfreundschaft sowie dem EUROSAT-Generalsekretär für die Arbeiten zur Vorbereitung der Sitzung. Er heißt die Teilnehmer willkommen, mit besonderer Erwähnung der ORKB-Leiter des Präsidiums, die ihr Amt nach der XXXI. Sitzung angetreten haben, also die Präsidenten der ORKB Italiens und Polens.

Herr Grüter, Leiter der ORKB der Schweiz und Gastgeber dieser Sitzung, begrüßt die Teilnehmer und gibt seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck, diese zu beherbergen, sowie seiner Hoffnung auf erfolgreiche Ergebnisse.

Herr Dr. Engels ergreift das Wort, um mit der Behandlung der Tagesordnung zu beginnen.

1. Annahme der Tagesordnung der XXXII. Sitzung

Die Tagesordnung der XXXII. Sitzung wird wie vorgeschlagen angenommen.

2. Annahme des Protokolls der XXXI. Sitzung

Das Protokoll der XXXI. Sitzung des EUROSAT-Präsidiums (Reykjavik/Island, 13. September 2006), von dem der Generalsekretär den Organisationsmitgliedern eine Kopie zuschicken wird, wird angenommen.

3. Tätigkeitsbericht der EUROSAT 2006-2007

Herr Nieto de Alba, Präsident des Rechnungshofes von Spanien und Gene-

ralsekretär der EUROSAT, bedankt sich zunächst bei Herrn Grüter für die Gastfreundschaft und begrüßt die Teilnehmer mit einem besonderen Willkommensgruß an die Präsidenten der ORKB Italiens und Polens. Anschließend stellt er den Tätigkeitsbericht der Organisation 2006-2007 vor. Darin wird über die Aktivitäten seit der letzten Präsidiumssitzung, insbesondere zur Umsetzung der Beschlüsse des VI. EUROSAT-Kongresses, zur Durchführung der Ausbildungspolitik, zur Entwicklung der Tätigkeitsprogramme der Arbeitsgruppen, zur Förderung der Zusammenarbeit mit der INTOSAT und ihren Regionalorganisationen sowie zur Vorbereitung des VII. EUROSAT-Kongresses Rechenschaft abgelegt. Ebenso werden der aktuelle Stand der Projekte und die Tätigkeits- und Verwaltungsplanung für das verbleibende Jahr 2007 mit einem Ausblick auf 2008 beschrieben. Es wird an den von der ORKB Israels eingegangenen Antrag auf EUROSAT-Mitgliedschaft erinnert, der dem Präsidium auf dieser Sitzung vorzulegen ist, und es wird über die vom Generalsekretariat im betreffenden Zeitraum erstellten Veröffentlichungen (Zeitschrift und Newsletter) sowie die auf der Website der Organisation erfolgten Aktualisierungen informiert.

Das Präsidium dankt dem Generalsekretär für seinen Bericht und nimmt diesen zur Kenntnis.

4. Vorstellung des Jahresabschlusses, Finanzberichts und Prüfungsberichts 2006

Herr Nieto de Alba stellt den Jahresabschluss und Finanzbericht der EUROSAT für das Geschäftsjahr 2006 vor und erinnert daran, dass darin zum ersten Mal der vom VI. Kongress (2005) verabschiedete Dreijahres-Haushaltsplan zur Anwendung kam. Besondere Erwähnung findet das Verfahren, dem das EUROSAT-Sekretariat gemäß der spanischen Gesetzgebung, auf die Artikel 17.2 der EUROSAT-Satzung verweist,



bei der Auftragsvergabe für Dienstleistungen im Rahmen seiner Tätigkeitsausübung unterliegt, hauptsächlich für Übersetzungsdienste und die Erstellung von Veröffentlichungen, also angesichts ihrer Beträge geringwertige Verträge. Ebenso erwähnt er die Rechtfertigung von aus dem EUROSAI-Haushalt 2006 an die ORKB der Tschechischen Republik vergebenen Hilfgeldern in Höhe von 9.600 € zur Teilfinanzierung des Seminars über die „Prüfung staatlicher Zuschüsse und Beihilfen“ (Prag, 6.-8. November 2006) sowie an die Entwicklungsinitiative der INTOSAI (IDI) zwecks Umsetzung des Programms zur „Prüfung öffentlicher Schulden“ in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in Höhe von 40.000 €. Des Weiteren erwähnt er die Rechtfertigung durch IDI des noch nicht nachgewiesenen Betrags (2.000 €) der Jahresrate 2005 für die ihr von der EUROSAI gewährte Subvention zur Umsetzung der II. Phase des langfristigen regionalen Aus- und Fortbildungsprogramms (PRFLP).

Außerdem berichtet der Generalsekretär, dass die EUROSAI-Prüfer ihre Kontrolltätigkeit im Hinblick auf die genannten Beträge und den Finanzbericht vor Ort im Generalsekretariat der Organisation vorgenommen haben. Sie haben einen vorbehaltlosen Bericht erstellt, aus dem hervorgeht, dass der Jahresabschluss ein getreues Bild der Finanzlage der EUROSAI sowie der Erträge und Aufwendungen des Geschäftsjahres wiedergibt. Herr Nieto de Alba erwähnt die von den Prüfern abgegebenen Empfehlungen.

Das Präsidium nimmt den EUROSAI-Jahresabschluss, den Finanzbericht und den Prüfungsbericht zur Kenntnis und erachtet die erwähnten Hilfgelder als ausreichend belegt. Hinsichtlich der Empfehlungen der Prüfer betont es die Notwendigkeit, darauf zu bestehen, dass die Banküberweisungen der Organisationsbeiträge ohne Gebühren zulasten der Organisation erfolgen müssen, und beschließt aus praktischen Gründen sowie aufgrund von Informationsvorbehalten die Unwirksamkeit des Vorschlags laut den „Anweisungen über die Führung, Darstellung und Prüfung der EUROSAI-Konten“, die die Pflicht zur Veröffentlichung des Jahresabschlusses und Finanzberichts der EUROSAI im Newsletter vorsehen. Das Präsidium beglückwünscht das EUROSAI-Sekretariat zu der guten Finanzführung der Organisation.

5. Vorstellung des Tätigkeitsberichts des EUROSAI-Ausbildungsausschusses 2006-2007. Vorschlag zur Aufnahme des Ausbildungsbereichs in die EUROSAI-Website

Frau de la Fuente, ORKB Spaniens und Co-Vorsitzende des EUROSAI-Ausbildungsausschusses, stellt den zuvor verteilten Tätigkeitsbericht des Ausschusses vor. Sie erwähnt den dreifachen Wirkungsbereich seiner Tätigkeit: Anregung und Förderung der Ausbildungspolitik, Arbeit an diversen Aspekten im Hinblick auf die eigene Organisation sowie Erstellung von Vorschlägen für den VII. Kongress (2008). Ihr Vortrag konzentriert sich auf die zu folgenden Zwecken durchgeführten Aktivitäten: Umsetzung der vom VI. Kongress in Auftrag gegebenen Tätigkeiten, um die vereinbarte gemeinsame Ausbildungsstrategie in Gang zu bringen; die diesbezüglich beschlossenen Initiativen sowie noch offene Herausforderungen. Dabei stellt sie besonders die Kooperation und das Engagement der EUROSAI und ihrer Mitglieder als Schlüsselfaktor zur wirksamen Umsetzung heraus.

Frau Lamarque, ORKB Frankreichs und Co-Vorsitzende des Ausbildungsausschusses, geht näher auf die Maßnahmen ein, die zur Stärkung der internen Organisation und Struktur des Ausschusses unternommen werden, um seine Tätigkeit effizienter zu gestalten, die Erstellung von Vorschlägen in den vom Präsidium in Auftrag gegebenen Bereichen zu erleichtern und Verantwortlichkeiten sowie Aufgaben zu verteilen. Des Weiteren erläutert sie die auf die Festlegung von Normen zielenden Aktivitäten, an denen sich die Organisation von Ausbildungsveranstaltungen orientieren kann. Ebenso hebt sie die Tätigkeiten zur Wirkungsbewertung der bei der EUROSAI durchgeführten Ausbildungsmaßnahmen hervor, um dem VII. Kongress für die Zukunft quantifizierbare Tätigkeitsziele vorzuschlagen.

Herr Nieto de Alba legt dem Präsidium einen Vorschlag des Ausbildungsausschusses vor (XV. Treffen, Bonn, 8.-9. März 2007), der die Pflege einer einzigen EUROSAI-Website anregt. Diese würde weiterhin vom Organisationssekretariat verwaltet werden und in ihren Inhalt den Ausbildungsbereich aufnehmen. Dazu würde das Sekretariat auf die Unterstützung der



ORKB Frankreichs zählen, die die Erfassung von Informationen zu diesem Bereich sowie deren Ausarbeitung zentralisieren und sie zur Aufnahme in die Website an das EUROSAI-Sekretariat weiterleiten würde.

Das Präsidium nimmt den Vorschlag des Ausbildungsausschusses über die Website an, nimmt den vorgelegten Tätigkeitsbericht zur Kenntnis und dankt für die geleistete Arbeit.

6. Information über die Veranstaltung von Seminaren und Workshops durch den EUROSAI-Vorsitz für den Zeitraum 2006-2008

Herr Dr. Engels stellt dem Präsidium die Tätigkeiten zur Umsetzung der von seiner ORKB als EUROSAI-Vorsitz im Zeitraum 2006-2008 angeregten Ausbildungsinitiative vor und erläutert deren Wirkung im Hinblick auf Beteiligung und erteilte Ausbildungsmaßnahmen. Diese Initiative, die in fachlicher und finanzieller Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie Trier sowie der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) durchgeführt wird, verfolgt das Ziel, die von der EUROSAI definierten strategischen Ausbildungsziele zu stärken. Herr Dr. Engels geht detailliert auf die zur Umsetzung der einzelnen Ziele durchgeführten bzw. noch durchzuführenden Ausbildungsveranstaltungen ein.

Das Präsidium beglückwünscht den EUROSAI-Präsidenten zu dieser Initiative und betont das besondere Interesse, das das in ihrem Rahmen im Jahr 2008 stattfindende Seminar über die Verwaltung der ORKB erweckt. Auf diesem Seminar werde über ein strategisches Thema von gemeinsamem und vorrangigem Interesse nachgedacht und Erfahrungen könnten ausgetauscht werden.

7. Vorschlag zur Gewährung der Mitgliedschaft im EUROSAI-Ausbildungsausschuss an die ORKB der Russischen Föderation

Bezüglich des vom Präsidenten der ORKB der Russischen Föderation, Herrn Stepashin, eingereichten Antrags sowie gemäß dem Urteil des Ausbildungsausschusses (XV. Treffen) und vorausgegangenen Fällen legt der EUROSAI-Generalsekretär dem Präsidium einen Vorschlag zur Gewährung der Mitgliedschaft im EUROSAI-Ausbildungsausschuss an die besagte ORKB vor, die als ersten Schritt in diese Richtung bereits den formellen Beobachterstatus innehält. Die Mitgliedschaft wird gewährt unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit dieser ORKB zum EUROSAI-Präsidium sowie ihrer aktiven Tätigkeit zur Förderung der Ausbildung, ihrer Beiträge dazu und zur Tätigkeit des Ausbildungsausschusses, an dessen Aktivitäten sie sich beteiligt und dessen Treffen sie beherbergt hat.

Der EUROSAI-Präsident legt den Vorschlag dem Präsidium vor, der diesen unterstützt und beschließt, der ORKB der Russischen Föderation die Mitgliedschaft im EUROSAI-Ausbildungsausschuss mit demselben Status wie die Ursprungsmitglieder zu gewähren.

Herr Stepashin dankt dem EUROSAI-Generalsekretär und den Präsidiumsmitgliedern für deren Unterstützung seiner Bewerbung um die Mitgliedschaft im Ausschuss und bekräftigt seine Bereitschaft, dessen nächstes Treffen im April 2008 in Moskau auszurichten.

8. Analyse und Erwägung des Antrags der ORKB Litauens auf EUROSAI-Hilfsgelder für eine Ausbildungsveranstaltung

Der EUROSAI-Generalsekretär legt einen Antrag der ORKB Litauens über einen Betrag von 7.500 € vor. Dieser soll mit dem Jahresbeitrag 2008 ausgezahlt werden und der Ausrichtung eines Seminars über „Normen zur Finanzprüfung“ in Vilnius, 2.-3. Oktober 2008, dienen. Ziel der Hilfsgelder ist die Finanzierung der Teilnahme eines externen Moderators und eines Experten der IFAC sowie ein Beitrag zu den Ausgaben für die für das Seminar notwendige technische Ausrüstung. Herr Nieto teilt mit, dass der Antrag den Voraussetzungen gemäß Artikel 5.2 und 14.3 der EUROSAI-Verfahrensnormen sowie den vom V. Kongress verabschiedeten Kriterien und Normen zur Gewährung von Hilfsgeldern für die Finanzierung von Ausbildungsveranstaltungen entspricht. Des Weiteren teilt er mit, dass der EUROSAI-Ausbildungsausschuss seine Eignung und Betragshöhe positiv beurteilt hat (XV. Treffen).

17



Der EUROSAI-Präsident legt dem Präsidium den von der ORKB Litauens eingereichten Finanzierungsantrag vor und das Präsidium genehmigt diesen.

9. Information über die Ergebnisse der V. Tagung EUROSAI-OLACEFS

Herr D'Oliveira Martins, Präsident der ORKB Portugals, informiert über den Verlauf, die Teilnehmer und die wichtigsten Ergebnisse der V. Tagung EUROSAI-OLACEFS (Lissabon, 10.-11. Mai 2007). Er betont die Bedeutung dieser Treffen als Diskussionsforum über Themen von gemeinsamem Interesse zwischen beiden INTOSAI-Regionalorganisationen und erwähnt besonders die Relevanz und das Niveau der geführten Gespräche sowie die wichtigsten Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Tagung.

Das Präsidium nimmt diese Informationen zur Kenntnis, beglückwünscht den Gastgeber und dankt ihm für die Ausrichtung der Tagung.



18

10. Information über die Zusammenarbeit EUROSAI-ARABOSAI sowie Beschlussfassung

10.1. Ergebnisse des Treffens des EUROSAI-Präsidiums und des ARABOSAI-Direktoriums 2006 und Annahme des Protokolls

Herr Nieto de Alba erinnert kurz an das Treffen des EUROSAI-Präsidiums und des ARABOSAI-Direktoriums (Tunis, 30. November 2006) und die geführten Diskussionen sowie die erlangten Vereinbarungen als Grundlage für eine stabile Zusammenarbeit beider Organisationen. Er hebt die vier als wesentlich definierten Zusammenarbeitsbereiche hervor: Ausbildung, Informations- und Erfahrungsaustausch, Ausrichtung gemeinsamer Konferenzen über Themen von gemeinsamem Interesse sowie die Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Arbeitsgruppen. Die Generalsekretäre werden mit der Koordination, Umsetzung, Nachverfolgung und Bewertung dieser Bereiche beauftragt.

Das Protokoll des Treffens wird vom Präsidium angenommen und der Generalsekretär wird den EUROSAI-Mitgliedern eine Kopie davon zukommen lassen.

10.2. I. Tagung EUROSAI-ARABOSAI

Herr Dr. Engels berichtet über den Verlauf der I. Tagung EUROSAI-ARABOSAI (Tunis, 1.-2. Dezember 2006) und schlägt vor, ein solches Treffen alle drei Jahre stattfinden zu lassen. Er erinnert an die behandelten Themen und die hohe Zahl der Beiträge durch die Tagungsteilnehmer sowie deren praktische Natur, da sie auch Fallstudien beinhalteten und so einen hervorragenden Ausgangspunkt boten. Er bedankt sich für die Mitwirkung von Frau Stuiveling, Präsidentin der ORKB der Niederlande, bei der Herstellung erster Kontakte mit der ARABOSAI unter Beauftragung durch das Präsidium sowie den Beitrag des EUROSAI-Sekretariats zur Ausrichtung und Koordination der Tagung.

10.3. Beschlussfassung über die II. Tagung EUROSAI-ARABOSAI

Der EUROSAI-Präsident erinnert an den Inhalt des vom VI. Kongress der Organisation gefassten Beschlusses zur Herstellung einer regelmäßigen Zusammenarbeit zwischen der EUROSAI und der ARABOSAI. Dieser fand zum ersten Mal Ausdruck in der I. Tagung, die vom ARABOSAI-Sekretariat im Jahr 2006 beherbergt wurde. Auf der XXX. Sitzung des Präsidiums (2. Juni 2005) bot die ORKB Frankreichs die Ausrichtung der II. Tagung an. Dieses Angebot wurde zur Kenntnis genommen. Auch die ORKB der Russischen Föderation sprach eine Einladung aus, im Rahmen des Treffens der Leitungsorgane beider Organisationen im November 2006 eine Tagung zum Thema der Prüfung von Energieressourcen zu organisieren.

Frau Lamarque ergreift das Wort, um die ersten Pläne ihrer ORKB für die II. Tagung EUROSAI-ARABOSAI zu erläutern. Die Tagung werde voraussichtlich im März oder April 2009 stattfinden. Der französische Rechnungshof schlägt als Thema „Die Rolle der ORKB bei der Modernisierung des Staates“ unter Einbeziehung von institutionellen Beziehungen, bereichsbezogenen Belangen und Fallstudien vor.

Herr Stepashin erwähnt erneut die Initiative seiner ORKB zur Ausrichtung eines Treffens zum Thema „Prüfung von Energieressourcen“, das im Rahmen der Organisation der IV. Tagung EUROSAI-

ARABOSAI verwirklicht werden könnte. Dies wird auf der XXXIII. Sitzung des Präsidiums besprochen werden.

Der EUROS AI-Präsident legt dem Präsidium die Rahmenbedingungen und das Thema der II. Tagung laut Vorschlag der ORKB Frankreichs als Organisatorin vor. Diese werden angenommen und der EUROS AI-Generalsekretär wird um Mitteilung an das ARABOSAI-Sekretariat zwecks Vorlage an das Direktorium ersucht.

10.4. Erwägung der ARABOSAI-Einladung zu einem Fachtreffen in Kuwait im Jahr 2008

Herr Dr. Engels erinnert an die von der ORKB Kuwaits über das ARABOSAI-Sekretariat ausgesprochene Einladung an einige ORKB der EUROS AI zur Teilnahme an einem Treffen in diesem Land im Februar 2008 zwecks Informations- und Erfahrungsaustausch über ihre jeweilige Arbeitsweise. Da es sich um eine an die ORKB gerichtete Einladung handelt, empfiehlt er, das EUROS AI-Präsidium solle diesbezüglich keine Entscheidung treffen, sondern die einzelnen ORKB sollten jeweils über ihre Teilnahme und das geeignetste Datum für die Ausrichtung unter den von der ORKB Kuwaits vorgeschlagenen Daten entscheiden.

Das Präsidium nimmt die Empfehlung des EUROS AI-Präsidenten an. Die einzelnen ORKB verpflichten sich, ihre Entscheidung dem EUROS AI-Sekretariat zur Weiterleitung an das ARABOSAI-Sekretariat und seinerseits an die ausrichtende ORKB mitzuteilen.

11. Information über die Zusammenarbeit EUROS AI-IDI

Herr Kosmo, Generalprüfer von Norwegen und Vorsitzender des IDI-Rats, stellt den IDI-Tätigkeitsbericht 2006 und die in Zusammenarbeit mit der EUROS AI durchgeführten Aktivitäten vor. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er dem Programm zur „Prüfung der öffentlichen Schulden“, das im Jahr 2006 in den GUS-Ländern in englischer und russischer Sprache durchgeführt wurde, und er dankt der EUROS AI für ihren Beitrag dazu in Höhe von 40.000 €. Er hebt die Zusammenarbeit mit dem

EUROS AI-Ausbildungsausschuss hervor und bietet an, in Zusammenarbeit mit diesem zukünftige Ausbildungsveranstaltungen zu organisieren. Des Weiteren betont er die durchgeführten Onlinemaßnahmen zum Thema „E-Learning“ und gibt eine Vorschau auf den Plan 2007-2011.

Das Präsidium nimmt den Bericht zur Kenntnis und beglückwünscht die IDI zu der geleisteten Arbeit.

12. Information über die Aktivitäten der EUROS AI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung. Entscheidung über den Wechsel des Vorsitzes

Herr Jezierski, Präsident der ORKB Polens und Vorsitzender der EUROS AI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung, informiert über deren wichtigste Aktivitäten zur Umsetzung des vom VI. Kongress verabschiedeten Arbeitsplans 2005-2007. Er geht detailliert auf die durchgeführten Prüfungstätigkeiten ein (Parallelprüfungen zu Umweltbelangen) sowie auf die in Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsausschuss und dem EUROS AI-Vorsitz organisierten und geplanten Ausbildungsveranstaltungen. Er betont die wirksame Schaffung einer Untergruppe zur Prüfung der Folgen von durch den Menschen verursachten Naturkatastrophen und zur Beseitigung radioaktiver Rückstände unter Koordination durch die ORKB der Ukraine, um eine Parallelprüfung über die Verwendung der zur Beseitigung der Folgen der Tschernobyl-Katastrophe vergebenen Mittel vorzunehmen und Leitlinien für Kontrollen dieser Art zu erstellen. Herr Jezierski erinnert an die Entscheidung der ORKB Polens, den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe ab dem VII. Kongress abzugeben, und schlägt zur Nachfolge angesichts ihrer wichtigen Beiträge zu dieser Gruppe die ORKB Norwegens vor.

Herr Kosmo ergreift das Wort, um dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für die geleisteten Anstrengungen zu danken und seiner Bereitschaft Ausdruck zu verleihen, in Zukunft den Vorsitz zu übernehmen und die Aktivitäten der Arbeitsgruppe zu koordinieren, da dieses Thema für die von ihm geleitete Institution von besonderem Interesse sei.

Das Präsidium nimmt den vorstellten Bericht zur Kenntnis und beglückwünscht



die Arbeitsgruppe zu der geleisteten Arbeit. Es informiert die Anregung, dem VII. Kongress die Übertragung des Vorsitzes an die ORKB Norwegens vorzuschlagen.

13. Information über die Aktivitäten der IT-Arbeitsgruppe der EUROSAL. Entscheidung über den Wechsel des Vorsitzes

Frau Stuiveling, Vorsitzende der IT-Arbeitsgruppe der EUROSAL, stellt die Aktivitäten in den verschiedenen Arbeitsbereichen der Gruppe zur Umsetzung des vom VI. Kongress der Organisation verabschiedeten Plans vor. Sie macht Angaben über den Stand der in der vorausgegangenen Periode bereits begonnenen Projekte (Selbstbewertung durch die ORKB auf dem Gebiet der Informationstechnologien, Erstellung eines Rahmens für die Prüfung von „E-Government“) sowie über die neuen, in der Durchführung befindlichen Projekte und betont dabei, dass der Start einiger Projekte Schwierigkeiten bereite. Sie informiert über den Stand der vom VI. Kongress in Auftrag gegebenen Studie über die Bedeutung der Informationstechnologien bei der Prüfung von Betrugsverhalten im Bereich öffentlicher Einnahmen, die dem VII. Kongress vorzulegen ist. Sie fasst die in Zusammenarbeit mit dem EUROSAL-Ausbildungsausschuss sowie mit den entsprechenden Arbeitsgruppen anderer INTOSAL-Regionalorganisationen - insbesondere OLACEFS, ARABOSAL und AFROSAL - durchgeführten Ausbildungsmaßnahmen zusammen. Frau Stuiveling erinnert an die Entscheidung ihrer ORKB, den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe ab dem VII. Kongress abzugeben, und schlägt zur Nachfolge angesichts ihrer wichtigen Beiträge zu dieser Gruppe und ihrer Beteiligung an diesem Thema die ORKB der Schweiz vor.

Herr Grüter dankt der Arbeitsgruppe für die geleisteten Anstrengungen und bringt seine Bereitschaft zum Ausdruck, in Zukunft den Vorsitz zu übernehmen.

Herr Dr. Engels erwähnt die Bedeutung der aus dem IT-Management im öffentlichen Bereich entstehenden Problematik, die sogar zu Fällen von Korruption führe, weshalb er dieses Thema für die zukünftigen Aktivitäten der Arbeitsgruppe vorschlägt.

Das Präsidium nimmt den vorstellten Bericht zur Kenntnis und beglückwünscht

die Arbeitsgruppe zu der geleisteten Arbeit. Es informiert die Anregung, dem VII. Kongress die Übertragung des Vorsitzes an die ORKB der Schweiz vorzuschlagen.

14. Information über die Aktivitäten der EUROSAL-Arbeitsgruppe für die abgestimmte Prüfung von Steuervergünstigungen

Herr Dr. Engels, Vorsitzender der EUROSAL-Arbeitsgruppe für die abgestimmte Prüfung von Steuervergünstigungen, informiert über die derzeitige Zusammensetzung (18 ORKB), die gehaltenen Sitzungen sowie die zur Erfüllung der ihr aufgetragenen Aufgaben durchgeführten Aktivitäten der Gruppe seit ihrer Bildung auf dem VI. Kongress. Er beschreibt detailliert die Vorgehensweisen der einzelnen, im Rahmen der Arbeitsgruppe geschaffenen Untergruppen für „Umsatzsteuer“, „Körperschaftsteuer“ sowie „Transparenz und Berichtswesen über Vergünstigungen“. Er stellt kurz die vorläufigen Ergebnisse unter Hinweis darauf vor, dass der Bericht der Arbeitsgruppe dem VII. EUROSAL-Kongress vorgelegt werden wird. Er dankt den beteiligten ORKB für ihren Beitrag.

Das Präsidium nimmt die Informationen zur Kenntnis und beglückwünscht die Arbeitsgruppe.

15. Information über die Aktivitäten der EUROSAL-Studiengruppe über Bewertungskriterien der Kosten und Verwaltung der öffentlichen Einnahmen

Herr Grogan, ORKB des Vereinigten Königreichs und Vorsitzender der EUROSAL-Studiengruppe über Bewertungskriterien der Kosten und Verwaltung der öffentlichen Einnahmen, informiert über die gehaltenen Sitzungen und stellt die von der Gruppe geleistete Arbeit vor. An der Arbeitsgruppe wirken die ORKB Finnlands, Frankreichs, Polens, der Niederlande und Schwedens mit. Er dankt den EUROSAL-ORKB für die Beantwortung der in Umlauf gebrachten Umfrage, um die erhaltenen Informationen entsprechend auszuwerten. Er stellt im Allgemeinen die wesentlichen Aspekte des Berichts vor, der Angaben über die Organisation der Steuerverwaltungen, die Feststellung von Methoden zu deren Verbesserung



sowie konkrete Anregungen für eine bessere Arbeitsweise beinhalten wird. Der endgültige Bericht wird dem VII. Kongress vorgelegt werden.

Das Präsidium nimmt die Informationen zur Kenntnis und beglückwünscht die Studiengruppe.

16. Entscheidung über den Aufnahmeantrag der ORKB Israels in die EUROSAI

Der EUROSAI-Generalsekretär erinnert das Präsidium an den von der ORKB Israels eingereichten Mitgliedschaftsantrag. Er analysiert, ob diese ORKB die vorgesehenen Voraussetzungen gemäß Artikel 3 der EUROSAI-Satzung erfüllt. Er erwähnt die vom Präsidium in vorherigen Fällen zur Bewertung des Antragstellers als ORKB eines „europäischen Staates“ angewandten Kriterien, nicht nur unter Berücksichtigung streng geografischer Kriterien, sondern auch der Zugehörigkeit des Landes zur Europäischen Regionalgruppe von Institutionen der Vereinten Nationen.

Herr Dr. Kovacs, Präsident der ORKB Ungarns, sowie Herr Stepashin und Herr Jeziarski ergreifen das Wort, um den Antrag der ORKB Israels zu unterstützen. Herr Stepashin erinnert daran, dass das Präsidium in vorherigen Fällen wie dem Antrag auf EUROSAI-Mitgliedschaft durch die ORKB von Kasachstan im Jahr 2003 nicht streng geografischen Kriterien folgte, und weist darauf hin, dass die ORKB Israels mit verschiedenen europäischen ORKB, darunter auch die der Russischen Föderation, eng zusammengearbeitet habe.

Der EUROSAI-Präsident legt den Antrag der ORKB Israels dem Präsidium vor, das diesen annimmt, wodurch die ORKB als Mitglied in die Organisation aufgenommen wird. Der Generalsekretär wird ersucht, dem Antragsteller diese Entscheidung mitzuteilen.

17. Information über die Vorbereitungen zum VII. EUROSAI-Kongress. Annahme von Verfahrensnormen

Herr Jeziarski stellt die Fortschritte bei den Vorbereitungen zum VII. EUROSAI-Kongress vor, der vom 2.-5. Juni 2008 in

Krakau stattfinden wird. Er erinnert an die wesentlichen Aspekte und legt den Entwurf der Verfahrensnormen vor, die dem Schema früherer Kongresse folgen. Er dankt den Themenkoordinatoren für ihre Arbeit sowie dem EUROSAI-Vorsitz und dem Sekretariat für die Unterstützung bei der Ausrichtung.

Herr Dr. Kovacs und Herr Grogan bedanken sich für die Unterstützung durch die EUROSAI-Mitglieder bei der Vorbereitung der Kongressthemen I und III, die jeweils von ihren ORKB koordiniert werden.

Das Präsidium bringt seine Zustimmung zum Entwurf der Verfahrensnormen zum Ausdruck. Diese werden dem VII. Kongress zur Verabschiedung vorgelegt werden. Das Präsidium dankt den Organisatoren für die geleistete Arbeit zur Vorbereitung und zum guten Verlauf des Kongresses.

18. Information über eingegangene Kandidaturen für die Wahl neuer Mitglieder in das EUROSAI-Präsidium durch den VII. Kongress

Herr Nieto de Alba teilt mit, dass bisher die ORKB der Ukraine und der Europäische Rechnungshof ihre Kandidaturen für die Mitgliedschaft im EUROSAI-Präsidium eingereicht haben. Die neuen Mitglieder seien vom VII. Kongress zur Nachfolge der ORKB Italiens und Litauens zu wählen, die zu diesem Zeitpunkt ihre sechsjährige Amtszeit beenden werden. Der Beschluss über den endgültigen, dem Kongress vorzulegenden Vorschlag werde vom Präsidium auf seiner XXXIII. Sitzung gefasst werden.

Herr Stepashin macht darauf aufmerksam, dass auch die ORKB der Russischen Föderation ihre Amtszeit im Präsidium auf dem VII. Kongress beenden werde. Um das geografische Gleichgewicht zwischen den Mitgliedern zu gewährleisten, sei es gut, wenn der Kongress zum Ersatz der russischen ORKB eine ORKB aus Osteuropa benennen würde. Seiner Meinung nach sei die ORKB der Ukraine ein guter Kandidat.

Das Präsidium nimmt die vom EUROSAI-Generalsekretär mitgeteilten Informationen zur Kenntnis.



19. XXXIII. und XXXIV. Sitzung des EUROSAI-Präsidiums

Herr Jeziarski erinnert daran, dass die XXXIII. und XXXIV. Sitzung des Präsidiums am 2. bzw. 5. Juni 2008 in Krakau (Polen), unmittelbar vor dem VII. Kongress bzw. im Anschluss daran, stattfinden werden, und lädt alle zur Teilnahme daran ein.

Das Präsidium nimmt dies zur Kenntnis und dankt für die Einladung. Herr Nieto de Alba bringt die Bereitschaft des EUROSAI-Sekretariats zur Ausrichtung der Sitzungen zum Ausdruck.

20. Informationen über die INTOSAI

20.1. Entwicklung des INTOSAI-Strategieplans 2005-2010

Herr Dr. Kovacs, Präsident des INTOSAI-Präsidiums, fasst die Tätigkeiten der Organisation seit dem XVIII. Kongress (2004) zusammen. Er erinnert an die wichtigsten Vorschläge des Strategieplans 2005-2010: Zielsetzungen, Schaffung der notwendigen Strukturen zu deren Umsetzung sowie die Beziehungen zwischen den Mitgliedern. Er nennt die zu diesem Zweck vom INTOSAI-Präsidium gefassten Beschlüsse sowie die wichtigsten Aktivitäten der verschiedenen Ausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen der Organisation sowie des Finanz- und Verwaltungsausschusses. Er bedankt sich für die Arbeit der Vorsitzenden und Zielvermittler sowie für die vom INTOSAI-Generalsekretariat erhaltene Unterstützung.

Das EUROSAI-Präsidium nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

20.2. XIX. INCOSAI

Herr Dr. Kovacs erinnert an die Grundzüge des XIX. INTOSAI-Kongresses, der im November 2007 in Mexiko stattfinden wird. Er nennt die zwei zu behandelnden Themen, die von der ORKB Deutschlands und der Vereinigten Staaten koordiniert werden, sowie die als Moderatoren und Sprecher fungierenden ORKB. Für weitere Informationen verweist er auf die Website des Kongresses.

Das EUROSAI-Präsidium nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

21. Verschiedenes

Herr D'Oliveira Martins bittet um das Wort, um einigen Gedanken über den VIII. EUROSAI-Kongress Ausdruck zu geben. Das Präsidium wird dem VII. Kongress dessen Abhaltung im Jahr 2011 in Portugal vorschlagen. Er weist darauf hin, dass es von Interesse wäre, mit Reflektionen über die für diesen Kongress vorschlagenden Themen zu beginnen. Als ein Thema empfiehlt er die aus der Verwaltung öffentlicher Gelder erwachsenden Verantwortlichkeiten sowie die diesbezügliche Rolle der ORKB. Des Weiteren beglückwünscht er den EUROSAI-Präsidenten zur Leitung dieser Präsidiumssitzung und den Gastgeber zu deren Organisation.

Herr Nieto de Alba unterstützt die Initiative der ORKB Portugals für den VIII. Kongress und regt an, das vorgeschlagene Thema im Falle seiner Annahme auf die Anforderungen der verschiedenen Arten von Verantwortlichkeiten einschließlich in Bezug auf Verwaltung und Organisation auszudehnen. Dabei bringt er einige Erwägungen über deren Bedeutung für die Funktionsweise des Systems sowie über möglicherweise damit verbundene moralische Risiken zum Ausdruck. Er schlägt vor, die Sitzungen des Präsidiums könnten auch als Forum zur Förderung der fachlichen Diskussion und des Erfahrungsaustauschs über Themen von gemeinsamem Interesse dienen, wodurch ihr Inhalt eine Bereicherung erfahren würde. Ebenso bedankt er sich für die auf dieser XXXII. Sitzung vom EUROSAI-Präsidenten sowie vom Gastgeber geleistete Arbeit.

Der EUROSAI-Präsident dankt Herrn Grüter, Präsident der ORKB der Schweiz und Gastgeber der Sitzung, sowie dessen Mitarbeitern, dem EUROSAI-Sekretariat und den Mitgliedern und Beobachtern des Präsidiums sowie den als Gast eingeladenen ORKB für ihre Teilnahme. Herr Dr. Engels erklärt die Jahressitzung 2007 des Präsidiums für beendet und schließt sie.

DER EUROSAI-PRÄSIDENT

Dieter Engels

DER EUROSAI-GENERALSEKRETÄR

Ubaldo Nieto de Alba



ANHANG

TEILNEHMERLISTE

XXXII. SITZUNG DES EUROSAL-PRÄSIDIUMS

Bern (Schweiz), 13. September 2007

I. Mitglieder

Deutschland:

Herr Dieter Engels
 Frau Francisca Schmitz
 Frau Beate Korbmacher
 Herr Jan Eickenboom

Polen:

Herr Jacek Jezierski
 Frau Aleksandra Kukula
 Herr Bogdan Skwarka

Litauen:

Frau Rasa Budbergytė
 Frau Dainora Venckevicienė

Spanien:

Herr Ubaldo Nieto de Alba
 Frau María José de la Fuente y de la Calle
 Herr Jerónimo Hernández Casares

Island:

Herr Sigurdur Thordarson
 Herr Thorir Oskarsson

Italien:

Herr Ennio Colasanti

Russische Föderation:

Herr Sergey V. Stepashin
 Herr Nikolay Paruzin
 Herr Fyodor Shelyuto
 Frau Nina Myltseva

Schweiz:

Herr Kurt H. Grüter
 Herr Arthur Taugwalder

II. Beobachter

Österreich:

Herr Dr. Josef Moser

Ungarn:

Herr Dr. Arpad Kovacs
 Herr Istvan Somogyvari

Norwegen:

Herr Jorgen Kosmo
 Frau Elisabeth T. Hyllseth

Portugal:

Herr Guilherme P. D' Oliveira Martins
 Herr José F. Tavares

Vereinigtes Königreich:

Herr Frank Grogan

III. Gäste

Frankreich:

Frau Danièle Lamarque

Niederlande:

Frau Saskia Stuiveling
 Herr Hayo Van der Wal



ZUSAMMENFASSUNG DER BESCHLÜSSE DER XXXIII. SITZUNG DES EUROSAL-PRÄSIDIUMS

Krakau (Polen), 2. Juni 2008

Das EUROSAL-Präsidium hielt seine XXXIII. Sitzung am 2. Juni 2008 in Krakau (Polen) unter der Leitung von Herrn Dr. Dieter Engels, Präsident der ORKB Deutschlands und der EUROSAL. Das Protokoll wird dem Präsidium auf seiner XXXV. Sitzung zur Genehmigung vorgelegt und anschließend an alle Organisationsmitglieder verteilt. Dennoch ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionen und Beschlüsse von Interesse:

1. Genehmigung des Protokolls der XX-XII. Präsidiumssitzung (Bern/Schweiz, 13. September 2006).

2. Der Generalsekretär präsentierte den Tätigkeitsbericht der Organisation 2005-2008, der dem Kongress vorzulegen ist, mit besonderem Hinweis auf die seit der letzten Präsidiumssitzung erfolgte Tätigkeit. Zudem legte er einen Vorschlag zum Entwurf einer *umfassenden EUROSAL-Strategie* vor, unter Berücksichtigung der in ihrem Umfeld stattgefundenen Veränderungen und der neuen Herausforderungen, denen die ORKB gegenüberstehen. Der Vorschlag wurde vom Präsidium unterstützt. Des Weiteren legte der Generalsekretär den Jahresabschluss,

den Finanzbericht und den Prüfungsbericht für das Jahr 2007 vor.

3. Das Präsidium unterstützte den vom Generalsekretär erstellten Haushaltsentwurf 2009-2011 sowie die Bewerbungen der neuen Präsidiumsmitglieder (ORKB der Türkei und der Ukraine) und der EUROSAI-Rechnungsprüfer (ORKB der Slowakischen Republik und Europäischer Rechnungshof), die dem Kongress zur Genehmigung vorzulegen sind.

4. Der Ko-Vorsitz des EUROSAI-Ausbildungsausschusses legte den Tätigkeitsbericht 2005-2008 vor, der in allgemeinen Linien seine Tätigkeit zur Umsetzung der Ausbildungsstrategie, die Arbeiten bezüglich der internen Organisation und Struktur des Ausschusses sowie die Aktivitäten im Hinblick auf den VII. EUROSAI-Kongress erfasst. Diesem Bericht war ein Dokument über die Auswertung der Strategieumsetzung beigelegt. Das Präsidium bekundete seine Unterstützung für die Entwürfe zur Ausbildungsstrategie 2008-2011 sowie für die vom Ausbildungsausschuss erarbeiteten Beschlussvorschläge und beschloss, sie dem Kongress vorzulegen.

Zudem wurde über die Ergebnisse der vom EUROSAI-Vorsitz in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie Trier und der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ in Ergänzung der Ausbildungspolitik der Organisation angeregten Ausbildungsinitiative 2006-2008 informiert.

Das Präsidium beschloss die Gewährung der von den ORKB von Estland und der Tschechischen Republik beantragten Finanzhilfen aus dem laufenden EUROSAI-Haushalt zur Ausrichtung von zwei Ausbildungsseminaren im Jahr 2008 über die Anwendung des COBIT-Instruments auf die Rechnungsprüfung bzw. die Rechnerkontrolle der Sozialversicherungssysteme.

Die ORKB von Norwegen präsentierte den Tätigkeitsbericht der IDI für die Jahre 2007 und 2008 sowie die Ergebnisauswertung. Des Weiteren wurde über die laufenden Projekte sowie die Zukunftsperspektiven berichtet, mit besonderem Hinweis auf die neuen Strategien und Tätigkeitsbereiche.

5. Informiert wurde über die Zusammenarbeit der EUROSAI mit anderen INTOSAI-Regionalgruppen. In diesem

Zusammenhang unterstützte das Präsidium den OLACEFS-Vorschlag für die VI. EUROSAI-OLACEFS-Tagung, die auf der Isla Margarita (Venezuela) vom 13. bis 16. Mai 2009 mit dem Vorschlagsthema „Gegenwärtige und zukünftige Umweltherausforderungen sowie der Schutz und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen“ stattfinden soll.

Ebenso wurde über die Ergebnisse des von der ORKB von Kuwait im Februar 2008 organisierten ARABOSAI-Fachtreffens berichtet, an dem einige EUROSAI-Mitglieder teilnahmen, und auch über die II. gemeinsame Tagung beider Organisationen, die im Jahr 2009 in Frankreich stattfinden wird.

6. Die EUROSAI-Arbeitsgruppen für Informationstechnologie (ORKB der Niederlande), für Umweltprüfung (ORKB von Polen), für die koordinierte Rechnungsprüfung von Steuervergünstigungen (ORKB von Deutschland) und die Studiengruppe zur Analyse der Bewertungskriterien der Kosten und Verwaltung der öffentlichen Einnahmen (ORKB von Großbritannien) präsentierten ihren jeweiligen Tätigkeitsbericht für den vergangenen Dreijahreszeitraum, der dem Kongress vorzulegen ist. Die Arbeitsgruppen für Informationstechnologie und Umweltprüfung, die die Übertragung ihres Vorsitzes an die ORKB der Schweiz bzw. von Norwegen bestätigten, stellten außerdem ihr Arbeitsprogramm für die kommenden drei Jahre und den entsprechenden Beschlussvorschlag zur Genehmigung durch den Kongress vor. Die Arbeitsgruppen unter dem Vorsitz der ORKB von Deutschland bzw. Großbritannien legten die Berichte vor, mit denen sie bei ihrer Gründung vom VI. Kongress im Jahr 2005 beauftragt worden waren. Sie erachteten ihr Mandat als ausgeführt und ihre Tätigkeit damit als beendet.

Der von der ORKB der Ukraine vorgelegte Vorschlag zur Umwandlung der gegenwärtigen Untergruppe „Prüfung der vom Menschen verursachten Naturkatastrophen und der Beseitigung radioaktiver Rückstände“ in eine von der Arbeitsgruppe für Umweltprüfung unabhängige Arbeitsgruppe wurde geprüft. Das Präsidium bekundete einige Vorbehalte bezüglich dieser Initiative zu den vorgeschlagenen Bedingungen und beauftragte das EUROSAI-Generalsekretariat damit, einen konsensfähigen Vorschlag zu erlangen.



7. Das Präsidium billigte den EUROSAT-Mitgliedschaftsantrag der ORKB von Montenegro.

8. Die ORKB von Polen, Gastgeber des VII. Kongresses, berichtete über dessen Organisationen und Programm.

9. Der INTOSAT-Generalsekretär und Präsident der ORKB von Österreich informierte über die Ergebnisse des XIX. IN-

COSAT in Mexico-City im November 2007 sowie über die neuen, anlässlich dieses Kongresses geschaffenen Komitees, Subkomitees, Arbeitsgruppen und Taskforces. Der Stand der Umsetzung des INTOSAT-Strategieplans 2005-2010, der im Hinblick auf seine weitere Durchführung überarbeitet wird, wurde detailliert dargestellt.

ZUSAMMENFASSUNG DER BESCHLÜSSE DER XXXIV. SITZUNG DES EUROSAT-PRÄSIDIUMS Krakau (Polen), 5. Juni 2008

Das EUROSAT-Präsidium hielt seine XXXIV. Sitzung am 5. Juni 2008 in Krakau (Polen) unter der Leitung von Herrn Jacek Jezierski, Präsident der ORKB von Polen und der EUROSAT. Das Protokoll wird dem Präsidium auf seiner XXXV. Sitzung zur Genehmigung vorgelegt und anschließend an alle Organisationsmitglieder verteilt. Dennoch ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionen und Beschlüsse von Interesse:

1. Der neue EUROSAT-Präsident begrüßte die drei neuen Präsidiumsmitglieder: die Vorsitzenden der ORKB von Portugal, der Türkei und der Ukraine. Das Amt des ersten stellvertretenden Organisationspräsidenten steht als Gastgeber des VIII. Kongresses im Jahr 2011 dem Rechnungshof von Portugal zu. Der Vorschlag des EUROSAT-Präsidenten zur Bestellung des Generalprüfers von Island zum zweiten stellvertretenden Organisationspräsidenten wurde angenommen.

2. Der EUROSAT-Präsident gab eine Zusammenfassung der Ergebnisse des VII. Kongresses sowie der auf den dortigen Themensitzungen erzielten Schlussfolgerungen und Empfehlungen und unterwarf die Zuteilung der Mandate dem Beschluss durch das Präsidium, um dessen Wirksamkeit zu verleihen. In diesem Zusammenhang wurde Folgendes beschlossen:

- Einrichtung einer Taskforce zur Untersuchung und Erarbeitung eines Vorschlags für eine umfassende EUROSAT-Strategie, die auf dem VIII. Kongress vorgestellt werden soll. Diese Taskforce,

die auf dem jeweiligen Zuständigkeitsgebiet vom Ausbildungsausschuss und den Arbeitsgruppen unterstützt werden wird, wird anfänglich aus Vertretern der ORKB von Polen (Koordination), Deutschland, Portugal und Spanien (in ihrer Eigenschaft als vorheriger, gegenwärtiger bzw. zukünftiger EUROSAT-Vorsitz) und des Generalsekretariats bestehen, unbeschadet der Möglichkeit, dass weitere interessierte ORKB einen Beitrag zu ihrer Tätigkeit leisten können.

- Genehmigung - auf einer zukünftigen Präsidiumssitzung - des Entwurfs der Leitlinien für Prüfungsqualität, die die Koordinationsarbeitsgruppe von Thema I des VII. Kongresses erstellen wird, nach der Erörterung und ggf. Aufnahme von Anregungen durch die EUROSAT-Mitglieder. Dieses Verfahren wird vom Organisationssekretariat gesteuert.

- Beauftragung des Ausbildungsausschusses mit der Umsetzung der EUROSAT-Ausbildungsstrategie 2008-2011 und der Bewertung ihrer Effizienz bei Beendigung des Dreijahreszeitraums.

- Regelmäßige Nachverfolgung der Aktivitäten und Maßnahmen der EUROSAT-Arbeitsgruppen für Informationstechnologie (ORKB der Schweiz) und für Umweltprüfung (ORKB von Norwegen) sowie der Taskforce **Prüfung von Zuschüssen bei Katastrophen (ORKB der Ukraine) in Koordination mit der Arbeitsgruppe für Umweltprüfung.**

- Unterstützung bei der Ausrichtung des VIII. EUROSAT-Kongresses (ORKB



von Portugal), der II. Tagung EUROSAI-ARABOSAI (ORKB von Frankreich) und der VI. Tagung EUROSAI-OLACEFS (ORKB von Venezuela). Dabei ist der Generalsekretär mit der ständigen Kontaktpflege zu den Veranstaltungsorganisationsbeauftragten beauftragt.

3. Das vom Ausbildungsausschuss vorgeschlagene Arbeitsprogramm 2008-2009 zur Umsetzung der EUROSAI-Ausbildungsstrategie 2008-2011 wurde zur Kenntnis genommen. Zudem wurde der Ausbildungsausschuss damit beauftragt, im Rahmen des Entwurfs einer umfassenden EUROSAI-Strategie – Auftrag des VII. Kongresses an das Präsidium – seine eigene Struktur zu überarbeiten, indem er die Zweckmäßigkeit der Beteiligung des Organisationspräsidiums am Vorsitz des Ausschusses als Koordinator

zwischen diesem und dem Präsidium bewertet. Zu diesem Zweck wurde eine Taskforce gebildet, an der die ORKB von Polen, Deutschland, Portugal, Frankreich, Norwegen und Spanien mitwirken werden.

4. Dem Finanzierungsantrag der ORKB der Tschechischen Republik aus dem EUROSAI-Haushalt 2009-2011 zur Ausrichtung eines Ausbildungsseminars über Wirtschaftlichkeitsprüfung im April 2009 wurde stattgegeben.

5. Die ORKB von Portugal, Gastgeber des VIII. Kongresses, gab erste allgemeine Informationen über dessen Organisation.

6. Es wurde beschlossen, dass die XXXV. Präsidiumssitzung gegen Ende des ersten Halbjahres 2009 in Kiew (Ukraine) stattfinden soll.

PROTOKOLL DES XV. TREFFENS DES EUROSAI-AUSBILDUNGS-AUSSCHUSSES Bonn (Deutschland), 8.-9. März 2007



26

Neun Mitglieder des EUROSAI-Ausbildungsausschusses, der sich aus den ORKB von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Litauen, Polen, Portugal, Spanien, der Tschechischen Republik und Ungarn unter gemeinsamem Vorsitz von Frankreich und Spanien zusammensetzt, hielten ihr Treffen ab. Von Beginn an war ein Vertreter des Europäischen Rechnungshofs (ERH) als Beobachter eingeladen. Aufgrund der Tagesordnung nahmen zudem Vertreter der ORKB von Österreich und Marokko, der INTOSAI-Entwicklungsinitiative IDI und der Europäischen Rechtsakademie Trier teil.

Das Treffen wurde von der deutschen ORKB (Bundesrechnungshof) ausgerichtet und beherbergt, weshalb Frau Beate Korbmacher die Teilnehmer im Namen des Präsidenten Herrn Dr. Dieter Engels, EUROSAI-Vorsitzender, willkommen hieß. Frau Korbmacher erinnerte die Teilnehmer an die Tagesordnung und stellte einige Gäste vor: Herr Wilhelm Kellner (Direktor des österreichischen Rechnungshofs), eingeladen zur Vorstellung des seit Februar 2006 von der Universität Wien organisierten und angebotenen MBA „Öffentliche Rech-

nungskontrolle“; Herr Andreas Krull, verantwortlich für die Ausbildungsabteilung des deutschen Rechnungshofs, und Herr Jean-Philippe Rageade von der Europäischen Rechtsakademie.

1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung

Danièle Lamarque (ORKB von Frankreich) begrüßte ebenfalls die Teilnehmer und dankte der deutschen ORKB im Namen des gemeinsamen Vorsitzes des Ausbildungsausschusses für die Ausrichtung des Treffens.

María José de la Fuente (ORKB von Spanien) stellte den ausgeteilten Entwurf der Tagesordnung für das XV. Treffen vor. Sie dankte dem Gastgeber und den Teilnehmern für ihre ergiebigen Anmerkungen zur ursprünglichen Version der Tagesordnung. Besonders erwähnte sie den Vorschlag von Helene Morpeth (ORKB von Großbritannien) zur zukünftigen Überarbeitung der Struktur der Tagesordnung im Hinblick auf die effizientere Bearbeitung von Belangen, die der weiteren Diskussion bedürfen.

Daraufhin schlug Danièle Lamarque die Annahme der Tagesordnung vor, auf Ersuchen der Teilnehmer aus praktischen Gründen lediglich mit Änderung der Reihenfolge der Vorstellung einiger Punkte. Da niemand widersprach, wurde die Tagesordnung angenommen.

2. Annahme des Protokolls des XIV. Treffens des EUROSAT-Ausbildungsausschusses

Danièle Lamarque schlug vor, die endgültige Fassung des Protokolls des vorherigen Treffens des Ausbildungsausschusses (Luxemburg, Juni 2006) anzunehmen. Alle Teilnehmer stimmten zu.

3. Operative Planung

3.1. Aufbau einer operativen Planung

- Vorstellung eines Entwurf der Zusammenfassung der EUROSAT-Ausbildungsstrategie und der operativen Planung zu deren Umsetzung

An erster Stelle behandelte Danièle Lamarque die Ausbildungsstrategie des

EUROSAT-Ausbildungsausschusses. Sie legte einen Überblick über den gegenwärtigen strategischen Rahmen der Aktivitäten des Ausbildungsausschusses vor, basierend auf einer Reihe von von ihr genannten Dokumenten, an die sie die Teilnehmer erinnerte (insbesondere der Fragebogen aus dem Jahr 2003 und der 29. Beschluss des EUROSAT-Präsidiums). Sie merkte an, dass die meisten dieser Dokumente bereits vom EUROSAT-Kongress analysiert und zusammengefasst worden seien. Daraufhin versuchte Frau Lamarque, einen Vergleich zwischen den acht, laut dem Fragebogen von 2003 aufgestellten Prioritäten und den neun spezifischen Ausbildungszielen, die aus diesem Fragebogen abgeleitet werden konnten, zu ziehen. Frau Lamarque beharrte besonders auf der Notwendigkeit zur Gegenüberstellung beider Kategorien, um einige Schlüsselziele mit folgenden Schwerpunkten auszuwählen:

– *Ziel 1: Ausbildung durch Seminare und Schulungsveranstaltung.* Frau Lamarque warf die Frage auf, den Fragebogen aus dem Jahr 2003 zu aktualisieren, um den Bedürfnissen der ORKB tatsächlich zu entsprechen. Falls der Fragebogen nicht aktualisiert würde, sollten trotzdem zwei Hauptthemen behandelt werden: Wirtschaftlichkeitsprüfung und IT-Prüfung.



Gruppenfoto des XV. Treffens des EUROSAT-Ausbildungsausschusses.

– *Ziel 2: Unterstützung der Aktivitäten des langfristigen Schulungsprogramms LTTP von EUROSAI-IDI.* Dieses Ziel scheint bisher korrekt umgesetzt worden zu sein.

– *Ziel 3: Unterstützung der Bedürfnisse von Arbeits- und Regionalgruppen.* Verschiedene erfolgreiche Seminare haben bereits stattgefunden.

– *Ziel 4: Schlüsselbereiche der Ausbildung im Internet verfügbar machen.* Dieses Thema sollte gemeinsam mit Ziel 1 behandelt werden.

– *Ziel 6 [sic.]: Stärkere Nutzung der Websites für Kommunikation und Informationsaustausch.* Frau Lamarque verweilte nicht bei diesem Ziel, das zu einem späteren Zeitpunkt des Treffens behandelt werden sollte (Punkt 3.6.). Jedoch betonte sie die Bedeutung von Seminarmaterialien jeder Art.

– *Ziel 7 [sic.]: Ausweitung der Zusammenarbeit mit ORKB im Ausbildungsbereich.* Frau Lamarque hob hervor, dass die Mitwirkung des Ausbildungsausschusses nicht über seine Rolle als *Schulungspartner* hinausgehen sollte.

Nach Gegenüberstellung und Besprechung dieser Ziele schlug Frau Lamarque vor, sie so zu kombinieren, dass 3 Hauptaufgaben erkennbar würden: Förderung der beruflichen Entwicklung, Erfahrungsaustausch und gemeinsame Nutzung von Informationen zur Stärkung der fachlichen Fähigkeiten.

Die von Frau Lamarque dargestellte Synthese sollte den Teilnehmern und ihren ORKB eine nützliche Grundlage bieten als Hilfestellung zur Organisation der großen, seit dem Jahr 2000 von den Ausschussmitgliedern erstellten Informationsmenge. Die von Frau Lamarque angeregte Klassifizierung sollte natürlich zur Diskussion offenstehen und so lange offen bleiben, bis ein gemeinsames Dokument von allen Teilnehmern angenommen werde.

Helene Morpeth (ORKB von Großbritannien) stimmte zu, dass seit dem Jahr 2000 vieles erreicht worden sei. Ebenso betonte sie einige Entwicklungen, die vom Ausbildungsausschuss nicht ignoriert werden könnten und Berücksichtigung finden müssten: die Genehmigung der Einrichtung des INTOSAI-Komitees für den Ausbau von Sachkompetenzen, die Entwicklung der IDI-Strategie sowie die Auswirkungen des INTOSAI-Strategieplans für 2005-2010.

Magnus Borge (IDI) teilte die Auffassung von Frau Morpeth und brachte dasselbe Anliegen, insbesondere bezüglich der neuen Strategie der IDI, zum Ausdruck.

Helena Abreu Lopes wiederum stimmte Herrn Borge zu, wollte jedoch drei Anmerkungen zu der Präsentation von Frau Lamarque hinzufügen:

– Gemäß dem Wunsch ihrer französischen Kollegen schlug sie vor, die Reihenfolge der Hauptziele zu ändern. Das Thema der Zertifizierung von Prüfern solle nicht an erster Stelle genannt werden, da es noch umstritten sei und keine allgemeine Zustimmung erlangt wurde.

– Im Einklang mit Frau Lamarque empfahl Frau Abreu Lopes, im Rahmen der Überarbeitung des EUROSAI-Ausbildungsausschusses sei es für den Ausschuss wichtig, die Wirkungskraft der in der Region im Zeitraum 2005-2008 durchgeführten Ausbildungsmaßnahmen auszuwerten, um einige quantifizierbare Wirtschaftlichkeitsziele für die zukünftigen Schulungsmaßnahmen des Ausbildungsausschusses vorzuschlagen.

Danièle Lamarque bekräftigte ihre Überzeugung, dass der Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung und Ausbildung großen Nutzen bringen könne. Laut Frau Lamarque solle die Förderung des Erfahrungsaustauschs als 1. Strategieziel des EUROSAI-Ausbildungsausschusses definiert werden. Was die Frage der Zertifizierung betreffe, auch wenn diese nicht allgemein angenommen wurde, habe der vom Ausbildungsausschuss verteilte Fragebogen gezeigt, dass dieses Thema bei den meisten ORKB Interesse geweckt habe.

Elisabeth Türk (ERH) unterstützte die Anregung von Frau Abreu Lopes bezüglich der herzustellenden Verbindung zwischen den Direktoren von Schulungseinheiten (Aufbau einer Art informellen Netzwerks). Ebenso begrüßte sie die Idee der Bildung kleiner Arbeitsgruppen innerhalb des EUROSAI-Ausbildungsausschusses, die sich mit verschiedenen Aufgaben zur Erstellung von Vorschlägen innerhalb kürzerer Zeit befassen sollten.

Wie bereits auf dem vorherigen Treffen des Ausbildungsausschusses erinnert María José de la Fuente die Teilnehmer an die Zweckmäßigkeit einer schriftlichen Zusammenfassung der EUROSAI-Ausbildungsstrategie 2005-2008, um die Zielsetzung der Verbreitung und gemeinsamen Nutzung



von Informationen über die Ausbildungsstrategie und die diesbezüglichen Aktivitäten zwischen den ORKB zu erreichen. Der Ausbildungsausschuss stimmte zu, dass die ORKB von Frankreich einen ersten Entwurf der Zusammenfassung erstellen solle, der den Mitgliedern des Ausschusses für Anmerkungen zugehen solle. Der endgültige Text solle dem Präsidium zur Information vorgelegt und auf der EUROSAT-Webseite zur Verfügung gestellt werden.

Erneut bat Danièle Lamarque die Teilnehmer um ihre Unterstützung und Zustimmung zu den drei zuvor dargestellten Hauptstrategiezielen:

- Förderung beruflicher Fähigkeiten.
- Austausch von Informationen und Erfahrungen auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung.
- Gemeinsame Nutzung von Informationen mit den ORKB-Partnern (wie z. B. Universitäten).

Diese grundlegende Klassifizierung könne zur Klärung der Strategieplanung des Ausbildungsausschusses beitragen, die auf dem nächsten EUROSAT-Kongress vorzulegen sei.

Zuzana Holoubkova (ORKB der Tschechischen Republik) warf die Frage der finanziellen Unterstützung durch den Ausbildungsausschuss für jene ORKB auf, die Schulungsveranstaltungen organisieren. Laut Frau Holoubkova solle dieser Aspekt zu den entscheidenden Themen der strategischen und operativen Planung des Ausbildungsausschusses gehören.

María José de la Fuente betonte die Wichtigkeit der Ausbildung, nicht als Ziel zum Selbstzweck, sondern um die Wirksamkeit und Qualität der ORKB zu gewährleisten und ihre operativen Fähigkeiten zu verbessern.

• *Strategische Belange des EUROSAT-Ausbildungsausschusses*

María José de la Fuente eröffnete die Diskussion über die allgemeine Effizienz der im Rahmen der EUROSAT zur Verfügung gestellten Ausbildung. Sie gab einen Überblick über die Hauptziele der EUROSAT-Ausbildungsstrategie und hob die Schlüsselemente hervor, die zu ihrer wirkungsvollen Umsetzung zu berücksichtigen seien: Beachtung der EUROSAT-Prio-

ritäten, Bereitstellung qualitativ hochwertiger Veranstaltungen, Überwachung der Ausbildungseffizienz, Gewährleistung adäquater Ausbildung, geeignete Unterstützung (finanziell, materiell, organisatorisch) der Ausbildung seitens EUROSAT/EUROSAT-Ausbildungsausschuss, Steigerung der Ausbildungseffizienz/ Kostensenkung. Sie betonte die Notwendigkeit der Überprüfung der tatsächlichen Effizienz und Wirkungskraft der EUROSAT-Strategie 2005-2008, um dem Präsidium deren Überarbeitung, soweit erforderlich, unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen im Rahmen der EUROSAT, INTOSAT und IDI vorzuschlagen.

Auch Frau de la Fuente erwähnte die Wichtigkeit, der Tätigkeit des Ausbildungsausschusses maximale Effizienz zu verleihen. Sie regte in diesem Zusammenhang Folgendes an: die Zweckmäßigkeit einer Analyse zur effizienteren Organisation der Tagesordnung der Treffen, zur Dezentralisierung der Tätigkeit durch Einrichtung von für die Entwicklung konkreter Aufgaben und Studien verantwortlicher Task Forces und Untergruppen, zur Förderung der Debatte und Diskussion sowie des Erfahrungsaustauschs innerhalb des Ausbildungsausschusses sowie zur stärkeren Nutzung der Möglichkeiten neuer Technologien zwecks Steigerung von Nutzen und Wirkungskraft der Tätigkeit.

Helene Morpeth unterstützte den Vorschlag von Frau de la Fuente über die Erstellung eines kurzen Dokuments zur Zusammenfassung der Schlüsselemente der EUROSAT-Ausbildungsstrategie.

Im Rahmen des Ausbildungsausschusses wurde eine kleine Gruppe zusammengestellt, bestehend aus den ORKB von Frankreich, Großbritannien, Spanien und Ungarn, die ein Vorschlagspapier für die EUROSAT-Ausbildungsstrategie 2008-2011 zusammenstellen soll. Dieses Papier ist dem Ausbildungsausschuss für Anmerkungen zu übermitteln. Das endgültige Papier wird dem Präsidium auf seiner XXXIV. Sitzung vorgelegt.

• *Bewertung der Qualität von Ausbildungsveranstaltungen: hin zu einem gemeinsamen Fragebogenmodell*

Helena Abreu Lopes übernahm im Namen ihrer dänischen Kollegin Lisbeth So-



rensen, die am Treffen nicht teilnehmen konnte, das Wort und stellte ein „Gemeinsames Modell für einen Fragebogen zur Seminarbewertung“ vor, der in Zusammenarbeit zwischen den ORKB von Dänemark, Großbritannien und Portugal sowie mit Kommentaren seitens der IDI erstellt worden war. Nachdem sie die Besonderheit von Seminaren herausgestellt hatte (wegen ihrer kurzen Dauer können Seminare nicht auf die gleiche Weise wie längere Schulungsmaßnahmen bewertet werden), fasste Frau Abreu Lopes die wichtigsten Aspekte, die dem an alle Teilnehmer des Treffens verteilten Entwurf zugrunde liegen, zusammen:

- Sicherstellen, dass Seminare wirklich Lernziele beinhalten.

- Die Erreichung dieser Ziele messen (Wie wurden sie von den Teilnehmern wahrgenommen? Wie wird die Zielerreichung belegt?). Dies sollte z. B. auch durch Bewertungen nach dem Seminar erfolgen.

- Bewerten, inwiefern den Bedürfnissen der Teilnehmer entsprochen wurde, ihr Sprachniveau, den Nutzen der bereitgestellten Materialien sowie der geschaffenen fachlichen Netzwerke.

- Die Teilnehmer offen Meinungen zu den Seminaren äußern lassen (Verbesserungen vorschlagen, besondere Bedürfnisse zum Ausdruck bringen).

Sie betonte einige noch offene Fragestellungen, wie die Länge der Fragebögen und die beste Art und Weise zur Nutzung der Auswertungsergebnisse.

Helene Morpeth sprach zugunsten von Frau de la Fuente und dankte ihr für die Aufzählung der wichtigsten Herausforderungen im Hinblick auf die Effizienz von Ausbildungsveranstaltungen.

Radek Majer (ORKB der Tschechischen Republik) unterstützte die Idee, einige Leitlinien zur Organisation und Bewertung von Seminaren zu entwerfen.

Auch Magnus Borge stimmte seinen Kollegen zu, die Bewertungspraktiken zu veranschaulichen und zu standardisieren. Jedoch bestand er auch auf der Notwendigkeit, dieses Thema flexibel zu handhaben. Die Frage der geeigneten Länge eines Schulungsseminars hänge z. B. von den konkreten Zielen der Veranstaltung ab. Laut Herrn Borge solle die Erhebung der notwendigen Informationen für die Erstellung einer Art Leitfaden über beste Prakti-

ken besser durch ein Mitglied des Ausbildungsausschusses als durch den gesamten Ausschuss auf einem Treffen erfolgen. Es sei viel besser, eine ORKB mit dieser besonderen Aufgabe zu betrauen.

Beate Korbmacher (ORKB von Deutschland) erinnerte den Ausschuss an die deutschen Erfahrungen auf dem Gebiet der Bewertung und die von der deutschen ORKB gemeinsam mit der Europäischen Rechtsakademie (ERA) erreichte Tätigkeit. Sie stellte Herrn Jean-Philippe Rageade vor, der eingeladen worden war, um dieses besondere Thema vorzustellen.

Jean-Philippe Rageade (ERA) sagte, er werde die Präsentation zu einem späteren Zeitpunkt des Treffens vortragen, und merkte an, die für die spätere Analyse solcher Fragebögen Verantwortlichen sollten berücksichtigen, dass die meisten an die ERA zurückgegebenen Fragebögen von Teilnehmern ausgefüllt würden, die nicht mit den Veranstaltungen zufrieden waren.

Elisabeth Türk unterstützte den Gedanken, den Teilnehmern die Möglichkeit zur Kommentierung des Seminars/Workshops einzuräumen.

Helene Morpeth schlug vor, sowohl vor als auch nach einem Seminar Fragebögen in Umlauf zu bringen, da die Teilnehmer am Ende eines Workshops oft müde und nicht immer bereit seien, lange Fragebögen auszufüllen.

María José de la Fuente schlug außerdem vor, in die Fragebögen Fragen zur Einstellung der Redner und Seminarteilnehmer bezüglich der Diskussionsanregung und des Erfahrungsaustauschs aufzunehmen, um umfassendere Ergebnisse zu erzielen. Sie regte an, die Antworten des Fragebogens zu analysieren, um Erkenntnisse zu gewinnen, die Ausbildung zu verbessern und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Magnus Borge unterstützte die Idee knapper Fragebögen (statt langer) mit Schwerpunkt auf klaren Fragestellungen. Er wiederholte seine vorherige Anmerkung und bat seine Kollegen, zu berücksichtigen, dass die Organisation der Schulungsmaßnahmen des Ausbildungsausschusses auf vielen verschiedenen nationalen Faktoren beruhe. Zudem stellte er einen weiteren interessanten Punkt der von Herrn Rageade vorgestellten ERA-Fragebögen heraus: Sie zielen nicht nur auf die Erhebung von Informationen über die Seminarteilnehmer,



sondern auch über die Moderatoren und Sprecher.

An dieser Stelle der Diskussion betonte Danièle Lamarque Unterschiede zwischen der ERA und dem EUROSAI-Ausbildungsausschuss, die bei der Behandlung der besten Möglichkeiten zur Bewertung der Ausbildungsqualität nicht vergessen werden dürften: Im Gegensatz zur ERA, einem ständigen Ausbildungsdienstleister, organisiert der Ausbildungsausschuss von Zeit zu Zeit konkrete Ausbildungsmaßnahmen.

Frau Lamarque unterstützte vollkommen den Gedanken, sowohl die Ausbilder als auch die Teilnehmer in die Bewertung einzubeziehen.

Zur Ermutigung der Teilnehmer des Ausbildungsausschusses erwähnte Wilhelm Kellner erneut den österreichischen MBA: 90 % der Informationen über einzuführende Änderungen seien in der Tat durch Bewertungsfragebögen gewonnen worden. Er stimmte Frau Lamarque zu, es sei absolut richtig, zwischen ständigen Ausbildungsangeboten wie durch die ERA und den „außergewöhnlichen“ Seminaren, wie sie von den Mitgliedern des Ausbildungsausschusses ausgerichtet werden, zu unterscheiden.

Helena Abreu Lopes wollte ihre Kollegen des guten Feedbacks versichern, das die nach den von Mitgliedern des Ausbildungsausschusses im Bereich IT-Prüfung organisierten Seminaren verteilten Fragebögen trotz ihrer Länge erhalten hatten.

Helene Morpeth ihrerseits hielt es zudem für notwendig, dieses Thema nicht nur auf nationaler Ebene sowie für jede einzelne Ausbildungsveranstaltung zu behandeln, sondern auch auf internationaler Ebene, um folgende Fragen zu beantworten: Wurde die Schulung tatsächlich den ORKB mit der stärksten Notwendigkeit erteilt? Berücksichtigt der Ausbildungsausschuss ihre Bedürfnisse?

María José de la Fuente fragte sich, ob es zweckmäßig sei, eine Art Leitfadens für Ausbildungsaktivitäten zu erstellen, um die Organisatoren zu unterstützen. Sie schlug vor, eine Task Force oder Arbeitsgruppe einzurichten, die für den Entwurf solcher Richtlinien verantwortlich sein sollte.

Erneut brachte Magnus Borge seine Skepsis gegenüber dem Versuch der Entwicklung von Bewertungsstandards zum Ausdruck, die für alle ORKB sowie alle Seminare oder Workshops gelten sollen.

Radek Majer meldete sich zu Wort, um seine Kollegen an die bestehenden INTOSAI-Richtlinien zu erinnern: Diese könnten die Tätigkeit des EUROSAI-Ausbildungsausschusses erleichtern und als gute Grundlage dienen.

Sowohl Elisabeth Türk als auch Danièle Lamarque betonten, die Bewertung erfahrener Prüfer, die an Schulungsveranstaltungen als Ausbilder teilnehmen, sei ein recht heikles Thema. Es sei heikel, die Ausbildungskompetenzen von Rechnungsprüfern, die als Ausbilder fungieren, zur Diskussion zu stellen, und dieses Thema müsse sehr diplomatisch gehandhabt werden.

Magnus Borge war jedoch der Auffassung, es solle möglich sein, ihre Fähigkeiten als Prüfer von den Fähigkeiten als Ausbilder zu unterscheiden und sie zu lehren, bessere Ausbilder zu werden.

Danièle Lamarque fasste die Diskussion zusammen, indem sie ihren Kollegen eine „Roadmap“ vorschlug:

- Neuerstellung einer Art standardisierten Fragebogens (Bewertungsformular) auf Grundlage der von Frau Abreu Lopes vorgebrachten EUROSAI-Erfahrungen, unterteilt in Bewertungen vor und nach Seminaren.

- Bewertung der Zweckmäßigkeit der Erstellung von Richtlinien zur Organisation von EUROSAI-Seminaren. Die erstellten Dokumente sollten an die Mitglieder des Ausbildungsausschusses verteilt werden, um vor der allgemeinen Billigung Änderungen und Kommentaren unterzogen zu werden.

- Entwurf eines Fragebogens über die Erwartungen der Teilnehmer von EUROSAI-Seminaren.

- Start einer umfassenderen Befragung für den Ausbildungsausschuss zur Bewertung der allgemeinen Effizienz der Ausbildungsstrategie bei den Ziel-ORKB. Diese sollte im September-Oktober 2007 in Umlauf gebracht werden.

Die ORKB von Großbritannien, Portugal, Dänemark, Ungarn und der Tschechischen Republik wurden mit dem Entwurf der Richtlinien zur Seminarorganisation sowie der Bewertungsfragebögen beauftragt. Die ORKB von Portugal wird den Antwortfragebogen schnellstmöglich neu entwerfen und die Anregungen dieses Treffens darin aufnehmen. Die ORKB von Ungarn und der Tschechischen Republik werden eine erste Fassung der Richtlinien zur Seminarorgani-



sation erstellen, und die ORKB von Großbritannien wird die Bewertungsrichtlinien im Vorfeld von Seminaren sowie die Erstellung von Lernzielen für den Entwurf von Ausbildungsveranstaltungen behandeln.

Dies soll bis September-Oktober 2007 geschehen.

Die erstellten Dokumente sollen an die Mitglieder des Ausbildungsausschusses verteilt werden, um vor der allgemeinen Billigung Änderungen und Kommentaren unterzogen zu werden.

- *Vorstellung der Fragebogenergebnisse zur Aktualisierung der EUROSAI-Ausbildungsbedürfnisse und -präferenzen:*

Jan Eickenboom (ORKB von Deutschland) teilte den Teilnehmern mit, die vollständigen Ergebnisse der Umfrage und ihrer Analyse seien dem Vorsitz des EUROSAI-Ausbildungsausschusses zur Verfügung gestellt worden.

- *Bestimmungen über die Struktur, Organisation und Tätigkeit des EUROSAI-Ausbildungsausschusses*

María José de la Fuente eröffnete die Diskussion über die operative Planung des Ausbildungsausschusses, indem sie ihren Kollegen einige Vorschläge zu dessen Struktur, Organisation und Tätigkeit unterbreitete. Angesichts der wachsenden Bedeutung des Ausbildungsausschusses, der sich zu einer umfassenden ständigen Einrichtung entwickle, könne es in der Tat notwendig sein, seine Abläufe zu rationalisieren, um seine Aufgaben effizient zu verteilen. Es könne hilfreich sein, diese Informationen zu veranschaulichen und schriftliche Bestimmungen zu folgenden Punkten aufzustellen:

- Kurze Präsentation des EUROSAI-Ausbildungsausschusses.
- Beschreibung der Ziele des Ausbildungsausschusses und seiner Zusammensetzung (Mitglieder, Beobachter, Gäste).
- Vorsitz des Ausbildungsausschusses.
- Arbeitssprache und Arbeitsregeln.

Danièle Lamarque bat um einige genauere Erläuterungen zu den bestehenden Unterschieden zwischen den Regeln des Ausbildungsausschusses und den für an-

dere EUROSAI-Arbeitsgruppen geltenden Regeln.

María José de la Fuente erinnerte die Teilnehmer an das Verfahren zur Schaffung und Tätigkeit der verschiedenen Einrichtungsarten im Rahmen der EUROSAI. „Arbeitsgruppen“ werden vom Kongress als EUROSAI-Einrichtungen gegründet, um spezifische Studien und Arbeiten zu Themen von gemeinsamem Interesse für EUROSAI-Mitglieder zu behandeln. Der Ausbildungsausschuss sei dagegen vom EUROSAI-Präsidium geschaffen worden, um ihn bei Ausbildungsbelangen zu unterstützen. Er arbeite also für das Präsidium und sei von diesem abhängig.

Daraufhin regte Danièle Lamarque an, der gemeinsame Vorsitz des Ausbildungsausschusses solle den übrigen Ausschussmitgliedern die „Arbeitsregeln“ vorschlagen.

Magnus Borge drängte seine Kollegen, dies zu tun, denn der Ausbildungsausschuss sei vor nahezu 10 Jahren gegründet worden.

Wie bereits zuvor bei der Diskussion über die Ausbildungsstrategie des Ausschusses schlug Helene Morpeth vor, eine Unterscheidung zu treffen zwischen Themen bezüglich der Zusammensetzung des Ausschusses, der Mitgliederrotation usw. und Themen von eher operativer Natur wie die Erstellung von Protokollen und die Erarbeitung der Tagesordnung, da diese eher pragmatischen Charakter besitzen.

Danièle Lamarque und ihre Kollegen begrüßten daraufhin das Angebot von Frau de la Fuente, die von ihr vorgeschlagene Arbeit in Form von zwei verschiedenen Dokumenten, wie von Frau Morpeth angeregt, fortzusetzen und dem Ausbildungsausschuss eine erste Fassung für Kommentare zukommen zu lassen.

3.2. Aufbau einer operativen Planung - Ziel 1: Bereitstellung von Ausbildung durch Seminare und Veranstaltungen

- *Information über die Umsetzung des vom EUROSAI-Vorsitz angeregten Ausbildungsprogramms 2006-2008. Information über die Europäische Rechtsakademie in Trier*

Jean-Philippe Rageade (ERA) beschrieb kurz die von der ERA durchgeführten Ak-



tivitäten, bevor er konkret die Bewertung der erbrachten Schulungen behandelte. Herr Rageade verteilte zwei Fragebögen zur Bewertung von ERA-Workshops und stellte die wichtigsten Aspekte der anhand dieser Fragebögen bewerteten Seminare heraus: die Bedürfnisse der Teilnehmer, ihre Kommentare nicht nur bezüglich der Materialien, sondern auch der Sprecher sowie ihre Anmerkungen zur allgemeinen Seminarorganisation.

Magnus Borge reagierte auf den Kommentar von Herrn Rageade bezüglich der ERA-Publikationen. Herr Rageade habe betont, dass die ERA keine akademische Forschung betreibt. Dennoch war Herr Borge der Auffassung, die von der ERA erstellten Dokumente könnten, sofern sie ausschließlich von der ERA anlässlich der Ausbildungsseminare erstellt worden seien, als Forschungsarbeit betrachtet werden. Dieser Punkt werfe die Frage auf, solche Materialien zu schützen oder sie für jedermann zugänglich zu machen. Herr Borge begrüßte zudem alle bisher unternommenen Anstrengungen im Bereich der Zusammenarbeit zwischen der EUROSAI-Gemeinschaft und der ERA.

Aleksandra Kukula (ORKB von Polen) erklärte, auch die polnische ORKB sei sehr interessiert an einer solchen Zusammenarbeit.

Beate Korbmacher gab den Teilnehmern einige Informationen über die von der deutschen ORKB als EUROSAI-Vorsitzende organisierten Workshops, die recht erfolgreich verlaufen seien (wie aus der ERA-Bewertung hervorgeht). Des Weiteren stellte sie die im Zeitraum 2007/2008 abzuhaltenden Ausbildungsveranstaltungen über die Struktur und Funktionen der Europäischen Union vor (in Zusammenarbeit mit der ERA, auch für OLACEFS-Mitglieder vorgesehen, die daran sehr interessiert scheinen); ein Workshop über Wirtschaftlichkeitsprüfung (in Zusammenarbeit mit dem ERH); ein Seminar über das „Management einer ORKB“ (für viele ORKB gegenwärtig ein entscheidendes Thema).

María José de la Fuente fragte, ob die ORKB von Deutschland über die Durchführung einer Studie auf Grundlage der Ergebnisse der Fragebögen nachdenke, im Hinblick auf die Ausbildungsinitiative des

EUROSAI-Vorsitzes 2006-2008 zur Effizienz der Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen, die Schulungsmaßnahmen für die EUROSAI erbringen. Frau Korbmacher erklärte, eine endgültige Bewertung werde nach Beendigung dieser Initiative erfolgen.

- *Information über die Konferenz zur Rolle zur ORKB beim Kampf gegen Betrug und Korruption (Kiew, Ukraine, 19.-21. September 2006)*

María José de la Fuente gab einige Informationen über die Konferenz, an der Vertreter von 26 ORKB teilnahmen. Besondere Aufmerksamkeit galt den am Ende der Tagung erstellten Empfehlungen. Weitere Informationen über die Konferenz stehen auf der EUROSAI-Website zur Verfügung.

- *Information über das Seminar über die Prüfung öffentlicher Zuschüsse und Beihilfen (Prag, Tschechische Republik, 6.-8. November 2006)*

Radek Majer lud seine Kollegen ein, die von ihm verteilte CD anzusehen, die sämtliche Informationen und Dokumente zu diesem Seminar enthält (die Dokumente stehen außerdem auf der von der Obersten Rechnungskontrollbehörde zu diesem Seminar eingerichteten Website www.nku.cz/seminars/eurosai-prague-2006 zur Verfügung). Herr Majer machte die Teilnehmer besonders auf die spezifische Fragestellung der Bewertung aufmerksam, die zuvor aufgeworfen und diskutiert worden war. Im konkreten Fall dieses Seminars war danach ein Fragebogen verteilt worden und die Ergebnisse dieser Umfrage seien auf der CD enthalten. Herr Majer betonte, eine sorgfältige Auswahl der Sprecher für eine Ausbildungsveranstaltung sei keine leichte Aufgabe, sei aber der Mühe wert.

María de José de la Fuente fragte Herrn Majer, ob auf der EUROSAI-Website ein Link zu dieser Seminarwebsite eingerichtet werden könne. Herr Majer begrüßte diese Idee und bat darum, die Materialien dieser Veranstaltung in die EUROSAI-Website aufzunehmen, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



- *Information über das Seminar zu Prüfungsqualität (Budapest, Ungarn, 1.-2. März 2007)*

Eszter Dürr (ORKB von Ungarn) folgte dem Beispiel ihres tschechischen Kollegen und meldete sich zu Wort, um diese Veranstaltung vorzustellen. 20 Delegierte aus 9 Ländern nahmen an dem von der ungarischen ORKB und dem ERH gemeinsam organisierten Seminar teil. Frau Dürr lud die Anwesenden zum Besuch der EUROSAI-Website ein, wo sie die vollständigen Informationen über dieses Seminar finden könnten (in englischer und russischer Sprache). Leider könnten diese Informationen im Rahmen dieses Treffens nicht eingehend dargestellt werden. Die Vertreter der ORKB von Ungarn baten darum, die Materialien dieser Ausbildungsveranstaltung in die EUROSAI-Website aufzunehmen, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



34

- *Ausbildungsveranstaltung über Wirtschaftlichkeitsprüfung (4.-6. Dezember 2007, Luxemburg)*

Elisabeth Türk berichtete über die bereits erfolgten Vorbereitungen. Dieses Seminar wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechnungshof ausgerichtet und soll vom 4. bis 6. Dezember 2007 in Luxemburg stattfinden. Es wird neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Wirtschaftlichkeitsprüfung behandeln (neue Trends, Techniken ...). Die nationalen ORKB werden Fallstudien erstellen, anhand derer die Teilnehmer Erfahrungen austauschen und voneinander lernen können. Die Zahl der externen Teilnehmer wird auf 50 begrenzt.

- *Ausbildungsveranstaltung über Standards zur Finanzprüfung (Vilnius, Litauen, 2.3. Oktober 2008)*

Ina Baruseviciene (ORKB von Litauen) gab zu, die Vorbereitungen zu diesem Seminar befänden sich noch in einem sehr frühen Stadium. 4-5 EUROSAI-Experten seien eingeladen worden. Andere Fachleute sollten kontaktiert werden (z. B. aus Dänemark, Schweden). Die Ausgaben für die Organisation sollten zu einem späteren Zeitpunkt dem EUROSAI-Präsidium vorgelegt werden.

Danièle Lamarque reagierte auf diese letzte Anmerkung und bestätigte die Wichtigkeit, die finanziellen Organisationsaspekte der vom EUROSAI-Ausbildungsausschuss geförderten Ausbildungsveranstaltungen zu diskutieren. Der Ausbildungsausschuss werde dieses wesentliche Thema zu einem späteren Zeitpunkt des Treffens ausführlich behandeln.

- *Weitere unter Beachtung der festgelegten Prioritäten eventuell zu organisierende Ausbildungsveranstaltungen*

Jan Eickenboom gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass von einigen Rechnungsprüfern im Ruhestand durchgeführte „Pilotprüfungen“ in die Ausbildungsaktivitäten des Ausbildungsausschusses aufgenommen werden könnten, da konkrete Beispiele und spezifische Fallstudien die beste Möglichkeit zur Verbesserung individueller Fähigkeiten und zum Erwerb neuer zusätzlicher Kompetenzen seien sowie eine gute Gelegenheit zur Gegenüberstellung und zum Austausch von Erfahrungen. Eine solche Prüfung könnte auch eine gute Art und Weise darstellen, den konkreten fachlichen Bedürfnissen einiger ORKB zu entsprechen und „theoretische“ Seminare zu effizienten praktischen Schulungen zu machen.

Kamal Daoudi (ORKB von Marokko) erinnerte seine Kollegen an die dem vor Kurzem gegründeten INTOSAI-Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen zugewiesenen Aufgaben. Als Mitglied eines der Unterkomitees dieses Komitees sollte die ORKB von Marokko beispielsweise an der Erstellung einer Datenbank über Rechnungsprüfer im Ruhestand mitzuwirken.

Magnus Borge versuchte, die Teilnehmer auf die Auswirkungen eines solchen Vorhabens aufmerksam zu machen: Falls der Ausbildungsausschuss die Entwicklung von Pilotprüfungen im Rahmen eines umfassenderen Programms unternehmen wolle, bedeute dies einen vollkommen neuen Bereich. Zudem war Magnus Borge der Auffassung, dass die Schulung junger Rechnungsprüfer vielleicht nicht Kollegen im Ruhestand zugewiesen werden solle.

Danièle Lamarque stimmte dieser Anmerkung zu, da Kollegen im Ruhestand möglicherweise nicht an neue Prüfungsmethoden und standards gewöhnt seien. Des Weiteren betonte Frau Lamarque den von Herrn Borge herausgestellten Nachteil der Länge von „Pilotprüfungen“. Die zur Teilnahme an „Pilotprüfungen“ eingeladenen Rechnungsprüfer müssten sich 1 oder 2 Monate im Ausland aufhalten. Dies würde die Kosten der ORKB zur Organisation solcher Prüfungen erhöhen. Mit anderen Worten: „Pilotprüfungen“ könnten effizient, aber sehr teuer sein.

Herr Daoudi schlug vor, die Verteilung einer Datenbank könnte trotzdem von Interesse sein.

Nach Durchsicht der Liste der zu organisierenden Ausbildungsveranstaltungen und deren Abgleich mit der Liste der bereits durchgeführten bzw. geplanten Maßnahmen bemerkte María José de la Fuente, einige Themen seien nach wie vor nicht berücksichtigt worden: die Prüfung der Sozialversicherung, die Bewertung öffentlicher Praktiken, die Prüfung internationaler Organisationen und das Management der ORKB; IT- und Umweltprüfung seien stets eine Priorität für die EUROSAI-Mitglieder. Frau de la Fuente fragte ihre Amtskollegen, ob der Ausbildungsausschuss Kontakt mit den ORKB aufnehmen solle, die Interesse an diesen Themen gezeigt hatten.

Radek Majer stimmte dem Vorschlag zu und bot an, im Namen der ORKB der Tschechischen Republik ein Seminar zu einem Thema zu beherbergen, das von der ORKB zu diskutieren und zu genehmigen sei.

Als Reaktion auf die vorherige Anmerkung von Frau de la Fuente regte Jan Eickenboom an, einige der 15 ORKB zu kontaktieren, die positiv auf den Fragebogen des Jahres 2005 geantwortet hatten und offenbar zur Ausrichtung von Schulungsveranstaltungen bereit seien, auch wenn sie keine Mitglieder des Ausbildungsausschusses seien.

Zur Ergänzung der Liste der bereits sicher geplanten Veranstaltungen kündigte Alexandra Kukula die Ausrichtung eines Seminars in Bratislava im Oktober 2008 durch die EUROSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung an.

Elisabeth Türk schlug vor, den von der deutschen ORKB im Jahr 2005 erarbeiteten Fragebogen zu aktualisieren.

Jan Eickenboom sprach sich sehr zurückhaltend aus, da durch diese Umfrage trotz der Schwierigkeiten der deutschen ORKB (die einige Partner drängen musste) bereits viel erreicht worden sei. Da eine solche Umfrage eine lang andauernde Aufgabe sei, vertrat Herr Eickenboom die Auffassung, die Zeit zur Befragung der ORKB sei nun vorüber und der nächste nützliche Schritt bestünde darin, Kontakt mit den an der Zusammenarbeit an Ausbildungsprojekten interessierten ORKB aufzunehmen.

Helene Morpeth verließ dieser Meinung Nachdruck. Wahrscheinlich müsse der Ausbildungsausschuss ohnehin recht bald eine neue Umfrage starten, um aktuelle Informationen zur Berichterstattung an das Präsidium auf dem nächsten Kongress zu erheben. Deshalb solle der Ausschuss keine Zeit verschwenden und doppelte Befragungen vermeiden.

Zudem war Jan Eickenboom der Meinung, die Wiederholung von Ausbildungsveranstaltungen solle nicht als organisatorischer Fehler betrachtet werden. Die Wiederholung könne sogar zur umfassenden Ausbildungsstrategie des Ausschusses gehören. Unabhängig vom Thema sei ein einziges Seminar häufig nicht ausreichend, um den Teilnehmern alle benötigten Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln.

María José de la Fuente schlug vor, der gemeinsame Vorsitz könne mit den besonders bereitwilligen ORKB Verbindung aufnehmen.

Danièle Lamarque warf die Fragestellung der Sprache auf. Die meisten eine Veranstaltung beherbergenden ORKB könnten die Kosten für Dolmetscher wahrscheinlich nicht tragen.

Bezüglich der auf den Websites verfügbaren Informationen gab Frau Lamarque zu, die Ausbildungswebsite des EUROSAI-Ausbildungsausschusses sei von keinem großen Nutzen. Da in den meisten Fällen alle Materialien auf den offiziellen ORKB-Websites oder auf der EUROSAI-Website zugänglich seien (manchmal auch auf beiden), sei eine besondere Website des Ausbildungsausschusses offenbar überflüssig.



3.3. Aufbau einer operativen Planung - Ziel 2: Unterstützung der Aktivitäten EUROSAI-IDI

- *Information über das Ausbildungsprogramm zur „Prüfung öffentlicher Schulden“*

Magnus Borge bezeichnete dieses Thema als erste Priorität der IDI-Länder. Er nannte die verschiedenen, in den Jahren 2005, 2006 und 2007 ausgerichteten Treffen/Seminare/Workshops und stellte sie kurz vor. Besonders betonte er die Nachverfolgung der den 11 ORKB gewährten Unterstützung, die an dem Seminar in Baku im Februar 2006 teilgenommen hatten. Diese ORKB seien zuerst zur Vorlage ihres Prüfungsplans und dann zur Durchführung eines Selbstbewertungsverfahrens aufgefordert worden. Dieses wurde von Fachleuten und professionellen Rechnungsprüfern überprüft, die den ORKB bei der Neuentwicklung ihrer zu den Workshops mitgebrachten Prüfungspläne halfen. Auch eine Bewertung nach dem Workshop wurde geplant, um die Nachverfolgung der auf den Workshops aufgestellten Empfehlungen sorgfältig zu überwachen. Die 11 korrigierten Prüfungspläne wurden allen teilnehmenden ORKB zugesandt, um diese Erfahrungen gemeinsam zu nutzen. Auch ein Schreiben zur Nachverfolgung sei ihnen zugegangen. Bisher haben 3 ORKB geantwortet und die Einführung der endgültigen Prüfungspläne kommentiert. Magnus Borge gab zu, dass bezüglich der Übersetzung der Schulungsmaterialien noch einige Verbesserungen notwendig seien.

- *Bewertungen bei IDI einschließlich der Bewertung des langfristigen Schulungsprogramms LTTP von EUROSAI-IDI*

Magnus Borge erwähnte das vier Ebenen umfassende „Kirkpatrick“-Bewertungsmodell (Reaktion, Lernen, Transfer und Auswirkung) zur Messung der Unterschiede zwischen den Fähigkeiten der Teilnehmer vor und nach dem Workshop (was haben sie wirklich gelernt?) sowie zur Berücksichtigung der Schulungsauswirkungen auf die Tätigkeit der ORKB (durchgeführte Prüfungen, erstellte Berichte ...). Die IDI befindet sich in einem mittleren Stadium (zwischen Schritt Nr. 2 „Lernen“ und Schritt Nr. 3

„Transfer“), auch wenn die Verbesserungen der ORKB zugegebenermaßen nicht ausschließlich auf dem IDI-Programm beruhen.

Magnus Borge erinnerte seine Kollegen auch daran, dass nicht alle an Phase II des LTTP-Programms teilnehmenden ORKB IDI-Mitglieder seien. Daraufhin beschrieb Herr Borge kurz die verschiedenen, seit 2002 organisierten Workshops mit dem Ziel, ausgewählte Länder/ORKB zu unterstützen (einen theoretischen Hintergrund, praktische Übungen zu IT-, Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Management, Kenntnisse über interaktive Lehrmethoden vermitteln). Die Workshops wurden in englischer und russischer Sprache gehalten. Im Jahr 2006 begann die IDI mit der Bewertung des LTTP: Ein Fragebogen (auf Englisch und Russisch) wurde den Ausbildern und Teilnehmern der Ausbildungsveranstaltungen ausgehändigt, um zu erfahren, ob die Workshops tatsächlich die definierten Ziele erreicht hatten. Obwohl die Rücklaufquote der russischsprachigen Gruppe unter der Quote der englischsprachigen Gruppe lag, ergab die Befragung einige wichtige Schlussfolgerungen:

- Das LTTP erreichte sein 1. Ziel (eine bedeutende Zahl von Spezialisten wurde von der IDI zertifiziert) und konnte die bei den Ziel-ORKB eingeführten Ausbildungssysteme und abläufe verbessern.

- Jedoch erreichte das LTTP nicht die 2. Zielsetzung: Bisher konnte keine wirkliche Duplizierung der IDI-Ausbildungsprogramme auf lokaler Ebene festgestellt werden.

Ebenso versuchte die IDI eine Bewertung folgender Punkte:

- In welchem Umfang wurde ihr systematischer Ausbildungsansatz kopiert?
- Wie setzen die ORKB ihre Ausbildungsspezialisten ein?

Laut Herrn Borge sollte die IDI sicherlich die Mitwirkung mehr erfahrener Rechnungsprüfer an langfristigen Programmen anstreben.

- *Information über weitere IDI-Aktivitäten und zukünftig vorgesehene Aktivitäten*

Magnus Borge nannte die von der IDI für die Zukunft aufgestellten Hauptziele:



- Verbesserung der fachlichen Fähigkeiten der IDI-Mitarbeiter.
- Stärkung der institutionellen Organisation der ORKB.
- Beitrag zum Wissensaustausch der ORKB.
- Sicherstellung der ORKB-Umgebung.

Die IDI könnte auch mit Ländergruppen arbeiten, um die besonderen Bedürfnisse der jeweiligen Gruppe wahrzunehmen (einige ORKB sind weiter entwickelt als andere und haben deshalb nicht dieselben Bedürfnisse). Zudem plane die IDI die Entwicklung einer ORKB-Bewertung (Zusammenstellung von Instrumenten und Methoden). Des Weiteren würde die IDI, bevor sie die Arbeit fortführt, gern messen, was sie bereits erreicht hat: Die Bewertung der bisher erfolgten Arbeit ist nun der erste Schritt des nächsten IDI-Strategieplans.

Radek Majer bat um zusätzliches Material der IDI, das sehr hilfreich sein könne, aber nicht allen ORKB zur Verfügung stehe (die IDI-Website enthält einen zugangsbeschränkten Bereich, auf den nur IDI-ORKB zugreifen können).

Helena Abreu Lopes warf das Thema des e-Learning auf: Wie wird es entwickelt und wie effizient ist es (oder könnte es sein)?

Magnus Borge erklärte seinen Amtskollegen, die IDI teste in der Tat das e-Learning in Lateinamerika (mit OLACEFS) im Rahmen eines Kurses über Wirtschaftlichkeit-prüfung. 60 Teilnehmer und 10 Moderatoren nahmen an diesem Kurs teil, der sehr positiv aufgenommen wurde und bewies, dass es möglich ist, aus einem herkömmlichen Schulungskurs einen e-Learning-Kurs zu machen. Weitere e-Learning-Schulungsveranstaltungen wurden im Jahr 2006 von OLACEFS organisiert und verwaltet. Zweifelsfrei besitzt e-Learning ein großes Potenzial. Natürlich kostet die Entwicklung von e-Learning-Systemen viel, aber die Ergebnisse lassen sich leicht vervielfältigen.

Helene Morpeth fragte sich, wie das herkömmliche Ausbildungssystem des EUROSAI-Ausbildungsausschusses in Zukunft parallel zu den Aktivitäten des INTOSAI-Komitees für den Ausbau von Sachkompetenzen bestehen könne.

Magnus Borge antwortete, zwischen dem INTOSAI-Komitee und regionalen Ausbildungsausschüssen würde wahrscheinlich eine Kooperation eingerichtet und diese könnten zu Unterkomitees für den Ausbau von Sachkompetenzen werden. Die Herausforderung bestünde dann in der Abgleichung der implementierten Ausbildungspläne aller Ausbildungsorganisationen.

3.4. Aufbau einer operativen Planung - Ziel 3: Unterstützung der Kooperation mit Arbeitsgruppen

- *Kooperation mit der EUROSAI-Arbeitsgruppe für IT*

Helena Abreu Lopes erläuterte ihren Kollegen den Bezug der Hauptprojekte der IT-Arbeitsgruppe zu den festgestellten prioritären Ausbildungsbedürfnissen (Bedürfnisse der Rechnungsprüfer, der ORKB-Führungskräfte und der IT-Spezialisten), auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass einige Bedürfnisse durch den Markt abgedeckt werden (z. B. die Bereitstellung spezifischer Software für die ORKB).

Die IT-Arbeitsgruppe beschloss, den Schwerpunkt auf folgende Aspekte zu legen: eGovernment-Prüfungsansatz, ERM-Prüfung, IT-Selbstbewertung und IT-Prüfung von Einnahmenbetrug, Entwicklung von Prüfungsleitlinien zur Verbreitung unter den ORKB mittels Schulungen, womit auch ihren Ausbildungsbedürfnissen entsprochen wird.

Die in Lissabon (2004) und Vilnius (2005) ausgerichteten Seminare dienten der Vorbereitung der ORKB auf die IT-Selbstbewertung. Das in Bern (2006) gehaltene Seminar behandelte den ERM-Prüfungsleitfaden. Weitere Seminare sollen in Luxemburg (2007) und Tallinn (2008) stattfinden. Diese Veranstaltungen sollten sehr praktisch ausgerichtete Seminare sein. Das Seminar 2007 war ursprünglich für prioritäre ORKB gedacht, die das Projekt zur IT-Selbstbewertung noch nicht durchlaufen hatten (hauptsächlich aufgrund sprachlicher Probleme oder finanzieller Schwierigkeiten). Da diese ORKB aber nicht bereit schienen, sich einem solchen Projekt zu unterziehen, sollte sich das Seminar in Luxemburg stattdessen auf die Nachverfolgung der von den teilnehmenden



den ORKB durchgeführten Selbstbewertungen konzentrieren.

Im Hinblick auf das Seminar in Tallinn, das wahrscheinlich die Prüfung von IT-Systemen oder IT-Projekten behandeln wird, könnte ein externer Experte erforderlich sein und ein Finanzantrag an den EUROSAI-Ausbildungsausschuss zur Deckung der entsprechenden Kosten gestellt werden.

Da die IT-Arbeitsgruppe noch keine Pläne für ihre Aktivitäten über 2008 hinaus hat, sind keine weiteren Veranstaltungen geplant.

- *Kooperation mit der EUROSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung*

Alexandra Kukula gab ihren Kollegen schnell einige Informationen über die in der Vergangenheit organisierten Veranstaltungen und betonte, der nächste Schritt für die teilnehmenden ORKB solle in der Umsetzung der auf diesen Schulungsveranstaltungen erworbenen Kenntnisse bestehen. Die Organisation zukünftiger Veranstaltungen hänge vom nächsten Koordinator der Arbeitsgruppe ab.

María José de la Fuente merkte zudem an, dass die Arbeitsgruppe in der Tat kurz vor der Beendigung des auf dem letzten Kongress verabschiedeten Programms stehe.

- *Kooperation mit der EUROSAI-Arbeitsgruppe für die koordinierte Rechnungsprüfung von Steuerermäßigungen*

Jan Eickenboom präsentierte kurz das Seminar vom 21. und 22. Februar in Bonn über Steuerermäßigungen. Dieses Seminar wurde auf Einladung des EUROSAI-Vorsitzenden und Präsidenten der deutschen ORKB, Prof. Dr. Dieter Engels, organisiert. Über 60 Teilnehmer aus 23 EUROSAI-Mitgliedsländern diskutierten Ermäßigungspraktiken sowie die Effizienz und Prüfung von Ermäßigungen. Delegierte der OECD, der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Universität Köln sowie der niederländischen ORKB trugen Präsentationen vor. Der Workshop zielte auf die Bereitstellung eines fachlichen Rahmens für die EUROSAI-weite koordinierte Prüfung von Steuerermäßigungen und konnte eine gemeinsame Grundlage definieren.

Das bisher letzte geplante Treffen der Arbeitsgruppe soll im Januar 2008 stattfinden.

María de la Fuente hob die großartige Arbeit der Gruppe (bestehend aus 17 Mitgliedern) hervor.

Beate Korbmacher betonte zudem die Komplexität dieses Prüfungsgebiets. Angesichts der hohen Vielfalt an Steuersystemen sei es häufig schwierig, eine Parallelprüfung mit Beteiligung mehrerer ORKB zu organisieren.

3.5. Aufbau einer operativen Planung - Ziel 4: Unterstützung der Kooperation mit regionalen Arbeitsgruppen und der umfassenderen INTOSAI-Familie

- *Information über die Kooperation EUROSAI-OLACEFS*

Helena Abreu Lopes lud die Teilnehmer ein, die auf der Website der portugiesischen ORKB verfügbaren Informationen abzurufen. Frau Abreu Lopes nutzte die Gelegenheit, eine geringfügige Änderung der nächsten Konferenz (Mai 2007) zu erwähnen: Der Bankpräsident werde das Treffen beenden, statt es zu eröffnen. Des Weiteren drängte sie ihre Kollegen, sich so bald wie möglich anzumelden.

- *Information über die Kooperation EUROSAI-ARABOSAI*

María José de la Fuente gab einige Informationen über das Treffen zwischen dem EUROSAI-Präsidium und dem ARABOSAI-Vorstand in Tunis (30. November 2006), auf dem die Teilnehmer Gelegenheit zur ersten Kontaktaufnahme sowie zur Besprechung möglicher Wege und Instrumente der Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen hatten. Die Präsidenten der EUROSAI und ARABOSAI beschrieben ihre jeweilige Organisation; die Generalsekretäre unterbreiteten Vorschläge für Kooperationsinitiativen. Der Präsident der niederländischen ORKB trug eine Präsentation über die Kooperation auf dem IT-Gebiet vor. In einer offenen Diskussion wurden mögliche Wege der Zusammenarbeit behandelt, z. B.: wissenschaftliche Symposiumszyklen, ORKB-Studienbesuche, gegenseitige Teilnahme an Ausbil-



dungsveranstaltungen, Austausch von Erfahrungen und gemeinsame Informationsnutzung, Förderung gemeinsamer Aktivitäten in Bereichen von gemeinsamem Interesse, Kooperation zwischen Arbeitsgruppen beider Organisationen.

Martina Hampel von der deutschen ORKB berichtete über die Konferenz in Tunis im Dezember 2006. Auf diesem Treffen wurde das Thema der Privatisierung behandelt und ein Vergleich zwischen dem europäischen und dem arabischen Ansatz gezogen. Acht konkrete Fälle wurden im Rahmen einer ergiebigen Diskussion und eines nutzenbringenden Austauschs untersucht.

• *Kooperation mit dem INTOSAI-Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen*

Kamal Daoudi dankte seinen Kollegen für die Gelegenheit zur Teilnahme am Treffen des EUROSAT-Ausbildungsausschusses und erinnerte sie an die wichtigsten Entwicklungen. Das INTOSAI-Komitee habe z. B. „Unterkomitees“ geschaffen, und Herr Daoudi merkte zudem an, die EUROSAT-Mitglieder seien im Steuerungskomitee recht gut vertreten. Bisher habe das Komitee seine Website gestaltet und ein Pilotprojekt für den Ausbau von Sachkompetenzen vorbereitet.

Da die ORKB von Großbritannien dem Unterkomitee Nr. 1 vorsitzt, meldete sich Helene Morpeth zu Wort, um ihre Kollegen an die dem Unterkomitee übertragenen Hauptaufgaben zu erinnern: die verstärkte Förderung von Aktivitäten für den Ausbau von Sachkompetenzen. Ein Entwurf sei bereits erstellt worden, der am 19. März in London besprochen und dann in Umlauf gebracht werde.

Im Namen der leitenden ORKB des Unterkomitees Nr. 3 hob Jan Eickenboom die derzeitige Förderung bester Praktiken für Peer-Reviews hervor. Der bisher entworfene Leitfaden (mit Schwerpunkt auf praktischen Aspekten) solle im Juni 2007 auf dem nächsten Treffen des Unterkomitees debattiert werden. Dieses Dokument werde erstellt, um an solchen Peer-Reviews beteiligten ORKB Hilfeleistung zu geben. Der EUROSAT-Ausbildungsausschuss könne am Kapitel über Human Resources (Einstellung, Personalmanage-

ment ...) interessiert sein. Der Leitfaden stehe noch für Anregungen offen.

María José de la Fuente bat um Möglichkeiten zur Stärkung der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen dem EUROSAT-Ausbildungsausschuss und dem INTOSAI-Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen.

Kamal Daoudi bestätigte, das INTOSAI-Komitee müsse warten, bis das umfassende Projekt ausgereifter sei.

• *Information über die Umsetzung des INTOSAI-Strategieplans 2005-2010*

Eszter Dürr beschrieb kurz den Kontext und stellte den Inhalt des verabschiedeten Dokuments vor. Folgende 4 Ziele wurden definiert:

- Ziel 1: Rechnungslegungs- und Fachnormen.
- Ziel 2: Ausbau institutioneller Sachkompetenzen.
- Ziel 3: Wissensaustausch.
- Ziel 4: Modell einer internationalen Organisation.

Frau Dürr berichtete auch über die außerordentliche Sitzung des INTOSAI-Präsidiums (März 2005, Budapest) sowie über die nächsten geplanten Sitzungen, darunter der nächste INCOSAI (der erste nach Verabschiedung des Strategieplans stattfindende Kongress).

Jan Eickenboom bat um einige Details zu den Teilnahmegebühren.

Eszter Dürr setzte die Gebühren mit 290 € pro Teilnehmer und 330 € pro Begleitperson an. Des Weiteren betonte sie die Regelung zperson an. Des Weiteren betonte sie die Regelung zur Höchstanzahl von Delegationsmitgliedern.

3.6. Aufbau einer operativen Planung - Ziel 5: Stärkere Nutzung von Websites und Publikationen

• *Informationen über die EUROSAT-Website*

María José de la Fuente betonte, die EUROSAT-Website werde soweit wie möglich auf dem aktuellen Stand gehalten. Jeg-



liche von einer ORKB mitgeteilte Information oder Änderung werde in die Website aufgenommen. Neue Links seien hinzugefügt worden, weitere Links würden bald folgen. Der Veranstaltungskalender sei aktualisiert worden. Die letzte EUROSAI-Zeitschrift und der Newsletter seien eingestellt worden und nun auf der Website abrufbar. Die Kontaktdaten der einzelnen ORKB würden bei Bedarf anhand der von den ORKB übermittelten Angaben aktualisiert. Auch einige kürzlich gefasste Beschlüsse zum EUROSAI-Ausbildungsausschuss seien in die Website aufgenommen worden. Der nächste Schritt bestehe in der Erfassung aller Dokumente über alle früheren EUROSAI-Kongresse. Je länger ein Kongress zurückliege, umso schwieriger sei jedoch die Gewinnung der entsprechenden Informationen.

Frau de la Fuente teilte ihren Kollegen außerdem mit, der neue Website-Abschnitt „Newsgroup“ sei gelöscht worden, da er nicht angemessen genutzt worden sei. Sie erinnerte an die Möglichkeit, in die EUROSAI-Website nationale Informationen über Einnahmenprüfung aufzunehmen, wie auf dem VI. EUROSAI-Kongress angeregt worden war.



40

• *Information über die EUROSAI-Ausbildungswebsite:*

Danièle Lamarque wiederholte ihre bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Diskussion vorgebrachten Anmerkungen. Die Website des EUROSAI-Ausbildungsausschusses scheine sich mit der EUROSAI-Website sowie mit den offiziellen Websites der einzelnen ORKB recht stark zu überschneiden. Eine bessere – und auch einfacher zu handhabende – Lösung könne darin bestehen, die bestehenden Links zwischen dem Veranstaltungskalender auf der EUROSAI-Website und den diese Veranstaltungen behandelnden Websites (eigene Websites oder die Website der ausrichtenden ORKB) regelmäßig zu aktualisieren. Frau Lamarque schlug deshalb vor, nur die EUROSAI-Website beizubehalten. Jede ORKB solle sicherstellen, dass die Informationen über ihre eigenen Ausbildungsaktivitäten verfügbar sind.

María José de la Fuente machte die Teilnehmer auf die Verantwortung der einzelnen ORKB aufmerksam, bei der Aktualisierung

der EUROSAI-Website behilflich zu sein. Das EUROSAI-Sekretariat sei offen für die Einrichtung zusätzlicher Links auf der Website, aber die bereitgestellten Informationen müssten regelmäßig von den Beteiligten überprüft werden. Bezüglich der Anregung von Frau Lamarque sagte Frau de la Fuente, das EUROSAI-Sekretariat würde gern die Informationen über den Ausbildungsbereich in die EUROSAI-Website aufnehmen und im Rahmen der EUROSAI eine einzige Website unterhalten. Jedoch merkte sie an, das Sekretariat könne nicht zusätzlich die Aufgabe übernehmen, die Informationen zum Ausbildungsbereich zusammenzutragen und auszuwerten. Frau de la Fuente fragte, ob die französische ORKB dazu bereit sei. Frau Lamarque stimmte diesem Vorschlag zu.

Der Ausbildungsausschuss vereinbarte, dem Präsidium den Beschluss vorzuschlagen, nur eine EUROSAI-Website beizubehalten, die vom Sekretariat geführt wird und in Zukunft die Ausbildungsinformationen enthält. Die ORKB von Frankreich würde die Erhebung und Erstellung der diesbezüglichen Informationen übernehmen, die dem EUROSAI-Sekretariat dann zum Hochladen zugesandt würden.

• *Informationen über EUROSAI-Publikationen*

María José de la Fuente gab Informationen über die seit dem letzten Treffen des EUROSAI-Ausbildungsausschusses (2006) erstellten EUROSAI-Publikationen: Newsletter (Ausgaben Nr. 36, 37 und 38) und Zeitschrift (Ausgabe Nr. 12). Sie kündigte die Erstellung von Ausgabe Nr. 13 der Zeitschrift an und erinnerte die Ausschussteilnehmer an die Einladung, ihren Beitrag einzusenden.

3.7. Aufbau einer operativen Planung - Ziel 6: Ausbau der Zusammenarbeit mit Universitäten

• *Weiterentwicklung der Zusammenarbeit*

Elisabeth Türk erinnerte an die Absicht der ORKB von Frankreich, einen Fragebogen in Umlauf zu bringen.

Danièle Lamarque unterstützte diese Idee und bekräftigte die Notwendigkeit,

Informationen über zwischen den ORKB und einigen Universitätspartnern bestehende Kooperationen zu erheben. Sie bestätigte, dass ein Fragebogen zur Verteilung an die ORKB erstellt werde.

4. Sonstige Themen

4.1. *Qualifikation als Zertifizierter Europäischer Rechnungsprüfer des öffentlichen Sektors*

Am Nachmittag des Vortags des Treffens fand zu diesem Thema ein Vortreffen mit Vertretern der ORKB von Dänemark, Deutschland, Frankreich, Litauen, Österreich, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn sowie des ERH statt. Dort stellte Herr Kellner als Fallstudie den österreichischen MBA über öffentliche Rechnungs-kontrolle vor. Das Thema der Zertifizierung wurde diskutiert.

Auf dem Treffen des EUROSAI-Ausbildungsausschusses gab Elisabeth Türk einen kurzen Überblick über diese Diskussion und die Entwicklungen bei den EUROSAI-Mitgliedern. Des Weiteren stellte Herr Kellner erneut den österreichischen MBA über öffentliche Rechnungs-kontrolle vor. Dieser MBA wurde im Februar 2006 von der Universität Wien in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Rechnungshof (ÖRH) gestartet. Da der ÖRH ständig erfahrener Rechnungsprüfer bedurfte, wurden ausschließlich Kollegen mit Berufserfahrung eingestellt. Zudem mussten alle neu eingestellten Rechnungsprüfer interne Prüfungen bestehen, auf die der ÖRH in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien Vorbereitungen anbot. Als diese Zusammenarbeit zu Ende ging, entwickelte der ÖRH gemeinsam mit der Wirtschaftsuniversität Wien einen spezifischen MBA über öffentliche Rechnungs-kontrolle.

Im Namen der Delegierten der dänischen ORKB, die am Vorbereitungstreffen am Vortrag teilgenommen hatten, jedoch leider nicht beim Treffen des EUROSAI-Ausbildungsausschusses anwesend sein konnten, präsentierte Elisabeth Türk daraufhin einen Überblick über das dänische Zertifizierungsschema .

Frau Türk ging dann zur Behandlung der Schaffung eines europäischen Public

Sector Audit Diploma (PSAD) über. Sie fasste die Geschichte dieses Projekts zusammen (Überarbeitung der Ausbildungsstrategie von Lissabon, der Beschlüsse von Warschau, die Treffen des Ausbildungsausschusses in London und Luxemburg sowie die Verteilung des ERH-Fragebogens Ende 2006). Der Fragebogen half bei der Gewinnung einer großen Menge ergiebiger Informationen, und Frau Türk brachte deshalb ihre Zufriedenheit mit dem sehr guten Feedback zu dieser Umfrage zum Ausdruck. Die von mehreren ORKB gelieferten Antworten ließen folgende Schlussfolgerungen zu: Qualifikation scheint ein recht neues Thema/Gebiet zu sein, das von den einzelnen ORKB auf sehr verschiedene Art und Weise gehandhabt wird. Diese Besonderheiten lassen sich nur unter großen Schwierigkeiten in einer Art allgemeinem Lehrprogramm zusammenfassen, das für alle Länder gelten könnte. Außerdem wurden in den meisten Fällen die Kosten für die Qualifikation der Rechnungsprüfer von den ORKB getragen.

All diese mittelfristigen Schlussfolgerungen führten zu folgender Fragestellung: Wohin möchten wir gehen? Wie lauten die Bedürfnisse der ORKB: ein akademischer Abschluss, eine berufliche Akkreditierung? Was sind sie bereit einzuführen? An welche Zielgruppen sollten sich Ausbildungsdienstleistungen wenden: Studenten, Rechnungsprüfer?

Frau Türk beschrieb das umfassende Projekt als einen Zug, der aus dem EUROSAI-Ausbildungsausschuss als Lokomotive und den ORKB als Waggons besteht. Zum Abschluss der Präsentation schlug sie vor, einer Art „Roadmap“ zu folgen mit einigen Hauptaufgaben wie die Verteilung eines Fragebogens zur bestehenden Kooperation zwischen ORKB und Universitäten (dies könnte die französische ORKB übernehmen), Versuch der Entwicklung eines gemeinsamen Lehrplans und Entwurf eines Berichts zur Vorlage auf dem nächsten Treffen der PSAD-Arbeitsgruppe.

Magnus Borge (IDI) merkte an, dieselben Themen seien innerhalb der INTOSAI-Gemeinschaft behandelt worden, was bedeute, dass die Zertifizierung in der Tat ein alle betreffendes Thema darstelle. Bezüglich des Umfangs des vom ERH verteilten Fragebogens wolle Herr Borge ein wenig die Zufriedenheit von Frau Türk untergra-



ben. Er betonte zunächst die Tatsache, die meisten EUROSAI-Mitglieder seien EU-Mitglieder, und bemerkte, dass nicht alle „alten“ EUROSAI-Mitglieder den Fragebogen beantwortet hätten, was er etwas enttäuschend finde. Ebenso gab er seiner Sorge über die Haltung der osteuropäischen Länder Ausdruck. Sie scheinen bisher nicht sehr stark mitzuwirken: Warum ist das so? Warum sind sie nicht am Projekt interessiert? Wie könnten sie in das Projekt gebracht werden? Sie haben vielleicht nicht den Fragebogen beantwortet, aber sicherlich haben sie dieselben Bedürfnisse im Hinblick auf Ausbildung und Qualifikation.

María José de la Fuente bezog sich auf den konkreten Fall Spaniens (in der Fragebogenanalyse als „no-no“-Land bezeichnet: Es hat kein PSA-Programm und ist nicht an der Schaffung eines gemeinsamen PSAD interessiert). Sie merkte an, die vorgeschlagene Initiative sei sehr interessant und von spanischer Seite bestehe keinerlei Widerspruch dazu (die Antworten der ORKB auf den Fragebogen sollten nicht genau so wie die Antworten eines „no-no“-Landes ausgelegt werden), aber es gebe einige rechtliche Einschränkungen hinsichtlich des im jeweiligen Land geltenden Systems. Im Falle Spaniens muss ein Bewerber, um öffentlicher Rechnungsprüfer zu werden, einen Universitätsabschluss in konkreten, gesetzlich vorgeschriebenen Fächern besitzen und eine offizielle Prüfung ablegen. Ein guter universitärer Hintergrund wäre nicht ausreichend, und das Bestehen der Prüfung sei erforderlich. Ein europäischer PSAD (ein MBA) wäre sehr gut als Ausbildungsergänzung und zur Verbesserung des Hintergrunds, aber er würde nicht ausreichen und sei nicht einmal Vorbedingung, um öffentlicher Rechnungsprüfer zu werden.

Wilhelm Kellner reagierte darauf und stellte klar, der von der Universität Wien angebotene MBA sei nun Vorbedingung, um Rechnungsprüfer beim österreichischen Rechnungshof zu werden (er muss absolviert worden sein, und der MBA wird im Einstellungsvertrag erwähnt).

Elisabeth Türk bekräftigte ihre Meinung, es müsse möglich sein, einen gemeinsamen Lehrplan zu vereinbaren. Insbesondere auf dem Gebiet der Prüfung von EU-Mitteln könne dies von Interesse sein. Der ERH könne als Koordinator auftreten (da er einen Überblick hat), und die IDI

könnte als Initiator fungieren, der versucht, die osteuropäischen Länder einzubeziehen.

Helene Morpeth beglückwünschte den ERH zur durchgeführten Umfrage und schlug vor, die Excel-Tabelle, die die Fragebogenergebnisse sehr klar und hilfreich zusammenfasst, in die EUROSAI-Website aufzunehmen. Die fortgeschrittensten ORKB und ihre Partner (Kursanbieter) sollten genannt und kontaktiert werden, um von ihren Erfahrungen und Mitteln profitieren zu können.

Bezüglich der Fragebogenergebnisse schlug María José de la Fuente vor, statt die gesamte Tabelle auf der Website verfügbar zu machen – wie von Frau Morpeth angeregt –, sei es ratsamer, eine Zusammenfassung der Ergebnisse ohne detaillierte Antworten der einzelnen ORKB in die Website aufzunehmen, um Fehldeutungen durch Einschränkungen aufgrund der Rechtssysteme einzelner Länder zu vermeiden. Des Weiteren wäre es gut, die aufgeworfenen Probleme und mögliche Lösungen zu nennen. Frau Türk stimmte dieser Sichtweise zu.

Bezüglich des Vorbereitungstreffens stimmte Danièle Lamarque Frau de la Fuente zu: Der nationale Hintergrund (der rechtliche Rahmen und das akademische System) der einzelnen Länder sei nach wie vor so unterschiedlich, dass die ORKB sehr vorsichtig sein und die spezifischen Anforderungen sowie Möglichkeiten der Länder berücksichtigen müssen. Deshalb regte Frau Lamarque an, zunächst die Art der Zertifizierung zu klären, mit der die einzelnen ORKB ihre Rechnungsprüfer ausstatten möchten. Einige ORKB könnten an einem wirklichen Universitätsdiplom interessiert sein, andere dagegen eine „Qualifikationszertifizierung“ vorziehen, die auf die Anerkennung der fachlichen Fähigkeiten der Rechnungsprüfer abzielt. Sicherlich sei Zertifizierung ein sehr interessantes, aber auch sensibles Thema.

Eben so, wie Frau de la Fuente den Fall Spaniens vorgestellt hatte, erwähnte Frau Lamarque besonders die französische Nationalhochschule für Betriebswirtschaft ENA. Die Schule besteht zu 50 % aus Studenten und zu 50 % aus bereits erfahrenen Beamten. Der Versuch, diese von der Notwendigkeit zu überzeugen, zur Universität zurückzukehren, um einen MBA zu absolvieren und ein Diplom zu erhalten, würde



sicherlich starke Proteste hervorrufen und wäre sehr schwierig durchzusetzen. Aus allen diesen Gründen regte Frau Lamarque an, sich zunächst auf die Informationsgewinnung über die Art der bestehenden Beziehungen zwischen einigen ORKB und Universitäten sowie über das Einstellungssystem der einzelnen ORKB (Wen stellen sie ein? Wie lauten die Anforderungen?) zu konzentrieren. Dies könne durch eine kleine Arbeitsgruppe von Mitgliedern des Ausbildungsausschusses erfolgen, falls der Ausbildungsausschuss der Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe zustimme. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Die ORKB von Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik wurden gebeten, einen Lehrplan für das PSAD zu entwerfen und auf dem Treffen in Luxemburg beim ERH vorzustellen.

4.2. Schlüsselbereiche der Ausbildung im Internet verfügbar machen

Magnus Borge fasste kurz die wichtigsten Schlussfolgerungen aus den IDI-Erfahrungen zusammen. Einige Informationen seien auf der IDI-Website bereitgestellt worden. Die Ausbildungsmaterialien seien nicht vollständig verfügbar, sondern so genannte „Sitzungen auf einen Blick“ seien erstellt worden. Die vollständigen Informationen könnten kostenfrei von den ORKB angefordert werden. Herr Borge betonte zudem, die auf der IDI-Website bereitgestellten Materialien seien standardisiert, als Beitrag zur Einführung des „systematischen Ansatzes“ der IDI.

Beate Korbmacher regte an, der EUROSAI-Ausbildungsausschuss solle dem IDI-Beispiel folgen und in die EUROSAI-Website Zusammenfassungen der ausgerichteten Ausbildungsveranstaltungen sowie Kontaktdaten aufnehmen, statt alle Informationen in das Internet einzustellen.

Alle Teilnehmer des Treffens stimmten diesem Vorschlag zu.

María José de la Fuente warf die Frage der üblicherweise am Ende eines Treffens aufgestellten Empfehlungen und Schlussfolgerungen auf: Könnten diese in die Website aufgenommen werden? Schließ-

lich handele es sich nicht um fachliche Informationen. Die Teilnehmer stimmten der Aufnahme in die Website zu.

Beate Korbmacher machte ihre Kollegen kurz darauf aufmerksam, vorsichtig und sensibel mit den Informationen umzugehen, die sie auf der Website für jedermann zur Verfügung stellen wollen.

Auch wenn Helene Morpeth zugab, dass bei den erstellten Ausbildungsmaterialien eventuell bestimmte Copyright-Belange zu beachten seien, sagte sie auch, eine pauschale Beschränkung aller Ausbildungsmaterialien sei möglicherweise nicht notwendig. Es sei vorzuziehen, mögliche Copyright-Aspekte von Fall zu Fall zu behandeln.

Danièle Lamarque stimmte Frau Korbmacher zu und betonte erneut die Notwendigkeit, sehr vorsichtig zu sein, damit die in Umlauf gebrachten Dokumente nicht für kommerzielle Zwecke genutzt werden könnten. Die Bereitstellung von Ausbildungshilfen solle von der Art der Informationen abhängen. Jede ORKB solle dann entscheiden, ob sie einige Informationen nur beschränkt zugänglich machen möchte oder nicht. So dürfte es nicht notwendig sein, alle bereits eingestellten Materialien aus den Websites herauszunehmen, sondern einfach sorgfältig zu prüfen, welche bereitgestellt würden.

María José de la Fuente schlug vor, den Gedanken weiterzuführen, eine Liste von Dokumenten in die Website aufzunehmen, die interessierten ORKB auf Anfrage übermittelt würden.

Helena Abreu Lopes brachte ihre Skepsis zum Ausdruck. Da wir den EUROSAI-Ausbildungsausschuss als eine Organisation zum Informationsaustausch betrachten, sollten wir bei diesem Thema flexibel sein. Eine gute Lösung wäre es, alle Ausbildungsinformationen und dokumente in das Internet einzustellen, aber in einem Bereich mit beschränktem Zugang, auf den nur mit Passwort zugegriffen werden könne. Frau de la Fuente willigte ein, vom EUROSAI-Sekretariat aus im Hinblick auf weitere Entscheidungen die Idee zu untersuchen, auf der Website einen Bereich mit beschränktem Zugang für Ausbildungsmaterialien und Informationen des Ausbildungsausschusses einzurichten.



4.3. Richtlinien zur

Ausbildungsverwaltung innerhalb der ORKB

- *Diskussion über bereitgestellte nationale Dokumente*

Wegen der wenigen verbleibenden Zeit schlug Frau de la Fuente vor, die Diskussion dieses Themas auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu verschieben.

- *Neues Mentorenhandbuch*

Elisabeth Türk bot Interessierten Informationen über das vom Europäischen Rechnungshof erstellte neue Mentorenhandbuch an.

- *Diskussion über die Möglichkeit des Entwurfs von Orientierungsleitlinien zum Thema Ausbildung*

María José de la Fuente warf die Frage nach der Möglichkeit und dem Nutzen auf, Orientierungsleitlinien zum Thema EUROSAI-Ausbildung zu entwerfen. Dieser Frage folgte eine Diskussion.

Die ORKB von Ungarn und der Tschechischen Republik wurden gebeten, die erste Version der „Leitlinien/Empfehlungen“ zur Beherbergung und Ausrichtung von Seminaren zu entwerfen und diese den Ausschussmitgliedern für zusätzliche Anregungen zukommen zu lassen.

5. Finanzbeiträge der EUROSAI zu Seminaren und Ausbildungsveranstaltungen

- *Information über die auf der XXXI. Präsidiumssitzung verabschiedete finanzielle Ausbildungsunterstützung*

María José de la Fuente erinnerte die Teilnehmer an die Vereinbarungen des EUROSAI-Präsidiums zur Gewährung der beantragten finanziellen Unterstützung an die ORKB der Tschechischen Republik und von Ungarn für die Ausrichtung von EUROSAI-Ausbildungsseminaren sowie an IDI für die Teilfinanzierung des Programms zur „Prüfung öffentlicher Schulden“. Frau de la Fuente machte ihre Kollegen auf den im EUROSAI-Budget noch vorhandenen Betrag zur Unterstützung von Ausbildungsveranstaltungen aufmerksam.

Des Weiteren teilte Frau de la Fuente mit, das Präsidium habe es nicht für not-

wendig erachtet, in die Gewährung von EUROSAI-Ausbildungshilfen, wie von den EUROSAI-Prüfern empfohlen, spezifische Nachweisanforderungen aufzunehmen; davon ausgenommen seien die Anträge der IDI, die einem besonderen Nachweissystem unterliegen, das anlässlich des Antrags aus dem Jahr 2003 zu Phase II des Langfristigen Regionalen Schulungsprogramms eingerichtet worden war.

- *Antrag auf Finanzunterstützung der ORKB von Litauen*

Der Antrag der ORKB von Litauen auf Teilfinanzierung eines EUROSAI-Seminars über „Standards zur Finanzprüfung“, das im Jahr 2008 in Vilnius stattfinden soll, wurde dem Ausbildungsausschuss vorgelegt, der ihn einstimmig unterstützte.

- *Entwurf eines Leitfadens über die Kriterien des EUROSAI-Ausbildungsausschusses für Finanzhilfen zu Ausbildungsveranstaltungen*

Danièle Lamarque betonte, wie wichtig es sei, über einheitliche Kriterien des Ausbildungsausschusses zur Gewährung von Finanzhilfen für Ausbildungsveranstaltungen zu verfügen. Sie regte an, dieses Thema als Referenzpunkt aufzunehmen, während ein Papier mit Vorschlägen für die EUROSAI-Ausbildungsstrategie 2008-2011 sowie für die Tätigkeit des Ausbildungsausschusses erstellt würde (s. Punkt 3.1.3 und 3.1.5).

Der Ausbildungsausschuss bestimmte dem von Frau Lamarque geäußerten Gedanken zu.

6. Informationen über die Mitgliedschaft im EUROSAI-Ausbildungsausschuss

- *Information über die Vereinbarung auf der XXXI. Sitzung des EUROSAI-Präsidiums über den Antrag auf Mitgliedschaft im Ausbildungsausschuss durch die ORKB von Litauen und Ungarn*

María José de la Fuente teilte mit, das EUROSAI-Präsidium habe der Annahme der Anträge auf Mitgliedschaft im Ausbildungsausschuss durch die ORKB von Litauen und Ungarn zugestimmt, unter Berücksichtigung ihrer vorherigen Eigen-



schaft als Beobachter in diesem Ausschuss und ihres starken Engagements für die EUROSAI-Ausbildung. Das Präsidium habe einmal mehr auf den Hauptgrundsätzen für die Mitgliedschaft im EUROSAI-Ausbildungsausschuss bestanden: umfassender Charakter des Ausschusses bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer kleinen Struktur zur Gewährleistung seiner effizienten Tätigkeit. Sie begrüßte die neuen Mitglieder des Ausbildungsausschusses.

• **Antrag der ORKB der Russischen Föderation auf Mitgliedschaft im EUROSAI-Ausbildungsausschuss**

María José de la Fuente legte dem Präsidium den Antrag der ORKB der Russischen Föderation auf Mitgliedschaft im Ausbildungsausschuss vor und erwähnte die Vorgehensweise im Falle der ORKB von Litauen und Ungarn. Sie erinnerte an den Beitrag der russischen ORKB zur EUROSAI-Ausbildung und an die Zusammenarbeit der Organisation mit der IDI und ARABOSAI. Sie kündigte an, die russische ORKB sei bereit, das folgende Treffen des Ausbildungsausschusses auszurichten. Frau de la Fuente regte an, falls der Ausbildungsausschuss den russischen Antrag unterstütze, den Vorschlag dem Präsidium vorzulegen und ein Verfahren in zwei Schritten – zuerst als Beobachter und später die Mitgliedschaft – zu befolgen, wie in früheren Fällen geschehen sei.

Eszter Dürr erkannte an, die russische ORKB habe der ORKB von Ungarn große Hilfestellung bei der Organisation der von der ungarischen ORKB ausgerichteten Ausbildungsveranstaltungen gewährt.

Danièle Lamarque reagierte auf den Wunsch der russischen ORKB, die nächste gemeinsame Tagung EUROSAI-ARABOSAI zu beherbergen. Die Information sei bisher nicht bestätigt (ist es ein ernsthafter Vorschlag?) und das Präsidium müsse darüber entscheiden. Zudem erinnerte Frau Lamarque ihre Kollegen daran, dass diese Frage bereits in Bonn und erneut in Tunis beantwortet worden sei, indem man auf den Vorschlag der ORKB von Frankreich eingegangen sei. Danièle Lamarque betonte erneut, dass solche Vorschläge nicht auf den Treffen des Ausbildungsausschusses diskutiert werden sollten, da das EUROSAI-Präsidium darüber befinden müsse.

Magnus Borge vertrat die Auffassung, dass, wenn der Ausbildungsausschuss so fortfahre, bald alle EUROSAI-Mitglieder auch zum Ausbildungsausschuss gehören würden. Natürlich sei es gut, dass so viele ORKB an einer Aufnahme in den Ausschuss interessiert seien, aber je größer der Ausschuss werde, umso schwieriger sei er zu handhaben. Bezüglich des konkreten Falls der Russischen Föderation gebe es keinen Grund, ihren Antrag gemäß den Beschlüssen des Ausbildungsausschusses abzulehnen. Herr Borge erkannte auch an, dass die osteuropäischen Länder zu den Ländern gehören, die zurzeit auf dem Gebiet der Ausbildung den höchsten Bedarf haben.

Auch Helena Abreu Lopes unterstützte den Gedanken, Russland könnte als „Stimme“ für die osteuropäischen Länder auftreten.

Helene Morpeth betonte den bisherigen Nutzen der russischen Mitwirkung am Ausbildungsausschuss als Gast. Es sei an der Zeit, die Frage der Aufnahme als vollberechtigtes Mitglied in den Ausbildungsausschuss zu behandeln.

Radek Majer erklärte, der Russischen Föderation könnte das Recht, im Ausbildungsausschuss vertreten zu sein, kaum verweigert werden. Was den Status betreffe, so könne dieser weiter diskutiert werden.

Zuzana Holoubkova warf die Frage der Organisation zweisprachiger Ausbildungsveranstaltungen (russisch und englisch) auf. Solche Veranstaltungen seien recht schwierig auszurichten, sodass die Mitgliedschaft der Russischen Föderation sie vielleicht erleichtert könnte.

Angesichts aller dieser Anmerkungen willigten die Teilnehmer ein, den russischen Antrag zu unterstützen und ihn dem EUROSAI-Präsidium mit der Bedingung vorzulegen, die Russische Föderation solle zunächst Beobachterstatus erhalten (genau so, wie auch für Litauen und Ungarn verfahren worden war).

7. Datum und Ort des nächsten Treffens

María José de la Fuente erwähnte erneut den russischen Vorschlag. Es wurde vereinbart, der Ausbildungsausschuss solle sich mit der russischen ORKB in Verbindung setzen.



María José de la Fuente und Danièle Lamarque, gemeinsame Vorsitzende des EUROSAI-Ausbildungsausschusses, dankten der deutschen ORKB für die so freundliche und effiziente Ausrichtung des

XV. Ausschusstreffens und den Teilnehmern für ihre Beiträge sowie die ergebnisreichen Diskussionen. Das Treffen des EUROSAI-Ausbildungsausschusses wurde beendet.

ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSIONEN UND BESCHLÜSSE AUF DEM XVI. TREFFEN DES EUROSAI-AUSBILDUNGS-AUSSCHUSSES

Moskau (Russische Föderation), 27.-28. März 2008

Der EUROSAI-Ausbildungsausschuss hielt sein XVI. Treffen am 27./28. März 2008 in Moskau. Es wurde von der Rechnungskammer der Russischen Föderation ausgerichtet. Neben den Ausschussmitgliedern nahmen am Treffen Vertreter des Europäischen Rechnungshofs, der IDI und des Vorsitzes des INTOSAI-Komitees für den Ausbau von Sachkompetenzen teil; mit diesen Einrichtungen kooperiert die EUROSAI regelmäßig.

Ergebnisse sowie die Effizienz ihrer Ausführung wurden ausgewertet. Zu diesem Zweck wurden die erfolgte Tätigkeit und die in Anwendung der einzelnen Strategieziele erreichten Wirkungen detailliert analysiert. Die erzielten Erfolge, die Schwachstellen des Systems, die zu verstärkenden Aspekte und Bereiche sowie jene, die sich als für die Organisation weniger relevant herausgestellt haben, wurden gewichtet.

Auch wenn das Protokoll der Genehmigung durch den Ausbildungsausschuss auf seinem nächsten Treffen (Lissabon/Portugal, Beginn 2009) bedarf, ist eine kurze Vorabinformation über die wichtigsten behandelten Themen und die gefassten Beschlüsse von Interesse:

Die Förderung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Bedürfnisse der einzelnen EUROSAI-Unterregionen, die genauere Nachverfolgung dieser Qualität und die Vereinheitlichung der Bewertungssysteme, die Förderung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen zwecks Steigerung des Ausbildungsnutzens sowie die wirksame Errichtung von Expertennetzwerken waren einige der in der Analyse hervorgehobenen Aspekte. Betont wurde, dass die von der EUROSAI erteilte Ausbildung die jeweiligen internen Strategien ihrer Mitglieder ergänzen und einen Beitrag zu ihrer Stärkung leisten soll. Des Weiteren wurde hervorgehoben, wie wichtig es ist, innovative Ausbildungsinitiativen zu entwickeln und ergänzende Finanzierungsformeln zu suchen, Ausbildung via Internet zu bieten und die Nutzung der Informationstechnologien zu intensivieren, um die Zahl der Begünstigten zu erhöhen und zugleich die Kosten zu senken, sowie die Nutzung der EUROSAI-Website und ihrer Publikationen als Ausbildungsmittel zu fördern.

1. Der Ausbildungsausschuss behandelte Aspekte des dreifachen Wirkungskreises, in dem er tätig ist: die Umsetzung der Ausbildungsstrategie 2005-2008, die Arbeiten an der eigenen Organisation und internen Struktur sowie die für den VII. EUROSAI-Kongress (Juni 2008) vorzubereitenden Vorschläge.

2. Informationen wurden erteilt über kürzlich durchgeführte bzw. in der Planung befindliche Aktivitäten und Veranstaltungen in Anwendung des Arbeitsplans zur Umsetzung der besagten Strategie sowie über die Durchführung der vom EUROSAI-Vorsitz in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie Trier und der deutschen GTZ angeregten, ergänzenden Ausbildungsinitiative.

3. Die Umsetzung der vom VI. Kongress verabschiedeten EUROSAI-Ausbildungsstrategie wurde untersucht, und ihre

4. Bezüglich seiner Organisation und internen Struktur konzentrierte der Ausbildungsausschuss seine Anstrengungen





Gruppenfoto des XVI. Treffens des EUROSAT-Ausbildungsausschusses.

auf die Untersuchung seiner Arbeitsweise während des vergangenen Dreijahreszeitraums. Er bewertete die Effizienz seiner Funktionsweise bei der Umsetzung des ihm aufgetragenen Mandats und die angesichts der erreichten Ergebnisse und gewonnenen Erkenntnisse ausstehenden Herausforderungen. Der Ausbildungsausschuss beschloss, am Entwurf von Systemen weiterzuarbeiten, die eine effiziente Tätigkeit sowie eine angemessene interne Verteilung von Funktionen und Verantwortlichkeiten erleichtern; an der Erstellung von Orientierungsleitlinien zur Ausrichtung von EUROSAT-Ausbildungsveranstaltungen; an der ständigen Aktualisierung der Informationen über die Ausbildungsbedürfnisse der Organisation und an der Perfektionierung von Formeln, anhand derer sich die Ausbildung ordnungsgemäß nachverfolgen und bewerten lässt. Des Weiteren wird der Ausbildungsausschuss seine Tätigkeit zur Vereinheitlichung der Kriterien für die Beschlussfassung über verschiedene ausbildungsbezogene Themen, in denen er das EUROSAT-Präsidium unterstützt, fortsetzen.

5. Außerdem lenkte der Ausbildungsausschuss die Diskussion auf die dem VII. EUROSAT-Kongress vorzulegenden Vorschläge. Angesichts der Bewertung der Ausführung der Ausbildungsstrategie 2005-2008 wurde beschlossen, eine überarbeitete Strategie für den Zeitraum 2008-2011 vorzuschlagen, mit Nennung der zu behandelnden Ziele sowie der Leitlinien zu deren Umsetzung. Des Weiteren sind im Hinblick auf die neuen Umstände im Umfeld der Organisation und die Herausforderungen für zukünftig zu erteilende

Ausbildungsmaßnahmen quantifizierbare Tätigkeitsindikatoren zu definieren.

6. Was die finanziellen Aspekte betrifft, wurde die Notwendigkeit betont, das Engagement der EUROSAT für die Ausbildung zu stärken. Diskutiert wurden mögliche Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Kriterien bei der Gewährung von Finanzhilfen aus dem Haushalt.

Der Ausbildungsausschuss unterstützte die von den ORKB von Estland und der Tschechischen Republik eingereichten Anträge auf Finanzhilfen zur Ausrichtung von zwei Ausbildungsveranstaltungen im Jahr 2008 bzw. 2009.

Er beschloss, die Beibehaltung des für Ausbildungsmaßnahmen vorgesehenen Kreditpostens im EUROSAT-Haushalt 2009-2011, der vom VII. Kongress zu verabschieden ist, vorzuschlagen; mit der Möglichkeit, in Zukunft die zur Festlegung der einzelnen beantragten Finanzhilfen aufgestellten Indizes in Abhängigkeit von der jeweiligen Beitragsgruppe der beantragenden ORKB zu überarbeiten.

7. Informiert wurde über die Aktivitäten der IDI und des INTOSAT-Ausschusses für den Ausbau von Sachkompetenzen im vergangenen Jahr sowie über ihre zukünftigen Strategien. Neue Formeln zur Zusammenarbeit mit dem EUROSAT-Ausbildungsausschuss wurden diskutiert, insbesondere auf Grundlage des Erfahrungsaustauschs und der gemeinsamen Nutzung von Informationen und Kenntnissen zwecks Förderung eines verstärkten Austauschs von Ausbildungsmaterialien und Informationen aus den jeweiligen Datenbanken.



SEMINARE DES EUROSAI-PRÄSIDENTEN¹

„EINANDER INFORMIEREN“ - „MEINUNGEN MITEINANDER AUSTAUSCHEN“ - „VONEINANDER LERNEN“

Unter diesem Motto hat der Präsident des Bundesrechnungshofes, Prof. Dr. Dieter Engels, während seiner Amtszeit als EUROSAI-Präsident in Übereinstimmung mit der Ausbildungsstrategie des EUROSAI-Fortbildungsausschusses eine Reihe von Veranstaltungen und Seminaren zu verschiedenen Themen initiiert. Er ließ sich dabei von drei Zielen leiten:

Das erste Ziel war, die enge Zusammenarbeit und den stetigen Erfahrungsaustausch innerhalb der Organisation weiter zu stärken. Da hierfür vor allem die EUROSAI-Arbeitsgruppen eine wichtige Rolle spielen, veranstaltete der EUROSAI-Präsident Seminare für jede der drei Arbeitsgruppen der Organisation (s. Abb. 1).

Das zweite Ziel war, die weitere Entwicklung der EUROSAI-Mitglieder zu unterstützen. Denn aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen der letzten zwanzig Jahre ist es notwendig, sich neu zu orientieren, weiter zu entwickeln und zu modernisieren. Dass die EUROSAI-Mitglieder konstitutionell und historisch unterschiedlich ausgeprägt sind, macht den Erfah-

rungsaustausch innerhalb der Organisation besonders fruchtbar. Drei Seminare zu neuen Trends und Prüfungsansätzen sollten die Reformbestrebungen der ORKB unterstützen (s. Abb. 2). Sie boten den EUROSAI-Mitgliedern Foren für Diskussionen und den Austausch von Informationen, Meinungen und Fachkenntnissen, aber auch die Möglichkeit, sich über neue Trends, Prüfungsansätze und Best Practise zu informieren.

Abb. 2

Seminare zu neuen Trends und Prüfungsansätzen

- ✓ Seminar **Neue Steuerungsinstrumente im staatlichen Haushalts- und Rechnungswesen**, 26.-27. Oktober 2006
- ✓ ETC-Fortbildungsveranstaltung **Wirtschaftlichkeitsprüfung** in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof, 4.-6. Dezember 2007
- ✓ Seminar **Management von Rechnungshöfen**, 9.-11. April 2008

Abb. 1

Seminare für die Arbeitsgruppen der EUROSAI

- ✓ **Arbeitsgruppe Abgestimmte Prüfung steuerlicher Subventionen:**
Grundlagenseminar, 21. und 22. Februar 2006
- ✓ **IT-Arbeitsgruppe:**
Seminar zum Datenschutzrecht, 9. und 10. November 2006
- ✓ **Arbeitsgruppe Umweltprüfung**
Seminar zum Naturschutz, 6. und 7. Februar 2007
Seminar zum Klimawandel in Zusammenarbeit mit dem AG-Vorsitzenden, 11. und 12. März 2008

Das dritte Ziel, die Beziehungen mit den Regionalorganisationen ARABOSAI und OLACEFS auszuweiten, beruhte auf einem entsprechenden Beschluss des VI. EUROSAI-Kongresses. Dieser Beschluss wurde vor allem durch interregionale Konferenzen umgesetzt, wie die EUROSAI-OLACEFS-Konferenzen in Lima im November 2005 und in Lissabon im Mai 2007, sowie die neu eingeführte interregionale Konferenz mit ARABOSAI im Dezember 2006 in Tunesien.

Als Beitrag zu dieser Zusammenarbeit lud Prof. Dr. Engels während seiner Amtszeit als EUROSAI-Präsident Mitglieder sowohl von ARABOSAI als auch von OLACEFS ein, an einigen Seminaren teil-

¹ Bundesrechnungshof/Sekretariat Präsident EUROSAI.



zunehmen. Diesen Einladungen folgten Vertreterinnen und Vertreter der ARABOSAI-Mitglieds-ORKB Algerien, Tunesien und Marokko sowie der beiden OLACEFS-Mitglieds-ORKB Ecuador und Peru. Ihre Berichte über die Entwicklungen in ihren Ländern und Regionen bereicherten die Diskussionen bei den Seminaren.

Erfahrungen bei der Durchführung der Seminarreihe

Die Gestaltung und Durchführung der Reihe von Seminaren und Workshops im Rahmen der EUROSAI-Präsidentschaft war für den Bundesrechnungshof eine neue, sehr bereichernde Erfahrung. Wir möchten diese Erfahrung gerne mit den EUROSAI-Mitgliedern teilen und in ihre Arbeit einbringen:

1. Nützlichkeit von Seminaren und Workshops und deren Evaluierung

Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung haben den Vorteil, dass allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein weiterreichender Horizont und größere Vergleichsmöglichkeiten geboten werden können, als dies bei rein nationalen Maßnahmen möglich wäre. Voraussetzung ist jedoch zum einen, dass Themen von gemeinsamem Interesse und von Bedeutung für alle identifiziert werden. Zum anderen sollte der Teilnehmerkreis so gewählt werden, dass alle von dem Veranstaltungsinhalt und voneinander profitieren können.

Bei der Auswahl der Seminarthemen hat es sich bewährt, im Rahmen einer Umfrage des ETC eine Bedarfsliste nach Prioritäten zu erstellen. Gleichzeitig half der Überblick über bereits durchgeführte und geplante Veranstaltungen, Dopplungen und Ineffizienz zu vermeiden. So war es besonders erfreulich, dass ein Seminar zum Thema „Wirtschaftlichkeitsprüfung“, einem der Themen mit hoher Priorität, gemeinsam von dem Präsidenten der EUROSAI und dem Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes angeboten werden konnte. Auch kam es zu einer engen inhaltlichen und finanziellen Kooperation zwischen der EUROSAI-Präsidentschaft und dem Vorsitz der Arbeitsgruppe „Umweltprüfung“, dem Polnischen Ober-

sten Rechnungshof, der in der EUROSAI-Präsidentschaft nachfolgen wird.

Der Teilnehmerkreis hängt wesentlich von Inhalt und Zweck der Veranstaltung ab: Je spezieller das Thema für Lehre und Erfahrungsaustausch, desto eingegrenzter der Kreis derer, die dazu etwas beitragen können. Je grundsätzlicher und allgemeiner das Thema - zum Beispiel bei der Vermittlung von Basiswissen als Grundlage darauf aufbauender Arbeit - desto größer der Kreis der möglichen Teilnehmer. Das ETC hat vorgeschlagen, die Voraussetzungen und Erwartungen vorab bei den Teilnehmern abzufragen. Dies ist sehr gut geglückt für ein Seminar der Arbeitsgruppe „Umweltprüfung“: Sie hat bei einem Vortreffen selbst ihren Lernbedarf definiert und anschließend das gewünschte Programm direkt mit der Europäischen Rechtsakademie abgestimmt.

Es hat sich auch gezeigt, dass ein gemeinsames Seminar ein guter Ausgangspunkt zu Anfang einer neuen Tätigkeit einer Arbeitsgruppe sein kann. Dabei können zunächst alle Beteiligten auf einen gemeinsamen Wissensstand gebracht und die zukünftige Aufgabe definiert und strukturiert werden.

Unerlässlich ist die nachträgliche Evaluierung der Fortbildungen. Die Diskussionen bei den Treffen des ETC haben gezeigt, dass hierfür verschiedene Kriterien angewendet werden können, die sich von Evaluierungskriterien professioneller Bildungseinrichtungen durchaus unterscheiden und speziell auf die EUROSAI zugeschnitten sein sollten. Ein erstes, augenfälliges Indiz für den Erfolg einer Veranstaltung kann zunächst eine große Zahl von Anmeldungen sein, was darauf schließen lässt, dass das Thema auf Interesse stößt. Rege Wortmeldungen und lebhaftes Diskussionsverhalten dem Veranstalter ebenfalls anzeigen, dass das Gehörte aufgenommen, verstanden und verarbeitet wird. Entscheidend, aber schwer festzustellen ist jedoch, ob das Vermittelte in der späteren Prüfungstätigkeit tatsächlich angewandt wird. Dass dies der Fall ist, kann sich darin zeigen, dass eine Arbeitsgruppe nach einer speziell für sie zugeschnittenen Veranstaltung eine erfolgreiche gemeinsame oder parallele Prüfung absolviert. Ansonsten sind die Veranstalter auf die Einschätzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und der Referentinnen und Referenten angewiesen. Einen sehr nützlich-



chen Fragebogen hat das ETC für jede der beiden Gruppen entworfen. Sie kamen bereits bei dem erwähnten Seminar „Wirtschaftlichkeitsprüfung“ zur Anwendung.

2. Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit akademischen Einrichtungen

Entsprechend dem Bestreben des ETC, bei Arbeit und Fortbildung der EUROSAI und ihrer Mitglieder in einen Austausch mit akademischen Einrichtungen zu treten, hat der EUROSAI-Präsident einige seiner Fortbildungsveranstaltungen bei der Europäischen Rechtsakademie in Trier durchgeführt, einer öffentlich-rechtlichen Stiftung auf Initiative des Europäischen Parlaments, zu deren Stifterkreis inzwischen 20 europäische Länder gehören. Bei anderen Veranstaltungen für die EUROSAI-Mitglieder wurden nach Möglichkeit Expertinnen und Experten aus dem akademischen Bereich für einzelne Vorträge gewonnen, etwa von den Universitäten Köln, Paris X Nanterre und München. Neben den Referentinnen und Referenten aus den Rechnungshöfen sollten diese das konkrete Thema noch einmal in seine wissenschaftlichen, rechtlichen oder politischen grundsätzlichen Zusammenhänge einbetten und aus dieser Sichtweise heraus präzisieren. Außerdem hat es sich als gewinnbringend erwiesen, die Diskussion der EUROSAI-Mitglieder untereinander mit externen Stimmen anzureichern und so die Gelegenheit zu geben, sich auch nach außen über die eigene Herangehensweise zu versichern.

Die Kooperation mit einer akademischen Bildungseinrichtung wie der Europäischen Rechtsakademie hat den Vorteil, dass diese bereits über ein großes Netz von ausgewählten Expertinnen und Experten auf unterschiedlichsten Fachgebieten von verschiedenen internationalen Universitäten, Behörden oder Organisationen verfügt. Auch die Unterstützung mit Infrastruktur und Organisation bei der Durchführung der Seminare ist eine große Erleichterung, die selbstverständlich allerdings bezahlt werden muss.

Die Anbindung an die akademische Lehre und Forschung bringt in aller Regel ein sehr hohes Niveau der Vortragsinhalte und meist auch einen professionellen Vor-

tragsstil. Es ist allerdings darauf zu achten, dass die Vortragsinhalte in etwa an den (vermuteten) Kenntnisstand der jeweiligen Teilnehmerkreise anknüpfen. Auch sollten die Bezüge zu praktischen Fallbeispielen niemals verlorengehen.

Eine besondere Herausforderung ist es, von einigen Spezialisten abgesehen, Vortragende aus dem akademischen Bereich zu finden, die speziell auf die externe Finanzkontrolle eingehen können. Ein intensiver vorbereitender Dialog mit dem Vortragenden über die genauen Problemstellungen aus Sicht der externen Finanzkontrolle hat sich, wo dies möglich war, als sehr hilfreich erwiesen. Eine Alternative bestand darin, Expertinnen und Experten aus Forschung und Lehre um die Vermittlung der eher allgemeinen rechtlich-wissenschaftlichen Grundlagen zu bitten und die Umsetzung in die konkrete Prüfungspraxis ergänzend den Kolleginnen und Kollegen aus den EUROSAI-Mitglieds-Rechnungshöfen anzuvertrauen. Möglicherweise lässt sich aus den bisher gewonnenen Kontakten ein Netzwerk der EUROSAI zum akademischen Bereich erhalten, in dem Wissen und Verständnis in Bezug auf die externe Finanzkontrolle weiter entwickelt werden können.

3. Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen

Drei der Seminare hat der EUROSAI-Präsident in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) realisiert. Diese Zusammenarbeit war unterschiedlich gestaltet, sie reichte von der gemeinsamen Konzeptionierung über die Herstellung von Kontakten zu Expertinnen und Experten und zu Rechnungshöfen bis zur Nutzung von Tagungsräumlichkeiten und Infrastruktur der GTZ.

Die GTZ konnte zusätzliche wichtige thematische Impulse geben, da sie mit ihren Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit einen Überblick über den weltweiten Stand der Entwicklung in der Externen Finanzkontrolle hat. Bei der Vorbereitung der Seminare konnte die EUROSAI-Präsidentschaft auch von der pädagogischen Erfahrung der GTZ profitieren: So wurde zunehmend versucht, die Seminare möglichst abwechslungsreich zu



gestalten, d.h. neben Fachvorträgen auch Diskussionsrunden im Plenum, auf dem Podium und in Diskussionsgruppen, Workshops und Fallpräsentationen durchzuführen.

Neben einem Netzwerk von Expertinnen und Experten aus anderen Organisationen verfügt die GTZ über fachkundige eigene Mitarbeiter, die über ihre Entwicklungszusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten der „Good Governance“ und speziell der externen Finanzkontrolle in verschiedenen Erdteilen berichten können.

Das ETC hat zu Recht darauf hingewiesen, dass bei der Zusammenarbeit mit externen Organisationen die Unabhängigkeit der EUROSAT und ihrer Mitglieder gewahrt sein muss. Dies gilt auch insoweit, als die Priorisierung der Fortbildungsthemen, wie das ETC sie vorgenommen hat, respektiert werden muss. Dadurch ergeben sich für die Kooperation mit Gesellschaften der Entwicklungszusammenarbeit und ähnlichen Organisationen Grenzen bzw.

kann diese nur in den Überschneidungsbereichen stattfinden, in denen sich die Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit und die Bedürfnisse der EUROSAT treffen. Dies gilt umso mehr, wenn auch finanzielle bzw. geldwerte Unterstützung geleistet wird.

Abschließend ist hervorzuheben, dass alle Veranstaltungen im Rahmen der EUROSAT-Präsidentschaft hauptsächlich von der Beteiligung der EUROSAT-Mitglieder gelebt haben, sei es durch Teilnahme oder durch inhaltliche Beiträge. Ohne ihre Bereitschaft, die anderen an den Erkenntnissen des eigenen Rechnungshofes teilhaben zu lassen, offen Probleme und neue Lösungsansätze auszutauschen, sowie in vielen Fällen erhebliche Mühen und zusätzliche Arbeit auf sich zu nehmen, hätten die Veranstaltungen nicht durchgeführt werden können. Es ist nur zu hoffen, dass alle Beteiligten dadurch entschädigt worden sind, dass sie von den Seminaren profitiert haben.

EUROSAT-AKTIVITÄTEN 2007



51

• **WORKSHOP „EUROPÄISCHE UMWELTGESETZGEBUNG“ IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER EUROPÄISCHEN RECHTSAKADEMIE TRIER**, Trier (Deutschland), 6.-7. Februar 2007.

• **IV. TREFFEN DER ARBEITSGRUPPE „ABGESTIMMTE PRÜFUNG VON STEUERERMÄSSIGUNGEN“**, Warschau (Polen), 16. Februar 2007.

• **SEMINAR „QUALITÄT DER RECHNUNGSKONTROLLE“ IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER EUROSAT**, Budapest (Ungarn), 1.-2. März 2007.

• **XV. TREFFEN DES EUROSAT-AUSBILDUNGS-AUSSCHUSSES**, Bonn (Deutschland), 8.-9. März 2007.

• **I. TREFFEN DER UNTERGRUPPE „PRÜFUNG DER FOLGEN VON NATURKATASTROPHEN UND VON RADIOAKTIVEN ABFÄLLEN“ (ARBEITSGRUPPE FÜR UMWELTPRÜFUNG)**, Kiew (Ukraine), 16. März 2007.

• **XIX. SEMINAR VEREINTE NATIONEN/INTOSAT**, Wien (Österreich), 28.-30. März 2007.

• **V. TREFFEN DER EUROSAT-ARBEITSGRUPPE FÜR INFORMATIONSTECHNOLOGIE. SEMINAR „ANALYSE DER HÄUFIGSTEN PROBLEME FÜR DIE ORKB IN BEZUG AUF IT“**, Luxemburg (Europäischer Rechnungshof), 17.-18. April 2007.

• **V. KONFERENZ EUROSAT-OLACEFS**, Lissabon (Portugal), 10.-12. Mai 2007.

• **V. TREFFEN DER ARBEITSGRUPPE „ABGESTIMMTE PRÜFUNG VON STEUERERMÄSSIGUNGEN“**, Bratislava (Slowakische Republik), 11.-12. September 2007.

• **XXXII. SITZUNG DES EUROSAT-PRÄSIDIUMS**, Bern (Schweiz), 13. September 2007.

• **EUROSAT-SEMINAR „PRÜFUNG DER UMSETZUNG DES KYOTO-PROTOKOLLS“**, Bratislava (Slowakische Republik), 3.-5. Oktober 2007.

- **SEMINAR „STRUKTUR DER EUROPÄISCHEN UNION“**, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie, Trier (Deutschland), 23.-25. Oktober 2007.

- **XIX. INTOSAI-KONGRESS**, Mexico D.F. (Mexiko), 5.-10. November 2007.

- **SEMINAR „WIRTSCHAFTLICHKEITSPRÜFUNG – WO STEHEN WIR?“**, in Zusammenarbeit mit der EUROSAI, Luxemburg (Europäischer Rechnungshof und ORKB von Deutschland), 4.-6. Dezember 2007.

EUROSAI-AKTIVITÄTEN 2008

- **ABSCHLUSSTREFFEN DER EUROSAI-ARBEITSGRUPPE FÜR DIE ABGESTIMMTE PRÜFUNG VON STEUERERMÄSSIGUNGEN**, Bonn (Deutschland), 29.-31. Januar 2008.

- **TREFFEN DER EUROSAI-ARBEITSGRUPPE FÜR INFORMATIONSTECHNOLOGIE**, Ljubljana (Slowenien), 18.-20. Februar 2008.

- **SEMINAR „KLIMAWANDEL“ IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER EUROSAI-ARBEITSGRUPPE FÜR UMWELTPRÜFUNG UND DER EUROPÄISCHEN RECHTSAKADEMIE TRIER**, Trier (Deutschland), 11.-12. März 2008.

- **XVI. TREFFEN DES EUROSAI-AUSBILDUNGS AUSSCHUSSES**, Moskau (Russische Föderation), 27.-28. März 2008.

- **SEMINAR „VERWALTUNG DER ORKB“**, Berlin (Deutschland), 9.-11. April 2008.

- **III. TREFFEN DER UNTERGRUPPE „PRÜFUNG DER FOLGEN**

VON VOM MENSCHEN VERURSACHTEN NATURKATASTROPHEN UND RADIOAKTIVER ABFÄLLE“ (Arbeitsgruppe für Umweltpfprüfung), Kiew (Ukraine), 13. Mai 2008.

- **VII. EUROSAI-KONGRESS**, Krakau (Polen), 2.-5. Juni 2008.

- **XXXIII. SITZUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS**, Krakau (Polen), 2. Juni 2008.

- **XXXIV. SITZUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS**, Krakau (Polen), 5. Juni 2008.

- **SEMINAR „RICHTLINIEN DER FINANZKONTROLLE“**, Vilnius (Litauen), 2.-3. Oktober 2008.

- **SEMINAR „COBIT ALS UNTERSTÜTZUNG DER E-GOVERNMENT-PRÜFUNG VERSTEHEN“**, Tallinn (Estland), 9.-10. Oktober 2008.

- **SEMINAR „PRÜFUNG VON SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEMEN“**, Prag (Tschechische Republik), 10.-12. November 2008.

VORSCHAU AUF DAS EUROSAI-PROGRAMM 2009

- **XVII. TREFFEN DES EUROSAI-AUSBILDUNGS AUSSCHUSSES**, Lissabon (Portugal), Januar/Februar 2009.

- **SEMINAR „ERFAHRUNGEN BEI DER EINFÜHRUNG UND ENTWICKLUNG VON VFM-PRÜFUNGEN ALS REAKTION AUF NEUE HERAUSFORDERUNGEN UND VERÄNDERUNGEN IN DER UMWELT“**, Prag (Tschechische Republik), April 2009.

- **II. KONFERENZ EUROSAI-ARABOSAI**, Frankreich, 29.-31. März 2009.

- **VI. KONFERENZ EUROSAI-OLACEFS**, Isla Margarita, 13.-16. Mai 2009.

- **XXXV. SITZUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS**, Kiew (Ukraine), Ende erste Jahreshälfte 2009.



NEUER VORSITZENDER DER EUROSAI

Am 2. Juni übergab Herr Prof. Dieter Engels, Präsident des deutschen Bundesrechnungshofs, auf dem VII. EUROSAI-Kongress in Krakau den EUROSAI-Vorsitz an seinen polnischen Kollegen Herrn Jacek Jezierski, Präsident des NIK.

Herr Jezierski wurde am 1. Juli 2007 vom Sejm zum Präsidenten der polnischen ORKB ernannt. Nach seiner Vereidigung trat er sein Amt am 22. August 2007 an. Zuvor war er als stellvertretender Präsident des NIK tätig (seit August 1998) und wiederum davor, in den Jahren 1992-1998, als stellvertretender Direktor des Teams für Umweltschutz und Flächenentwicklung.

Nach seinem Abschluss an der Fakultät für Biologie und Erdwissenschaften der Universität Danzig begann Herr Jezierski seinen beruflichen Werdegang im Jahr 1983 an der Ornithologischen Station des Zoologischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Ebenfalls war er im Umweltbüro der Nationalen Kommission

der unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarność“ tätig.

Präsident Jezierski ist aktiver Bergsteiger und Polarforscher sowie begeisterter Vogelliebhaber.



NEUER GENERALSEKRETÄR DER EUROSAI

Auf der Plenarsitzung des spanischen Rechnungshofs am 12. zum Präsidenten dieser Institution gewählt, durch Königlichen Erlass 1539/2007 vom 23. November 2007 designiert und von seiner Majestät dem König von Spanien ernannt.



Herr. Manuel Núñez Pérez, neuer Generalsekretär der EUROSAI.

In seiner Eigenschaft als Präsident des spanischen Rechnungshofs bekleidet er das Amt des Generalsekretärs der Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (EUROSAI).

Herr Núñez wurde am 30. Oktober 2001 vom Parlament zum Mitglied der spanischen ORKB gewählt. Auf der Plenarsitzung des Rechnungshofs am 12. November 2001 wurde er zum stellvertretenden Präsidenten des spanischen Rechnungshofs sowie zum Verantwortlichen der Abteilung Autonome Regionen und Autonome Städte ernannt.

Der neue Präsident des spanischen Rechnungshofs ist studierter Jurist. Er war Mitglied des Parlaments, wo er mehreren Ausschüssen vorsah. Neben weiteren Ämtern war er zudem in verschiedenen Legislaturperioden Staatssekretär für Arbeit sowie Minister für Gesundheit und Verbraucherschutz.

NEUE EUROSAI-MITGLIEDER

- **STATE AUDIT OFFICE VON MONTENEGRO**
Auf seiner XXXIV. Sitzung genehmigte

das EUROSAI-Präsidium den Antrag der ORKB der Republik Montenegro auf EUROSAI-Mitgliedschaft.

ERNENNUNGEN VON EUROSAI-MITGLIEDERN

- **EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF**
Herr Vitor Manuel da Silva Caldeira wurde zum Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs gewählt.

- **DAS STATE AUDIT OFFICE VON ESTLAND**

Herr Mihkel Oviir wurde erneut zum Präsidenten der ORKB von Estland gewählt.

- **DAS STATE AUDIT OFFICE DER EHEMALIGEN JUGOSLAWISCHEN REPUBLIK MAZEDONIEN**

Frau Tanja Tanevska wurde zum Staatsgeneralprüfer der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ernannt.

- **DAS NATIONAL AUDIT OFFICE DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Tim Burr wurde zum Revisor und Gene-

ralprüfer des National Audit Office des Vereinigten Königreichs ernannt.

- **DIE RECHNUNGSKAMMER VON GEORGIEN**

Herr Levan Bezhashvili wurde zum Vorsitzenden der Rechnungskammer von Georgien ernannt.

- **DAS NATIONAL AUDIT OFFICE VON ISLAND**

Herr Sveinn Arason wurde zum Generalprüfer des isländischen National Audit Office ernannt.

- **DAS NATIONAL AUDIT OFFICE VON MALTA**

Herr Anthony C. Mifsud wurde zum Generalprüfer des National Audit Office von Malta ernannt.



Europäische Union

HERR VÍTOR MANUEL DA SILVA CALDEIRA ZUM NEUEN PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS GEWÄHLT

Am 16. Januar 2008 wählten die Mitglieder des Europäischen Rechnungshofs Herrn Vítor Manuel da Silva Caldeira für eine Amtszeit von drei Jahren zum 11. Präsidenten des Rechnungshofs.

Herr Caldeira, portugiesischer Staatsbürger, wurde im März 2000 Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. Seit März 2005 war er Doyen der Gruppe für Koordinierung, Kommunikation, Evaluierung, Qualitätssicherung und Entwicklung sowie das für Prüfung und Berichte unmittelbar verantwortliche Mitglied. Von Januar 2002 bis März 2006 war er das für die Zuverlässigkeitserklärung des Rechnungshofs (DAS) zuständige Mitglied. Vor seiner Berufung an den Rechnungshof zeichnete Herr Caldeira für die Koordination der Gemeinschaftskontrollen und des internen Kontrollsystems der portugiesischen Finanzverwaltung verantwortlich (1995-2000), war stellvertretender Generalinspektor für Finanzen in der Generalinspektion des portugiesischen Finanzministeriums (1995-2000) und davor leitender Finanzinspektor (1989-1995).



Herr Vítor Manuel Da Silva Caldeira, neuer Vorsitzender des Europäischen Rechnungshofs.

Die Rolle des Präsidenten ist die eines „primus inter pares“. Er ist für das effiziente und einwandfreie Tätigkeitsmanagement des Rechnungshofs verantwortlich und vertritt die Institution bei ihren externen Beziehungen, insbesondere zu den übrigen Institutionen der Europäischen Union und den Obersten Rechnungskontrollbehörden ihrer Mitgliedstaaten.



DREI NEUE MITGLIEDER AM EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOF

Laut Abkommen und nach Befragung des Europäischen Parlaments berief der Rat der Europäischen Union am 10. Dezember 2007 für eine verlängerbare Amtszeit von sechs Jahren ab dem 1. Januar 2008 drei neue Mitglieder an den Europäischen Rechnungshof: Herrn Michel Cretin (Frankreich), Herrn Henri Grethen (Luxemburg) und Herrn Harald Noack (Deutschland). Sie ersetzen Herrn Jean-François Bernicot, Herrn François Colling bzw. Frau Hedda von Wedel. Des Weiteren wurde das Mandat der folgenden gegenwärtigen

Rechnungshofsmitglieder vom Rat um weitere sechs Jahre verlängert: Herr Hubert Weber (Österreich), Herr Maarten B. Engwirda (Niederlande), Herr David Bostock (Großbritannien) und Herr Ioannis Sarmas (Griechenland). Die Mitglieder des Rechnungshofs sind in ihrer Tätigkeitsausübung unabhängig und vertreten ausschließlich die Interessen der Europäischen Union.

Das neue Organigramm des Rechnungshofs steht auf www.eca.europa.eu zur Verfügung.

JAHRESBERICHT ÜBER DIE HAUSHALTS DURCHFÜHRUNG FÜR DIE RECHNUNGSPERIODE 2006

Am 15. November 2007 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof seinen Jahresbericht über die Durchführung des EU-Gesamthaushalts 2006.

Laut dem Urteil des Europäischen Rechnungshofs geben die konsolidierten Konten zur Durchführung des EU-Gesamthaushalts in allen wesentlichen Aspekten die Finanzlage sowie die Ergebnisse der Gemeinschaft für das betreffende Jahr ordnungsgemäß wieder, mit Ausnahme des zu hohen Ausweises der Beträge für Verbindlichkeiten und Vorfinanzierung in der Bilanz. Die Europäische Kommission hat bei der Einführung einer periodengerechten Rechnungslegung weitere Fortschritte gemacht, auch wenn noch einige Schwachstellen vorliegen.

Die Europäische Kommission hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Schwachpunkte beim Risikomanagement der EU-Fonds zu beheben. Einige Änderungen haben bereits positive Auswirkungen gezeigt, z. B. die merkliche Verringerung der vom Rechnungshof geschätzten Gesamtabweichung bei Landwirtschaftstransaktionen, auch wenn sie weiterhin über der Wesentlichkeitsgrenze liegt. Diese positive Entwicklung unterstreicht die Wirkungskraft des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems InVeKoS sowie der Vereinfachung der Antrags- und Zahlungsverfahren in der neu eingeführten Betriebsprämienregelung (Single Payment Scheme).

Der Rechnungshof bestätigt ohne Einschränkung die den EU-Erträgen, Verbindlichkeiten, Verwaltungsausgaben und Heranführungsstrategien, ausgenommen SAPARD, zugrunde liegenden Transaktionen. Zudem wiesen die unmittelbar von Kommissionsvertretungen im Jahr 2006 gehandhabten Zahlungen für Außenhilfe ein nur niedriges Abweichungsniveau auf.

Jedoch gibt der Rechnungshof ein Negativurteil bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsgemäßheit der meisten EU-Ausgaben: primär der nicht vom InVeKoS erfasste Teil der Agrarausgaben, Strukturpolitik, Binnenpolitik und ein erheblicher Teil der Außenhilfe. In diesen Bereichen wurde in den Zahlungen an die

Endempfänger ein weiterhin beträchtliches Abweichungsniveau festgestellt.

Außerdem ist der Rechnungshof der Auffassung, dass die zugrunde liegenden Transaktionen des europäischen Entwicklungsfonds insgesamt, mit Ausnahme der von den Kommissionsvertretungen in den Empfängerstaaten genehmigten Zahlungen, rechtmäßig und ordnungsgemäß sind.

Hinsichtlich der Ausgaben berichtet der Rechnungshof Folgendes:

- Bei den **Agrarausgaben** als Ganzes (€ 49,8 Mrd. in 2006) stellte der Rechnungshof eine merkliche Verringerung der geschätzten Gesamtabweichung fest, auch wenn sie nach wie vor knapp über der Wesentlichkeitsgrenze liegt. Die Agrarausgaben zeichnen sich durch verschiedene Transaktionstypen aus, die unterschiedlichen Risiken und Kontrollsystemen unterliegen. Das InVeKoS, das etwa 70 % der GAP-Ausgaben abdeckt, begrenzt wirksam das Risiko nicht ordnungsgemäßer Ausgaben, sofern es korrekt eingesetzt wird. Der Rechnungshof stellt fest, dass die Betriebsprämienregelung einerseits die Antrags- und Zahlungsverfahren vereinfacht, aber auch Nebeneffekte besitzt, wie die Gewährung von Ansprüchen an Grundbesitzer, die nie zuvor Landwirtschaft betrieben haben, was zu einer erheblichen Umverteilung der EU-Hilfen weg von den Bauern hin zu den Grundstückseigentümern führt. Zu den neuen Begünstigten der EU-Landwirtschaftshilfen gehören Eisenbahngesellschaften, Reit- oder Pferdezuchtställe sowie Golf- und Freizeitclubs oder Stadträte.

- Bei den Ausgaben für **Strukturpolitik** (€ 32,4 Mrd. in 2006) ist die Situation in den vergangenen Jahren nahezu gleich geblieben. Der Rechnungshof stellte eine beträchtliche Abweichung fest, die schätzungsweise mindestens 12 % der gesamten Erstattungen an die Empfänger ausmacht. Der häufigste Fehler sind Anträge auf nicht anspruchsberechtigte Erstattungen und fehlende Ausschreibungen sowie mangelnde Nachweise, um die Kalkulation der Gemeinkosten oder der Personalkosten zu belegen. Die Überwachungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten waren im Allgemeinen ineffizient oder wenig effizient,



wobei die Kommission ihre Arbeitsweise nur mäßig effizient überwacht.

- Bei der unmittelbar von der Kommission verwalteten **Binnenpolitik** (€ 9,0 Mrd. in 2006) stellte der Rechnungshof erneut ein erhebliches Abweichungsniveau bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsgemäßheit der zugrunde liegenden Transaktionen fest, hauptsächlich aufgrund von Erstattungen an Zahlungsempfänger, die Projektkosten zu hoch veranschlagt hatten. Die Prüfungen des Rechnungshofs zeigten, dass die internen Kontrollsysteme nur zum Teil zufriedenstellend arbeiten.

- Die Ausgaben für **Außenhilfe** (€ 5,2 Mrd. in 2006) waren im Hinblick auf die von den Vertretungen verwalteten und geprüften Transaktionen zufriedenstellend, jedoch nicht im Hinblick auf die Einrichtungen, die die Projekte vor Ort umsetzen. Die Abweichungen beruhten auf Anträgen auf nicht anspruchsberechtigte Erstattungen sowie auf der Nichteinhaltung der Ausschreibungsverfahren.

- Im Rahmen der **Heranführungsstrategie** (€ 2,3 Mrd. in 2006) stellte der Rechnungshof fest, dass die Zahlungen insgesamt rechtmäßig und ordnungsgemäß waren, auch wenn erneut erhebliche Abweichungen bei den geprüften SAPARD-Vorgängen aufgedeckt wurden.

In den vergangenen Jahren hat die Kommission Maßnahmen ergriffen, um Rückzahlungen zu beschleunigen und den Schutz der EU-Finanzinteressen zu verstärken. Aufgrund der Komplexität der gemeinsamen Verwaltung dieser Mittel mit den Mitgliedstaaten aber stehen der Kommission noch keine zuverlässigen Informationen über die Rückzahlung unberechtigt empfangener Mittel – Beträge und Empfänger – sowie über die finanziellen Auswirkungen auf den EU-Haushalt zur Verfügung.

Bei der Vorstellung des Jahresberichts 2006 vor dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments (COCOBU) am 12. November 2007 erläuterte Herr Hubert Weber, Präsident des Rechnungshofs: „Die Gründe für die Abweichungen bei den zugrunde liegenden Transaktionen reichen von Nachlässigkeit, mangelnder Kenntnis der häufig komplexen Regeln hin zu vermutlichen Versuchen der Unterschlagung von Mitteln aus dem EU-Haushalt. Im Bereich der nicht vom InVeKoS erfassten Ausgaben für Landwirtschaft, Strukturpolitik und Binnenpolitik ist die Überprüfung von Erstattungsanträgen, die sich hauptsächlich auf die vom Empfänger übermittelten Informationen stützt, in vielen Fällen bezüglich Anzahl und Umfang unzureichend und oft qualitativ unbefriedigend. Was wir brauchen, ist eine bessere Verwaltung und Kontrolle der Gemeinschaftsausgaben sowohl in gemeinsam als auch in direkt verwalteten Bereichen unter der endgültigen Verantwortung der Kommission.“

Herr Hubert Weber schloss seine Präsentation mit der Feststellung, dass „die Kommission mit gutem Beispiel vorangehen sollte, z. B. indem sie der effizienten Entwicklung und Anwendung ihrer eigenen internen Kontrollsysteme auf dem Gebiet direkt verwalteter EU-Mittel – Binnenpolitik sowie Außenhilfe – besondere Aufmerksamkeit schenkt. Dies würde den Mitgliedstaaten als Modell und Anregung bei der Betreuung von Systemen unter gemeinsamer Verwaltung dienen. Der Schlüssel zum effizienten Management der EU-Mittel liegt in wirksamen und zuverlässigen internen Kontrollsystemen auf allen Verwaltungsebenen. Ich denke, dass die EU-Bürger ein Anrecht darauf haben, zu erwarten, dass die EU-Mittel in der gesamten Union einwandfrei verwaltet und kontrolliert werden.“



SONSTIGE VOM EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOF VERÖFFENTLICHTE BERICHTE UND STELLUNGNAHMEN

Seit der Veröffentlichung des Jahresberichts 2005 hat der Europäische Rechnungshof 10 Sonderberichte und 11 Stellungnahmen zu verschiedenen Aspekten der EU-Finzen und Managementbelangen herausgegeben.

Die Sonderberichte (SB) sind:

SB 11/2006 über das gemeinschaftliche Versandverfahren.

SB 1/2007 über die Durchführung der Halbzeitprozesse des Strukturfonds 2000-2006.

SB 2/2007 über die Gebäudeausgaben der Organe.

SB 3/2007 über die Verwaltung des Europäischen Flüchtlingsfonds (2000-2004).

SB 4/2007 über Waren- und Substitutionskontrollen bei der Ausfuhr von Erzeugnissen.

SB 5/2007 über die Verwaltung des Programms CARDS durch die Kommission.

SB 6/2007 über die Wirksamkeit der technischen Hilfe im Rahmen des Kapazitätsaufbaus.

SB 7/2007 über die Überwachungs-, Inspektions- und Sanktionssysteme betreffend die Vorschriften zur Erhaltung der gemeinschaftlichen Fischereiressourcen.

SB 8/2007 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer.

SB 9/2007 über die „Evaluierung der EU-Rahmenprogramme im Bereich Forschung und technologische Entwicklung - Könnte die Kommission ihren Ansatz verbessern?“.

Die folgenden Stellungnahmen wurden seit dem Jahresbericht 2005 vom Rechnungshof herausgegeben:

7/2006 Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF).

8/2006 Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 des Rates betreffend die Haushaltsdisziplin.

1/2007 Stellungnahme zu dem Entwurf einer Verordnung (EG, Euratom) der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.

2/2007 Stellungnahme zu dem Entwurf einer Verordnung des Rates zur Änderung der Finanzregelung für den neunten Europäischen Entwicklungsfonds.

3/2007 Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäi-

schen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung.

4/2007 Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung (EG) der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1653/2004 betreffend die Standardhaushaltsordnung für Exekutivagenturen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates zur Festlegung des Statuts für Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (SEK(2007) 492 endgültig).

5/2007 Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Finanzregelung für die Euratom-Versorgungsagentur.

6/2007 Stellungnahme zu den jährlichen Zusammenfassungen der Mitgliedstaaten, den „nationalen Erklärungen“ der Mitgliedstaaten und zur Prüfungsarbeit nationaler Rechnungsprüfungsorgane in Bezug auf EU-Mittel.

7/2007 Stellungnahme zu dem Entwurf einer Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 von Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.

8/2007 Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung (EG, Euratom) der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission betreffend die Rahmenfinanzregelung für Einrichtungen gemäß Artikel 185 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.

9/2007 Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über eine Finanzregelung für den zehnten Europäischen Entwicklungsfonds.

Im Jahr 2007 erstellte der Rechnungshof 24 besondere Jahresberichte über die europäischen Agenturen und andere dezentrale Einrichtungen. Jeder Bericht enthält eine Stellungnahme zur Verlässlichkeit ihrer Finanzberichte 2006 sowie zur



Rechtmäßigkeit und Ordnungsgemäßheit der zugrunde liegenden Transaktionen.

Alle im offiziellen Bulletin der Europäischen Union veröffentlichten Berichte und

Stellungnahmen des Rechnungshofs können auf der Website des Rechnungshofs www.eca.europa.eu abgerufen werden.

TREFFEN DER LEITER DER OBERSTEN RECHNUNGSKONTROLLBEHÖRDEN (ORKB) DER EUROPÄISCHEN UNION IN HELSINKI (3.-4. DEZEMBER 2007)

Das National Audit Office von Finnland beherbergte das Jahrestreffen 2007 des Kontaktausschusses der ORKB-Leiter der Europäischen Union mit Beteiligung der ORKB-Leiter der Bewerberländer (Türkei, Kroatien und die frühere jugoslawische Republik Mazedonien) sowie von Repräsentanten der IDI, des EUOSAI-Ausbildungsausschusses und von SIGMA. Dem Treffen saß der Generalprüfer Tuomas Pöysti vor.

Einer der Hauptpunkte der Tagesordnung war ein Seminar namens „Risikomanagement, zulässiges Risikoniveau und das in die Verwaltung von EU-Mitteln integrierte interne Kontrollsystem“. Ziel dieses Seminars war die Fortsetzung der Diskussion, die nach der „Roadmap“ der Europäischen Kommission für einen integrierten internen Kontrollrahmen bei den Verhandlungen über die Finanzregelungen begonnen worden war, um die Rolle der Obersten Rechnungskontrollbehörden auf diesem Gebiet zu behandeln.

Hauptredner waren Herr Herbert Bösch, Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, Herr Siim Kallas, stellvertretender Präsident der Europäischen Kommission, und Herr Matti Ahde, Vorsitzender des Prüfungsausschusses des finnischen Parlaments. Den Präsentationen folgten Beiträge der ORKB von

Polen, Schweden und Ungarn sowie des Europäischen Rechnungshofs über ihre jeweiligen Erfahrungen hinsichtlich der Bedeutung des Risikomanagements und der Festlegung eines zulässigen Risikoniveaus im Rahmen der EU. In Zusammenfassung der Präsentationen und Diskussionen stellte der Vorsitzende fest, die Bereiche der Prüfung öffentlicher Finanzen, Steuerpolitik und Transparenzrisiken sollten zukünftig in die Zusammenarbeit zwischen den ORKB der EU einbezogen werden.

Auf dem Treffen des Kontaktausschusses wurde zudem die Arbeit der verschiedenen im Rahmen des Mandats des ORKB-Kontaktausschusses der EU tätigen Arbeits- und Expertengruppen überprüft, die spezifische Bereiche der Verwaltung von EU-Mitteln abdecken. Der Kontaktausschuss billigte die Beschlussvorschläge zur Unterstützung und Annahme der Arbeitsergebnisse sowie eines erneuten Mandats für 2008.

Die Beschlüsse wurden auf der Website des Kontaktausschusses www.contactcommittee.eu veröffentlicht.

Das nächste Treffen des Kontaktausschusses wird am 1.-2. Dezember 2008 beim Europäischen Rechnungshof in Luxemburg stattfinden.



Wissensbilanz - ein Instrument zur Darlegung des Wertes von Obersten Rechnungskontrollbehörden

DR. JOSEF MOSER

Präsident des österreichischen Rechnungshofes und Generalsekretär der INTOSAI

Im Rahmen des 19. VN/INTOSAI Symposiums¹, das im März 2007 in Wien stattfand, stellte Günter Koch² die Wissensbilanz vor, ein verhältnismäßig neues Instrument zur Darstellung des Zusammenhangs zwischen monetären und nicht-monetären Leistungsparametern.

Wozu Wissensbilanzen?

Im Rahmen des 19. VN/INTOSAI Symposiums¹, das im März 2007 in Wien stattfand, stellte Günter Koch² die Wissensbilanz vor, ein verhältnismäßig neues Instrument zur Darstellung des Zusammenhangs zwischen monetären und nichtmonetären Leistungsparametern. Koch erläuterte unter Hinweis auf Untersuchungen amerikanischer Banken, dass die Differenz zwischen dem Buchwert und dem Marktwert von Unternehmungen Anlass zur Feststellung gab, dass nicht nur das, was die Bilanz ausweist, sondern auch das, was an darüber hinausgehenden Werten zu beobachten ist, den Unternehmenswert bestimmt. Er wies auch darauf hin, dass insbesondere Wissenschaftseinrichtungen, deren Performance sich nur unzulänglich in klassischen betriebswirtschaftlichen Darstellungen abbilden lässt, Pioniere für solche neuen Berichts- und Analysemethoden waren.

Die Wissensbilanz des österreichischen Rechnungshofes (RH)

Die Einrichtungen der externen Finanzkontrolle sind in besonderem Maße wissensbasierte Institutionen. Zur Darlegung ihres Wertes ist es daher zweckmäßig,

neben Wirtschaftlichkeitsparametern auch nicht-finanzielle Größen, wie Erfahrungen, Wissen und Können der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu berücksichtigen.

Der österreichische Rechnungshof stellte daher im Jahr 2007 auf der Grundlage des Modells von Koch und Schneider - dem in Europa am weitesten verbreiteten Wissensbilanzmodell - seine erste Wissensbilanz. Die Wissensbilanz ist im Leistungsbericht des RH integriert, wurde im Oktober 2007 veröffentlicht und ist auf der Homepage (www.rechnungshof.gv.at) unter "Aktuelles-Veröffentlichungen-Leistungsbericht und Wissensbilanz 2006/07" ("News-Publications-Report and intellectual capital statement 2006/07") abruf- und downloadbar.

Aufbau der Wissensbilanz

Der Aufbau der Wissensbilanz des RH folgt einem logischen Ablauf von der strategischen Ausrichtung bis zur Umsetzung der Geschäftsprozesse. Der Bogen spannt sich dabei von den Wissenszielen über das Wissensmanagement und das Wissensvermögen bis hin zu den Geschäftsprozessen.

Die Einrichtungen der externen Finanzkontrolle sind in besonderem Maße wissensbasierte Institutionen.

Der Aufbau der Wissensbilanz des RH folgt einem logischen Ablauf von der strategischen Ausrichtung bis zur Umsetzung der Geschäftsprozesse.



¹ Symposium über den Wert und Nutzen der öffentlichen Finanzkontrolle in einem globalisierten Umfeld, 28. bis 30. März 2007, Wien.

² Die Bewertung von "intangiblen" Eigenschaften und Werten einer Organisation mittels einer "Wissensbilanz" (Prof. DI Günter Koch, Geschäftsführer des "Central European Institute of Technology", Schwechat/Österreich; Gastprofessor an österreichischen Universitäten).

Wissensziele

Die vier strategischen Wissensziele des RH (Vermittlung der Werte des RH, Exzellenz in Prüfung und Beratung, Schaffung von Wert und Nutzen der Mittelverwendung durch Prüfungs- und Beratungstätigkeit, sowie Vernetzung mit nationalen und internationalen Partnern) bauen auf seinem Leitbild sowie seinen strategischen Grundlagen auf. Sie stellen eine klare Ausrichtung des Wissens im RH sicher und ermöglichen die Bildung operativer und individueller Wissensziele.

Wissensmanagement

Der RH versteht Wissensmanagement als einen interdisziplinären Teil der Führung, der unter Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelebt wird. Im Wissensmanagement des RH bestehen drei Ebenen der Verantwortlichkeit, nämlich

- die Abteilungen als Kompetenzzentren im Rahmen ihrer Themenverantwortlichkeit,
- die Wissensgemeinschaften als Foren des Kernwissens in bestimmten Wissensgebieten und
- die Abteilung Wissensmanagement.

Wissensvermögen

Das Wissensvermögen des RH gliedert sich in die Bereiche Human-, Struktur- und Beziehungsvermögen. Es umfasst

Kenngrößen, die Rückschlüsse auf sein Wissenspotenzial ermöglichen.

Im Humanvermögen werden im Wesentlichen die Personaldaten mit einem Fokus auf die Qualifikation und auf die Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dargestellt. Das Strukturvermögen gibt Auskunft über die Gliederung der Organisation, die Kommunikation, die technische Infrastruktur sowie die Instrumentarien der Qualitätssicherung. Im Beziehungsvermögen zeigen sich die Intensität und die Qualität der Zusammenarbeit des RH mit seinen Kunden und Partnern sowie die Vernetzung mit anderen Kontrolleinrichtungen und mit Wissenseinrichtungen.

Geschäftsprozesse

Die Geschäftsprozesse des RH lassen sich in eine Vielzahl von Kern- und Fachprozessen untergliedern. Viele davon sind wissensintensive Prozesse.

Der strategisch bedeutendste Leistungsbereich des RH - die Prüfung und Beratung - findet in einem strukturierten Prozess statt, der aus mehreren Teilprozessen besteht, für die konkrete Qualitätsstandards festgelegt sind.

Ausblick

Der RH wird seine Wissensbilanz in den kommenden Jahren weiterentwickeln und die Erreichung der vier strategischen Wissensziele anstreben.

Der RH versteht Wissensmanagement als einen interdisziplinären Teil der Führung, der unter Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelebt wird.

Im Humanvermögen werden im Wesentlichen die Personaldaten mit einem Fokus auf die Qualifikation und auf die Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dargestellt.



Fünfzehn Jahre Supreme Audit Office der Tschechischen Republik

DR. FRANTISEK DOHNAL

Präsident Supreme Audit Office der Tschechischen Republik

Wir schreiben das Jahr 2008 und das Supreme Audit Office (SAO) begeht den 15. Jahrestag seiner Gründung. Fünfzehn Jahre bedeuten aus historischer Sicht keine lange Tradition, aber unsere Behörde hat seitdem viele Veränderungen erlebt. Ich bin erst seit drei Jahren Präsident einer obersten Rechnungskontrollbehörde, dennoch möchte ich kurz Bilanz ziehen, um allen zu gratulieren und meinen Dank auszusprechen.

Wir schreiben das Jahr 2008 und das Supreme Audit Office (SAO) begeht den 15. Jahrestag seiner Gründung. Fünfzehn Jahre bedeuten aus historischer Sicht keine lange Tradition, aber unsere Behörde hat seitdem viele Veränderungen erlebt. Ich bin erst seit drei Jahren Präsident einer obersten Rechnungskontrollbehörde, dennoch möchte ich kurz Bilanz ziehen, um allen zu gratulieren und meinen Dank auszusprechen.

Die Entwicklung von Rechnungskontrollbehörden war in den west- und mitteleuropäischen Ländern fast gleich. Die Geschichte der externen Rechnungsprüfung begann in unserem Land vor zweihundert Jahren. Die Unabhängigkeit einer Rechnungskontrollbehörde von der Exekutive ist eines der Hauptprinzipien der externen Rechnungsprüfung. Was das tschechische SAO betrifft, bestimmt die Verfassung, dass die Exekutive in die Prüfungsplanung und – durchführung nicht eingreifen kann. Diese Strategie ergibt sich aus den allgemeinen Grundsätzen, die vor vielen Jahren durch die Deklaration von Lima aufgegriffen wurden, in deren Rahmen die grundlegenden Prinzipien der Tätigkeit von Rechnungskontrollbehörden festgelegt wurden.

Leider wurde die demokratische Entwicklung der Prüfung in unserem Land in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts unterbrochen und diese Situation dauerte bis zum Jahr 1993 an. Bis dahin war die oberste Rechnungsprüfung wirklich unabhängig gewesen, aber das kommunistische Regime unterstellte das Prüfungssystem der Exekutive, woraus das Ministerium für Staatskontrolle entstand. Die Regierung

gab damals vor, worauf sich das Ministerium konzentrieren sollte oder auch worauf nicht. Die Prüfung wurde zum Bestandteil eines gewissen repressiven Systems, das unter der Kontrolle der kommunistischen Partei stand. Die Diskussion über die Rolle des SAO begann in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts bei der Suche nach Wegen zur Festlegung eines Standardverfahrens.

Die Unabhängigkeit beruht hauptsächlich auf der Tatsache, dass die Behörde selbst die Prüfungsthemen bestimmt. Niemand sonst kann uns dazu Anordnungen erteilen. Zudem besitzen wir keine Exekutivbefugnisse und können deshalb nur Probleme aufdecken und darüber informieren. Das SAO ersetzt kein Gericht, es erlegt keine Strafen auf – diese Pflicht obliegt anderen. Das Parlament der Tschechischen Republik ist stets unser natürlicher Partner, denn es delegiert Aufgaben an die Exekutive und überprüft anschließend deren Erfüllung. Allem, was die Exekutive fehlerhaft ausgeführt hat oder vom parlamentarischen Auftrag abweicht, sollte eine entsprechende Reaktion nachfolgen. Das Parlament selbst muss entscheiden, ob Gründe für die Tolerierung der Vorgehensweise der Regierung vorliegen oder nicht.

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde führt nicht nur Prüfungen durch, sondern fördert auch Grundsätze für gute Praktiken. Diese Grundsätze sollten im Allgemeinen von allen verwendet werden, die auf diesem Gebiet tätig sind. Deshalb ist es uns wichtig festzustellen, dass in einer Folgeprüfung keine ernsthaften Fehler aufgetreten sind. Dies bedeutet nicht, dass

Was das tschechische SAO betrifft, bestimmt die Verfassung, dass die Exekutive in die Prüfungsplanung und – durchführung nicht eingreifen kann. Diese Strategie ergibt sich aus den allgemeinen Grundsätzen, die vor vielen Jahren durch die Deklaration von Lima aufgegriffen wurden, in deren Rahmen die grundlegenden Prinzipien der Tätigkeit von Rechnungskontrollbehörden festgelegt wurden.



wir sie absichtlich nicht finden wollten. Wir freuen uns, wenn die angewendeten Methoden für Management, Rechnungslegung oder Finanzanalyse in der öffentlichen Verwaltung dabei helfen, Gesetzesverstöße und Unwirtschaftlichkeiten bei der Verwendung öffentlicher Mittel rechtzeitig aufzudecken.

Seit dem Start des SAO haben seine Vertreter versucht, einen angemessenen und akzeptablen Ort für die Zentrale zu finden, an dem die Behörde einwandfrei arbeiten kann. Das vom Ex-Ministerium für Staatskontrolle geerbte Gebäude genügte den strukturellen und später auch den Platzanforderungen des SAO nicht. Folglich zogen wir zur Jahreswende 2006/2007 in neue gemietete Büros in einem modernen Verwaltungszentrum um. Zufällig befindet sich dieses Gebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite des Ortes, an dem das SAO 14 Jahre ansässig war. In diesem 18-stöckigen Gebäude konnten wir alle in der Hauptstadt tätigen Mitarbeiter und Vertreter des SAO zusammenbringen, und es bietet noch genügend

freien Raum für eine mögliche Ausweitung der Tätigkeit der Prüfungsbehörde.

Die Feiern zum 15. Jahrestag honorieren alles, was wir zusammen getan haben. Viele Menschen haben viel gute Arbeit geleistet, und wir können auf die Arbeitsergebnisse aller unserer Kollegen stolz sein. Nicht nur politische Vertreter aus Regierung und Parlament gehören zu unseren engen Partnern, sondern auch die Öffentlichkeit und die Medien sind uns wichtig. Persönlich bin ich sehr erfreut, dass wir diese Kontakte pflegen, die zur ständigen Zusammenarbeit und Unterstützung beitragen. Ich wünsche uns allen die Weiterentwicklung dieser Beziehungen.

Abschließend möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um allen ehemaligen sowie jetzigen Kollegen für ihre aktive Mitarbeit, ihr Engagement und ihre Sorgfalt zu danken. Mit den Worten eines Dichters spreche ich auch unseren sonstigen Partnern, der Öffentlichkeit und den Medien meinen Dank aus: „Auch kleine Dinge tragen zu Größerem bei“ („*Parvis quoque rebus magna iuvantur*“, Horatius).

Die Feiern zum 15. Jahrestag honorieren alles, was wir zusammen getan haben. Viele Menschen haben viel gute Arbeit geleistet, und wir können auf die Arbeitsergebnisse aller unserer Kollegen stolz sein.



Der Rechnungshof von Moldawien: von externer Kontrolle zu externer Rechnungsprüfung

ALA POPESCU

Präsidentin des Rechnungshofs der Republik Moldawien

Laut dem Aktionsplan der Europäischen Union - Republik Moldawien soll Moldawien die Schaffung und ordnungsgemäße Arbeitsweise einer unabhängigen Obersten Rechnungskontrollbehörde im Einklang mit den international anerkannten sowie den EU-Standards für beste Praktiken zur externen Rechnungsprüfung (INTOSAI-Standards) sicherstellen. Dies ist eine langfristige Unternehmung, die eine breite Spanne von Maßnahmen mit Interdependenzen bedingt.

Einleitung

Laut dem Aktionsplan der Europäischen Union - Republik Moldawien soll Moldawien die Schaffung und ordnungsgemäße Arbeitsweise einer unabhängigen Obersten Rechnungskontrollbehörde im

Einklang mit den international anerkannten sowie den EU-Standards für beste Praktiken zur externen Rechnungsprüfung (INTOSAI-Standards) sicherstellen. Dies ist eine langfristige Unternehmung, die eine breite Spanne von Maßnahmen mit Interdependenzen bedingt.

Wir denken Folgendes:

- Der Rechnungshof (Court of Accounts = CoA) sollte bei der Entwicklung des öffentlichen Finanzmanagements in der moldawischen Staatsverwaltung auf dem neuesten Stand sein. Entscheidend ist, dass der CoA in der Lage ist, für andere Akteure des öffentlichen Finanzsektors als unterstützende Kraft bei Veränderungen zu wirken.

- Ein solcher Ansatz bedeutet einen Paradigmenwechsel weg von der Kontrolle der Einhaltung von Vorschriften bei Einzeltransaktionen hin zum Berufsbild der Rechnungsprüfung mit Schwerpunkt auf der Informationsqualität und internen Kontrollsystemen, die mit den international anerkannten Prüfungsstandards sowie den besten europäischen Praktiken im Einklang stehen.

- Die Schaffung einer neuen grundlegenden Kultur bei Führungskräften aller Ebenen im öffentlichen Bereich ist eine große Herausforderung, und der CoA sollte in diesem Prozess eine aktive Rolle spielen. Dies erfordert gut ausgebildetes, geschultes und ausgestattetes Personal.

- Die Herausforderungen bei der Entwicklung des CoA erfordern höhere Effizienz bei der Tätigkeitsausübung, jedoch müssen wir die notwendigen finanziellen und menschlichen Ressourcen erwerben, um zu einem mächtigen Instrument zu werden, das die Rechenschaftslegung im öffentlichen Bereich fördert.

- Mit Unterstützung des CoA werden die neuen Paradigmen zu Finanzmanagement und Finanzkontrolle zur stärkeren Rechenschaftslegung im öffentlichen Sektor, zur Produktivität und zu besseren Dienstleistungen für die Bürger Moldawiens beitragen.

Überblick

Der Weg zur Entwicklung der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Moldawien (der Rechnungshof, CoA) im Einklang mit dem EU-Aktionsplan ist in einem strategischen Entwicklungsplan für den Zeitraum April 2006 bis Dezember 2010 festgehalten. Dieser Plan beruht auf vier Hauptzielen: institutionelle Stärkung, Entwicklung des Berufsbildes, Personalentwicklung und Sicherstellung einer höheren Wirkungskraft der Tätigkeit.

Fachliche Unterstützung beim Wandlungsprozess des CoA kommt (i) vom National Audit Office von Schweden (SNAO) im Rahmen eines dreijährigen bilateralen Kooperationsabkommens (2007-2009) sowie (ii) von dem vom Britischen Ministerium für Internationale Entwicklung (DFID) und der niederländischen Regierung eingerichteten Multi Donor Trust Fund (MDTF), der von der Weltbank verwaltet wird und seine Haupttätigkeit im Jahr 2008 aufnehmen soll.

Hintergrund

In Moldawien stellt die externe Rechnungsprüfung im öffentlichen Sektor mehr oder weniger eine Neuheit dar. Die Existenz des CoA basiert auf **Artikel 133 der Verfassung (1994)**, der wie folgt lautet:

(1) Der Rechnungshof kontrolliert die Art und Weise der Erhebung, Verwaltung und Verwendung der öffentlichen Finanzmittel.

(2) Der Vorstand des Rechnungshofs besteht aus 7 Mitgliedern.

(3) Der Präsident des Rechnungshofs wird für eine Amtszeit von 5 Jahren vom Parlament auf Vorschlag des Parlamentpräsidenten gewählt.

(4) Der Rechnungshof übermittelt dem Parlament jährlich einen Bericht über die Verwaltung und Verwendung der öffentlichen Finanzmittel.

(5) Die weiteren Befugnisse des Rechnungshofs sowie seine Struktur und Arbeitsweise werden durch ein Organgesetz festgelegt.

Das Gesetz über den Rechnungshof (1994 verabschiedet, zuletzt 2005 geändert) spezifiziert die Befugnisse der Institution als im Grundsatz eine für die Kontrolle der Einhaltung von Gesetzesvorschriften bei Einzeltransaktionen im Hinblick auf öffentliche Gelder zuständige Institution. Wir besitzen die Struktur eines Gerichtshofs mit kollegialer Entscheidungsfindung, jedoch ohne gerichtliche Befugnisse. Neben unserer Kontrolltätigkeit obliegen uns weitere Pflichten außerhalb des Prüfungsbereichs, wie die Beratung beim Entwurf des jährlichen Staatshaushalts, des Sozialversicherungshaushalts sowie des Haushalts für obligatorische Krankenversicherungsfonds.

Der Weg zur Entwicklung der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Moldawien (der Rechnungshof, CoA) im Einklang mit dem EU-Aktionsplan ist in einem strategischen Entwicklungsplan für den Zeitraum April 2006 bis Dezember 2010 festgehalten. Dieser Plan beruht auf vier Hauptzielen: institutionelle Stärkung, Entwicklung des Berufsbildes, Personalentwicklung und Sicherstellung einer höheren Wirkungskraft der Tätigkeit.



Unser genehmigtes Personal umfasst 150 Mitarbeiter, davon 98 Rechnungsprüfer. Unser Leitungsorgan ist der Vorstand: der Präsident, der stellvertretende Präsident und 5 Mitglieder. Das Personal ist zu 83 % im Zentralbüro in Chisinau tätig und die übrigen Mitarbeiter in zwei Regionalbüros. Unser Budget 2008 beträgt 15,2 Mio. Lei, was 0,91 Mio. € entspricht.

Grundlage für den Bewertungsprozess

Für diese Publikation haben wir beschlossen, unseren Fortschritt anhand der von SIGMA formulierten vielfältigen Fragestellungen zur Bewertung der Wirksamkeit externer Rechnungsprüfung in den ehemaligen EU-Bewerberstaaten zu überprüfen. In diesem Kontext war ich der Auffassung, es sei wichtig, Ihnen ebenfalls Informationen über sich gegenwärtig vollziehende Veränderungen und die im Rahmen der aktuellen Rechtsordnung unternommenen Anstrengungen zu geben. Dadurch möchte ich Ihnen einen Einblick in die heutige Situation geben und darin, was wir erreicht haben – aber auch in die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Was wurde für den CoA getan, damit dieser über klare Befugnisse zur zufriedenstellenden Prüfung aller öffentlichen und gesetzlichen Mittel und Gelder, Einrichtungen und Körperschaften, einschließlich EU-Mittel, verfügt?

Die Änderungen des gesetzlichen Rahmens im Jahr 2005 erweiterten den Auftrag des CoA, aber wir brauchen ein neues Rechnungsprüfungsgesetz, um allen Voraussetzungen für eine moderne Oberste Rechnungskontrollbehörde zu genügen. Im Jahr 2007 wurde mit Unterstützung durch das SNAO ein neuer Gesetzesentwurf über den CoA erstellt, der dem Europäischen Rechnungshof vor Kurzem zur Kommentierung zugegangen ist. Der Gesetzesentwurf steht auf der Tagesordnung des Parlaments zwecks Beratung und Verabschiedung vor der Sommerpause 2008. In allen wichtigen Aspekten reicht die Prüfungsbefugnis des CoA laut dem Gesetzesentwurf vollständig aus, um grundlegenden Standards zu entsprechen.

Die Teilung der Verantwortlichkeiten zwischen dem CoA und der zentralen Finanzkontrollbehörde unter dem Dach des

Finanzministeriums wird in der Abhandlung über die „Public Internal Financial Control (PIFC) Policy“ behandelt und in den in der Vorbereitung befindlichen Gesetzen über öffentliches Finanzmanagement geklärt.

Was wurde getan, damit die Art der durchgeführten Rechnungsprüfung die volle Spanne der Prüfungen über Ordnungsgemäßheit und Wirtschaftlichkeit laut INTOSAI-Prüfungsstandards abdeckt?

Der neue Gesetzesentwurf über den CoA wird die Institution zur Durchführung aller Arten von Prüfungen über Ordnungsgemäßheit und Wirtschaftlichkeit berechtigen.

Die gegenwärtige Kontrolltätigkeit besteht nahezu ausschließlich in der Kontrolle der Ordnungsgemäßheit von Einzeltransaktionen mit Hauptschwerpunkt auf der Einhaltung von Gesetzesvorschriften. Zurzeit besitzen wir keine volle Befähigung zur Durchführung moderner Finanz- oder Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

Die Ausweitung des Berufsbildes, weitere Schulungen und Personalentwicklung werden unternommen, um unsere Fähigkeiten zur schrittweisen Umsetzung des neuen CoA-Gesetzes in den kommenden Jahren zu stärken. Zugleich werden die gegenwärtigen externen Kontrolltätigkeiten sukzessive abgebaut, da die Befähigung des Managements, um Verantwortung zu übernehmen und zur Verantwortung gezogen zu werden, gestärkt wird und geeignete interne Prüfungsmechanismen eingeführt werden.

Bisher sind im Rahmen von Pilotprojekten einige Bewertungen interner Kontrollsysteme erfolgt, drei Pilotprüfungen zur Validierung sowie einige Studien über die Finanzverwaltung durch das staatliche Finanzamt und das Zollamt stehen vor dem Abschluss.

Was wurde getan, um sicherzustellen, dass der CoA über die notwendige operative und funktionale Unabhängigkeit zur Wahrnehmung seiner Aufgaben verfügt?

Alle wichtigen Unabhängigkeitsaspekte laut der INTOSAI-Deklaration von Lima sind im Gesetzesentwurf über den CoA wiedergegeben.

Die gegenwärtige Kontrolltätigkeit besteht nahezu ausschließlich in der Kontrolle der Ordnungsgemäßheit von Einzeltransaktionen mit Hauptschwerpunkt auf der Einhaltung von Gesetzesvorschriften. Zurzeit besitzen wir keine volle Befähigung zur Durchführung moderner Finanz- oder Wirtschaftlichkeitsprüfungen.



Auf Grundlage der Arbeits- und Beamten-gesetzgebung wählt der Präsident des CoA die Mitarbeiter, einschließlich Beamte, durch Stellenausschreibungen aus, ernennt und entlässt sie.

Derzeit besitzen wir bei unserer Kontrolltätigkeit fast vollständige Ermessensfreiheit, auch wenn das Parlament jährlich eine Reihe von Ad-Hoc-Kontrollen verlangen kann (und diese verlangt: vier im Jahr 2007). Unser Haushalt durchläuft das Finanzministerium; die Regierung ist zur Abänderung des CoA-Haushaltsentwurfs befugt und der Haushaltsdialog lässt Raum für Verbesserungen.

Auf Grundlage der Arbeits- und Beamtengesetzgebung wählt der Präsident des CoA die Mitarbeiter, einschließlich Beamte, durch Stellenausschreibungen aus, ernennet und entlässt sie.

Der CoA gewährleistet die Öffentlichkeit seiner Sitzungen und stellt seine Erkenntnisse aus Kontrollen (Entscheidungen) der Öffentlichkeit zur Verfügung. Der Präsident des CoA informiert die Medien regelmäßig über bedeutsame Erkenntnisse aus Kontrollen.

Die wichtigste Einschränkung in diesem Bereich besteht darin, dass die Auswahl des Präsidenten und aller Mitglieder die politische Situation im Parlament widerspiegelt. Der neue Gesetzesentwurf über den CoA findet hier Lösungen.

Was wurde getan, damit die jährlichen und sonstigen Berichte des CoA ordnungsgemäß, auf Tatsachen basierend und rechtzeitig erstellt werden?

Aus unserer Sicht haben wir das Potenzial unserer jetzigen Struktur, die externe Kontrollberichte erstellt, im Einklang mit dem gegenwärtigen Entwicklungsstand des öffentlichen Sektors in Moldawien sowie mit früh erkannten Bedürfnissen gut genutzt. Der Rechnungshof hat bereits neue Fähigkeiten zur rechtzeitigen Berichterstellung über die staatliche Haushaltsdurchführung innerhalb der gesetzlichen Frist (sechs Monate nach Jahresende) erworben.

Unsere traditionelle Rolle als externe Kontrolleinrichtung bietet eine feste Grundlage, um ein ordnungsgemäßes und auf Tatsachen basierendes Berichtswesen zu gewährleisten. Unser Personal verfügt über klare Befugnisse für den vollen Zugang zu den Räumlichkeiten und den Dokumenten der kontrollierten Behörden. Alle Erkenntnisse müssen sich auf Beweise stützen, die in einem Bericht erfasst werden, der der kontrollierten Einrichtung vorgelegt wird. Diese kann mit Erklärungsmaterial darauf

reagieren, bevor der Vorstand eine Entscheidung trifft. Die Qualität der durchgeführten Kontrolle wird außerdem durch ein kollegiales Überprüfungsverfahren gesichert, an dem Supervisoren in erster Instanz und der Vorstand in zweiter Instanz mitwirken. Angesichts des gegenwärtigen Kontrollumfangs ist jedoch klar, dass die aktuellen Verfahren nicht ausreichen werden, wenn wir uns auf eine Prüfung mit vollständigem Testat zubewegen.

Wird die Tätigkeit des CoA tatsächlich vom Parlament, z. B. durch einen dazu bestimmten Ausschuss, der auch über seine eigenen Erkenntnisse berichtet, berücksichtigt?

Der Jahresbericht des Rechnungshofs wird auf einer Sonderplenarsitzung des Parlaments jeweils am 15. Juli vorgestellt und behandelt. Der letzte dem Parlament vorgelegte Jahresbericht liefert eine tiefer gehende, genauere Analyse der Tendenzen im Finanzmanagement und gibt Empfehlungen zur Beseitigung von Unregelmäßigkeiten auf dieser Ebene ab. Des Weiteren umfasst der Bericht ein Kapitel zur Information des Parlaments und der öffentlichen Meinung über die Herausforderungen, denen der Rechnungshof gegenübersteht, sowie über seine strategischen Entwicklungsziele. Die Veröffentlichung des Jahresberichts und der Ergebnisse jeder Prüfung im moldawischen Amtsblatt, auf der Website des Rechnungshofs sowie in sonstigen Medien verleihen dem Haushaltsprozess und der Verwendung öffentlicher Vermögenswerte höhere Transparenz, da der Steuerzahler über aufgedeckte Verstöße und Unregelmäßigkeiten informiert wird.

Unter Berücksichtigung der Berichte des Rechnungshofs fasst das Parlament Beschlüsse, um die Regierung zu zwingen, die Durchführung der Entscheidungen des Rechnungshofs in Ministerien und anderen öffentlichen Behörden bezüglich des Managements und der Verwendung öffentlicher Finanzmittel sicherzustellen, Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Finanzmanagements zu treffen und das Parlament über die Beseitigung der vom CoA aufgedeckten Lücken in Kenntnis zu setzen. Die Regierung ihrerseits trifft ihre eigenen Entscheidungen im Hinblick auf die Sicherstellung der Umsetzung der Empfehlungen laut den Jahresberichten des CoA. Die meisten Maßnahmen umfas-

Zusätzlich übermittelt der CoA dem Parlament Prüfungsberichte (Entscheidungen) mit für diese Einrichtung nützlichen Informationen. Der CoA ist eingeladen, an der Untersuchung der Sachgemäßheit der Berichte mitzuwirken.

Wir glauben, dass wir über ein starkes Entwicklungspotenzial für die Zukunft verfügen. Wir verstehen das Problem und haben den zu beschreitenden Weg festgelegt. Wir haben mit der Einführung von Prüfungsprozessen mit neuen Grundlagen begonnen und bereiten parallel dazu die schrittweise Wandlung hin zu unserer neuen Rolle vor.



sen ein bestimmtes Gewährleistungsniveau zur Verbesserung der Situation in der Einrichtung und tragen zur Stärkung des Finanzmanagements des Staatshaushalts, zur Erstellung und Verwendung des staatlichen Sozialversicherungshaushalts, zur Verbesserung des lokalen Haushaltsmanagements sowie der Verwaltung öffentlicher Vermögenswerte bei.

Zusätzlich übermittelt der CoA dem Parlament Prüfungsberichte (Entscheidungen) mit für diese Einrichtung nützlichen Informationen. Der CoA ist eingeladen, an der Untersuchung der Sachgemäßheit der Berichte mitzuwirken.

Die Überwachung und Dokumentierung der Kontrollergebnisse über die Verwendung öffentlicher Mittel erfolgt durch den ständigen Parlamentsausschuss für Wirtschaftspolitik, Haushalt und Finanzen sowie weitere Ausschüsse.

Hat der CoA die international und allgemein anerkannten, mit den EU-Anforderungen kompatiblen Prüfungsstandards übernommen, und in wie weit wurden sie umgesetzt?

Die Entwicklung von Prüfungsstandards hat in den letzten Jahren ständig auf der Tagesordnung gestanden. Der CoA hat 5 Arten von Standards mit insgesamt 15 Prüfungsnormen entwickelt und genehmigt. Diese Standards entstanden auf Grundlage der internationalen Prüfungsstandards und umfassen Folgendes: (i) allgemeine Prüfungsstandards, (ii) Standards für die Planungsphase, (iii) Standards für die Prüfungsphase, (iv) Standards für die Berichtsphase und (v) Sonderprüfungsstandards. Die Verabschiedung und Einführung seiner eigenen Standards bilden den ersten Schritt bei der Wandlung von externer Kontrolle hin zu externer Prüfung im Einklang mit den europäischen Richtlinien für die Umsetzung der INTOSAI- und EUROSAI-Prüfungsstandards. Gegenwärtig entwickeln wir ein Prüfungshandbuch sowie ein Rahmenwerk für Prüfungsqualität, die durch Pilotprüfungen zu testen sind.

Ist sich der CoA der Anforderungen des Acquis Communautaire und der Wirkung der Partnerschaft zwischen Moldawien und der EU voll bewusst?

Wir glauben, dass wir über ein starkes Entwicklungspotenzial für die Zukunft

verfügen. Wir verstehen das Problem und haben den zu beschreitenden Weg festgelegt. Wir haben mit der Einführung von Prüfungsprozessen mit neuen Grundlagen begonnen und bereiten parallel dazu die schrittweise Wandlung hin zu unserer neuen Rolle vor. Wie im Gesetzesentwurf über den Rechnungshof sowie in unserem strategischen Entwicklungsplan dargestellt, werden die wesentlichen zukünftigen Verbesserungen den Schwerpunkt darauf legen, die Rolle des CoA im Rechenschaftsprozess zu klären und spürbar eine Prüfungsphilosophie zur Anwendung zu bringen, die internationalen Standards und besten europäischen Praktiken entspricht. Zugleich sind wir uns der Tatsache voll bewusst, dass die aktuelle Unterstützung für die Tätigkeit des CoA in Zukunft nicht realistisch ist. Dies bedingt auch neue Wege des Managements unserer Institution.

In unserem strategischen Entwicklungsplan haben wir die Lücken und Anforderungen herausgestellt, die abgedeckt werden müssen, um das obige Paradigma ausfüllen zu können. Unsere jährlichen Umsetzungspläne spezifizieren im Einzelnen die Entwicklungstätigkeit für ein bestimmtes Jahr auf Grundlage früherer Resultate.

Schlussfolgerungen

Radikale Veränderungen der Tätigkeit, Beschaffenheit und Effizienz einer ORKB sind eine langfristige Aufgabe. Die mit dem CoA zusammenarbeitenden Geberinstitutionen, die ihm die erforderliche Unterstützung zur Umsetzung der im strategischen Entwicklungsplan aufgestellten Ziele liefern, haben dies voll anerkannt.

Der CoA ist entschlossen, die Umsetzung der im strategischen Entwicklungsplan erfassten Maßnahmen fortzusetzen. Er wird dabei angetrieben vom starken Willen der Leitung sowie des Personals, mit Unterstützung durch das Parlament und andere Interessenvertreter, sowie von der engen Zusammenarbeit mit anderen Reformbestrebungen im öffentlichen Finanzmanagement Moldawiens. Die institutionelle Stärkung, der Ausbau des Berufsbildes, Personalentwicklung und die Gewährleistung höherer Wirkungskraft der CoA-Tätigkeit bilden weiterhin die vier Pfeiler der Entwicklung des CoA.

Radikale Veränderungen der Tätigkeit, Beschaffenheit und Effizienz einer ORKB sind eine langfristige Aufgabe. Die mit dem CoA zusammenarbeitenden Geberinstitutionen, die ihm die erforderliche Unterstützung zur Umsetzung der im strategischen Entwicklungsplan aufgestellten Ziele liefern, haben dies voll anerkannt.



Prüfungen im Bildungsbereich

DR. VALENTYN SYMONENKO

Präsident der Rechnungskammer der Ukraine

Die staatliche Bildungspolitik der Ukraine umfasst alle Ebenen: Primarstufe, Sekundarstufe (obligatorisch), berufliche und akademische Bildung.

Laut Artikel 53 der ukrainischen Verfassung garantiert der Staat den freien und kostenlosen Zugang zur Primar-, Sekundar-, akademischen und beruflichen Bildung an öffentlichen und kommunalen Bildungseinrichtungen; die Durchführung der Primar-, Sekundar-, nicht schulischen und akademischen Bildung, der beruflichen Ausbildung sowie der postgraduate Bildung und verschiedener Bildungsarten; er gewährt Stipendien und Vorrechte für Schüler und Studenten.

Die staatliche Bildungspolitik der Ukraine umfasst alle Ebenen: Primarstufe, Sekundarstufe (obligatorisch), berufliche und akademische Bildung.

Laut Artikel 53 der ukrainischen Verfassung garantiert der Staat den freien und kostenlosen Zugang zur Primar-, Sekundar-, akademischen und beruflichen Bildung an öffentlichen und kommunalen Bildungseinrichtungen; die Durchführung der Primar-, Sekundar-, nicht schulischen und akademischen Bildung, der beruflichen Ausbildung sowie der postgraduate Bildung und verschiedener Bildungsarten; er gewährt Stipendien und Vorrechte für Schüler und Studenten.

Die Finanzierung der Primar- und Sekundarbildung stammt hauptsächlich aus den entsprechenden Haushaltsposten. Zugleich wird jedoch nur ein Teil der Maßnahmen und öffentlichen Programme auf den oben genannten Bildungsebenen aus dem Staatshaushalt finanziert.

In den vergangenen fünf Jahren haben die Bildungsausgaben der Ukraine etwa

6 % des BIP betragen. Laut dem ukrainischen Gesetz über den „Staatshaushalt der Ukraine für das Jahr 2008“ sind Mittel in Höhe von 3 Mrd. € für die Primar-, Sekundar-, nicht schulische, akademische, berufliche und postgraduate Bildung vorgesehen. Dies entspricht 9 % der gesamten staatlichen Haushaltsausgaben.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Wahrnehmung einer der wichtigsten staatlichen Funktionen, wie sie die Sicherstellung eines ausreichenden Bildungsniveaus der jungen Generationen und der Ausbildung hoch qualifizierter Fachkräfte darstellt, gilt als grundlegend für die nationale Entwicklung in allen Bereichen (wirtschaftlich, sozial, kulturell und wissenschaftlich). Unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen sowie der Höhe der jährlich für diese Funktion bereitgestellten Haushaltsmittel übt die ukrainische Rechnungskammer als Oberste Rechnungskontrollbehörde der Ukraine die ständige Kontrolle über die für diese Zwecke vorgesehenen Gelder aus, insbesondere im Hinblick auf ihre Wirkungskraft, Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit.

Die Rechnungskammer der Ukraine führt die Rechnungskontrolle für die Tätigkeit auf dem Bildungsgebiet durch, nimmt zugleich eine Finanz- und Konformitätsprüfung vor und untersucht Probleme der Verwaltungstätigkeit, der Organisation der internen Kontrolle der geprüften Einrichtung sowie die sozialen Auswirkungen von Verwaltungsentscheidungen, wobei das gesamte Gebiet als ein Ganzes betrachtet wird.

Die Rechnungskammer der Ukraine führt die Rechnungskontrolle für die Tätigkeit auf dem Bildungsgebiet durch, nimmt zugleich eine Finanz- und Konformitätsprüfung vor und untersucht Probleme der Verwaltungstätigkeit, der Organisation der internen Kontrolle der geprüften Einrichtung sowie die sozialen Auswirkungen von Verwaltungsentscheidungen, wobei das gesamte Gebiet als ein Ganzes betrachtet wird.



68



Der jährliche Arbeitsplan der Rechnungskammer muss Analyse- und Kontrollmaßnahmen zu verschiedenen Themen im Bildungsbereich umsetzen und die Anwendung ihrer Vorschläge und Empfehlungen im Hinblick auf die Ergebnisse früherer Prüfungen überwachen und kontrollieren.

Im Laufe der Jahre hat die Rechnungskammer eine Reihe von Prüfungen über die Verwendung staatlicher Haushaltsmittel auf dem Gebiet der Bildung durchgeführt.

Nach Beendigung der **Prüfung über die Bereitstellung von Lehrbüchern an Bildungseinrichtungen** sind wir zu dem Urteil gelangt, dass das gegenwärtige, vom ukrainischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft aufgestellte System nicht einwandfrei ist. An erster Stelle berücksichtigt das Monopol dieses Ministeriums an der Veröffentlichung und Verteilung der Lehrbücher weder die Forderungen der am Bildungsprozess Beteiligten noch die finanziellen Anforderungen des Markts, wodurch die notwendigen Resultate nicht erreicht werden. Zweitens sieht das jetzige System keine Verantwortlichkeit der Beamten der regionalen Bildungsinstitutionen für die vollständige und fristgerechte Aushändigung der Lehrbücher an die Schüler vor.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass das Ministerium für Bildung und Wissenschaft die Tätigkeit der Zentren, die die Lehrbücher für die Bildungseinrichtungen auf Sekundar-, akademischer und beruflicher Ebene erstellen und herausgeben, nicht koordiniert, was negative Auswirkungen auf die entsprechenden Entscheidungen hatte.

Aufgrund der fehlenden notwendigen Effizienz und Flexibilität wurden die Lehrbücher nicht rechtzeitig herausgegeben und den Benutzern nicht ausgehändigt. Folglich wurden viele neue Lehrbücher gelagert und sind nicht in den Bildungsprozess gelangt. Zudem verfügte ein Teil der Schüler nicht über Lehrbücher, die den neuen Lehrplänen entsprechen (*die Ukraine muss über einen Bildungszeitraum von 12 Jahren bis 2010 einen Umwandlungsprozess vollziehen*).

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft stellte die Transparenz bei der Auswahl bestimmter Bücher nicht sicher, was dazu beitrug, dass Druck zugunsten

einzelner Autoren und Verlage ausgeübt wurde, auch wenn negative Referenzen über diese vorlagen. Trotzdem wurden ihre Bücher genehmigt und verwendet.

Die Prüfungsergebnisse der ukrainischen Rechnungskammer über die Bereitstellung von Lehrbüchern in Bildungseinrichtungen hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, des Parlaments, der Regierung und des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft geweckt. Infolge der Prüfung wurde der diesbezügliche Gesetztext entsprechend geändert. Insbesondere wurde der Regierungserlass über die „Verbesserung der Tätigkeit zur Bereitstellung von Lehrbüchern und Bildungsmitteln für die Schüler und Studenten der Bildungseinrichtungen“ verabschiedet; die entsprechenden Änderungen in den Verfahrensabläufen zur Bereitstellung von Lehrbüchern an Schüler und Studenten wurden vorgenommen, und das System der dafür verantwortlichen Institutionen wurde neu gestaltet.

Die ukrainische Rechnungskammer überwacht die infolge der Prüfung getroffenen Maßnahmen. Jedoch wurden einige der aufgedeckten Probleme, die vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft gelöst werden müssten, nicht vollständig beseitigt.

Die ukrainische Rechnungskammer prüfte die Umsetzung des **öffentlichen Programms zur Informatisierung der Sekundarbildungseinrichtungen und der ländlichen Schulen**. Ziel dieses Programms war, den Lehrern und Schülern ländlicher Schulen den Zugang zu nationalen und internationalen Informationsquellen zu erleichtern, indem die Klassenräume mit Computern ausgestattet und Internetanschlüsse installiert wurden.

Die Prüfung ergab, dass das Programm keine gleichberechtigten Bedingungen an den Schulen in ländlichen Gebieten hergestellt hat. Das Programm hat lediglich 38 % (2.500 Schulen) der insgesamt 6.600 ukrainischen Schulen erfasst.

Zudem betonte die ukrainische Rechnungskammer, dass das Management zur Umsetzung des Programms nicht effizient war. Die Maßnahmen, um ländliche Schulen mit spezialisierten Kanälen auszustatten, wurden nicht mit den verfügbaren, für ihre Herstellung erforderlichen Mitteln koordiniert. Infolgedessen traten technische

Seit in der Ukraine die oben erwähnte Ausbildung von Fachkräften - basierend auf von den Unternehmen bereitgestellten Mitteln - begonnen hat, befindet sich diese noch in der ersten Phase der Entwicklung. Die Schaffung von Berufsausbildungseinrichtungen, die dank staatlicher Haushaltsmittel möglich war, beruht auf dem gesellschaftlichen Bedarf.



Probleme beim Internetanschluss der abgelegensten Regionen auf, die bisher nicht behoben wurden. Was die Umsetzung des Programms betrifft, wurde lediglich die Software gekauft, und diese ist zudem anders konfiguriert.

Die ukrainische Rechnungskammer ist zu dem Schluss gelangt, dass das vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft geschaffene System zur Entwicklung und Ausführung des Informatisierungsprogramms von Sekundarbildungseinrichtungen und ländlichen Schulen weder Transparenz noch Kontrolle besitzt und ineffizient ist. Folglich wurde die Hauptaufgabe dieses Programms, nämlich die Anzahl der Schulen mit spezialisierten Kanälen und Internetanschluss sowie die Anzahl der Lehrer mit Zugang zu diesem Instrument und anderen nationalen sowie internationalen Informationsquellen zu steigern, nicht erfüllt.

Sofern die Empfehlungen der Rechnungskammer befolgt wurden, entsprach das Programm zur Informatisierung der Sekundarbildungseinrichtungen und der ländlichen Schulen dem nationalen Informatisierungsprogramm und seine Umsetzung konnte zusätzlich kontrolliert werden. Auf diese Weise wurde ein System zur Überwachung der Computerkäufe für die Klassenräume errichtet. Der gesetzliche Rahmen zur Erstellung und Anwendung der Softwaretools für den Bildungsprozess wurde entwickelt und eingeführt, und das Weiterbildungssystem für Informatiklehrer wurde umgesetzt.

Die Prüfer der ukrainischen Rechnungskammer untersuchten auch das Problem der effizienten Verwendung staatlicher Haushaltsmittel für die Berufsausbildung.

Neben dem Problem der Arbeitslosigkeit besteht in der Ukraine zudem ein Mangel an qualifiziertem Personal. Mit der Lösung dieses Problems könnte das wirtschaftliche und industrielle Potenzial des Landes erheblich gestärkt werden.

Seit in der Ukraine die oben erwähnte Ausbildung von Fachkräften - basierend auf von den Unternehmen bereitgestellten Mitteln - begonnen hat, befindet sich diese noch in der ersten Phase der Entwicklung. Die Schaffung von Berufsausbildungseinrichtungen, die dank staatlicher Haushaltsmittel möglich war, beruht auf dem gesellschaftlichen Bedarf.

Die ukrainische Rechnungskammer hat die obigen Probleme berücksichtigt und eine **Prüfung der Verwendung durch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft der für die Ausbildung von Arbeitskräften an Berufsausbildungseinrichtungen gemäß dem gesellschaftlichen Bedarf bereitgestellten Mittel** durchgeführt.

Die Prüfer der ukrainischen Rechnungskammer deckten die wichtigsten Probleme auf dem Gebiet der Ausbildung von Arbeitskräften auf. Diese lauten wie folgt: das niedrige Ausbildungsniveau; mangelnde Kontakte zu den Unternehmen; veraltete materielle Ressourcen der Ausbildungseinrichtungen; die Unfähigkeit des Staats, Ausbildung an komplexen technischen Ausrüstungen zu vermitteln; die ungenügende Finanzierungsstruktur der Einrichtungen, die sich darauf konzentrieren musste, eine soziale Komponente der Ausgaben zu gewährleisten (Gehälter, Stipendien, fehlende Kapitalinvestitionen); die psychologischen Vorurteile junger Menschen, die glauben, Facharbeiterberufe hätten keine Zukunft; der Mangel an Arbeitskräften, die zur Arbeit mit Hightech-Ausrüstungen befähigt sind; die fehlende Koordinierung zwischen der Ausbildung von Arbeitskräften, dem regionalen Bedarf und den Bedürfnissen der Unternehmer im Einzelnen. Diese Umstände führen zu einer Verzerrung auf dem Arbeitsmarkt, da keine Nachfrage nach ausgebildetem Personal mit der vorhandenen Qualifikation besteht. Zugleich, wenn man die Nachfrage nach hoch qualifizierten, komplexe technische Ausrüstungen beherrschenden Arbeitskräften berücksichtigt, sieht das ukrainische Ministerium für Bildung und Wissenschaft lediglich 27,4 % der gesamten Bildungsausgaben für deren Ausbildung vor.

Die gegenwärtige Ausweitung des Katalogs an Ausbildungsberufen trägt nicht dazu bei, Standards für die Berufsausbildung festzulegen. Erst seit fünf Jahren besteht eine neue Spezialisierung.

Die von der ukrainischen Rechnungskammer durchgeführten Prüfungen haben ergeben, dass die Berufsausbildungseinrichtungen ihrer Hauptaufgabe nicht nachkommen: die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte. Zudem werden sie für den sozialen Schutz unterprivilegierter Gruppen junger Menschen eingesetzt. Im Rahmen der Haushaltsausgaben für Berufsaus-

Dem gesellschaftlichen Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften gerecht zu werden, wird dank der staatlichen Haushaltsmittel durch die jährliche Erstellung, Haushaltszuteilung und Ausführung eines Staatserlasses über die Ausbildung von Fachkräften mit akademischer Bildung umgesetzt. Über 5 % der staatlichen Haushaltsausgaben stehen jährlich für diesen Zweck bereit.



bildung besitzen Ausgaben für Beihilfen, Stipendien, Essenszuschüsse usw. Präferenz. Zuteilungen für den Kauf von Ausbildungsgeräten sind nicht vorgesehen, weshalb eine Ausbildung nur in einfachen Berufen ohne Prestige erfolgt.

Auf Grundlage der Prüfungsergebnisse stellte die ukrainische Rechnungskammer eine Reihe von Vorschlägen vor, die größtenteils befolgt wurden. Konkret hat das Ministerium für Bildung und Wissenschaft das Verfahren zur Bestimmung des gesellschaftlichen Ausbildungsbedarfs an Arbeitskräften unter Berücksichtigung der regionalen Bedürfnisse sowie der Anforderungen der Unternehmerschaft korrigiert. Im Jahr 2006 wurden 51 neue, auf moderne Technologien ausgerichtete Spezialisierungen eingeführt. Ebenfalls wurde eine Zusammenarbeit mit den Unternehmen geschaffen, wodurch die Zahl der Lernenden mit Arbeitsvertrag bei Unternehmen und Einrichtungen gesteigert werden konnte.

Zugleich sind noch einige Probleme durch gesetzgeberische Kontrolle sowie durch einen Wandel der staatlichen Politik auf diesem Gebiet zu lösen. Wir überwachen die Umsetzung unserer Empfehlungen ständig, um sie nachzuvollziehen.

Die Verwendung der staatlichen Haushaltsmittel für akademische Bildung steht

unter der ständigen Kontrolle der ukrainischen Rechnungskammer. In den vergangenen Jahren sind beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft sowie bei anderen Zentralbehörden eine Reihe von Prüfungen auf diesem Gebiet erfolgt.

Dem gesellschaftlichen Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften gerecht zu werden, wird dank der staatlichen Haushaltsmittel durch die jährliche Erstellung, Haushaltszuteilung und Ausführung eines Staatserlasses über die Ausbildung von Fachkräften mit akademischer Bildung umgesetzt. Über 5 % der staatlichen Haushaltsausgaben stehen jährlich für diesen Zweck bereit.

Im Zeitraum 2000-2008 hat sich die Zahl der Studenten an höheren Bildungseinrichtungen um das 1,5-fache erhöht und liegt damit bei über 2,8 Mio. Personen (Diagramm 1).

Die wichtigsten Probleme bei der Erstellung und Ausführung des Staatserlasses über die Ausbildung von Fachkräften mit akademischer Bildung lauten:

- Das niedrige Ausbildungsniveau der Fachkräfte im Hinblick auf den gesellschaftlichen Bedarf unter Berücksichtigung der langfristigen Sichtweise öffentlicher Kunden.

Die Wirksamkeit und Effizienz aller Kontrollmaßnahmen, auch auf dem Gebiet der Bildung, konnten dank der transparenten Tätigkeit der ukrainischen Rechnungskammer erzielt werden.

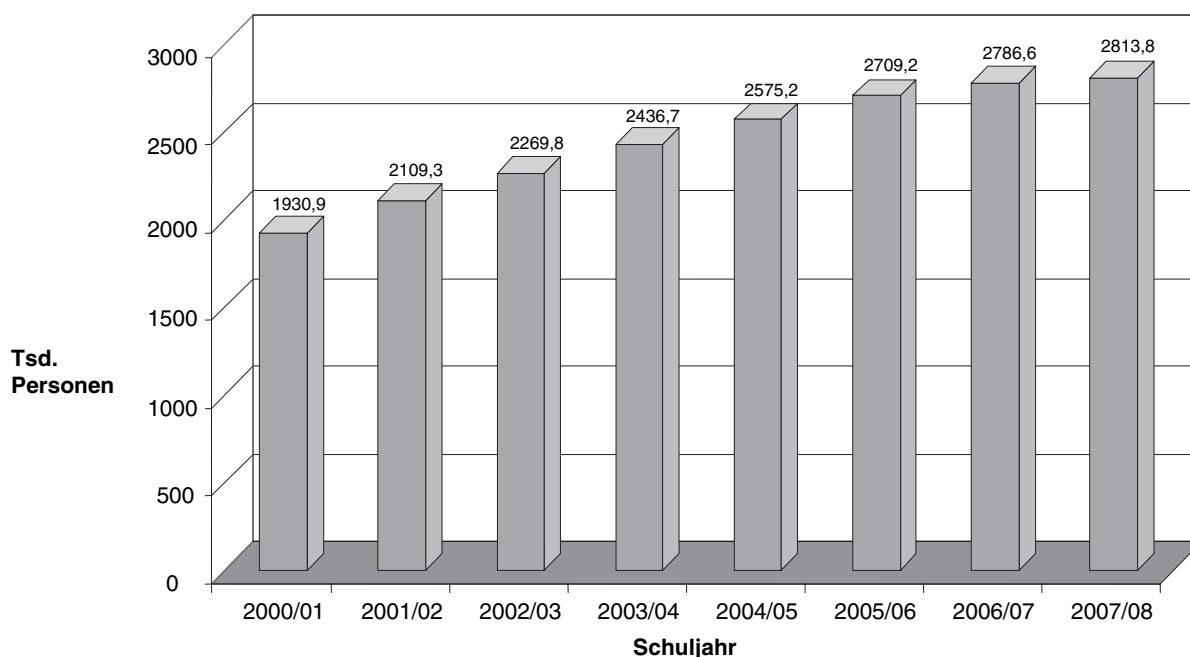


Diagramm 1: Studentenstruktur an höheren Bildungseinrichtungen

– Mangelnde Koordinierung zwischen Kunden, höheren Bildungseinrichtungen und Unternehmern in Bezug auf die Einstellung junger Fachkräfte.

– Einige Aspekte der höheren Bildung und des gesellschaftlichen Bedarfs bei der Ausbildung von Fachkräften sind gesetzlich nicht geregelt.

– Fehlende Kontrolle der Ausbildungsqualität von Fachkräften an höheren Bildungseinrichtungen sowie fehlende Verantwortlichkeit der öffentlichen Kunden wegen unsachgemäßer Aufstellung und Ausführung des Staatserlasses.

Folglich ist der Inlandsarbeitsmarkt für einige beliebte Fachrichtungen (Rechtswälle, Wirtschaftswissenschaftler, bestimmte Fachärzte) gesättigt, was dazu führt, dass es in diesen Bereichen immer mehr Arbeitslosigkeit gibt, während die Nachfrage nach spezialisierten Ingenieuren nicht gedeckt wird. Trotzdem erhöht das Ministerium für Bildung und Wissenschaft weiterhin die Unterstützung für Universitätsabschlüsse an höheren Bildungseinrichtungen, an denen Fachkräfte ausgebildet werden, die später keine Arbeit finden werden. Diese Situation belegt die irrationale und ineffiziente Verwendung der Haushaltsmittel.

Bei den Prüfungen treten regelmäßig Verstöße gegen die Lizenzen zur Immatrikulation und Erteilung von Studienabschlüssen für Fachkräfte an höheren Bildungseinrichtungen zutage.

Wenn eine Qualitätsprüfung zum geeigneten Zeitpunkt stattfindet, kann die Aufmerksamkeit der Beamten geweckt werden, damit sie den angemessenen Bedarf an Fachkräften aus Sicht der einzelnen Fachrichtungen festlegen und damit die Unterstützung des Staatserlasses für an höheren Bildungseinrichtungen ausgebil-

dete Fachkräfte gesenkt wird (10 % mehr im Jahr 2007 als in 2006). Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft hat die Kontrolle über die Erteilung von Lizenzen für höhere Bildungseinrichtungen und die Ausstellung von Studienabschlüssen durch diese Einrichtungen verstärkt. Als Ergebnis haben über 75 höhere Bildungseinrichtungen (7,7 % ihrer Gesamtzahl) ihre Tätigkeit eingestellt. Auch die Kontrolle über die Einstellung von Universitätsabsolventen wurde verstärkt. Ordnungsgemäß tätige Vermittlungsagenturen unter dem Dach der höheren Bildungseinrichtungen wurden eingeführt.

Die Wirksamkeit und Effizienz aller Kontrollmaßnahmen, auch auf dem Gebiet der Bildung, konnten dank der transparenten Tätigkeit der ukrainischen Rechnungskammer erzielt werden.

Die Informationen über die Prüfungsergebnisse einschließlich der Schlussfolgerungen, Vorschläge und Empfehlungen wurden dem Parlament, dem Präsidenten der Ukraine, dem Ministerrat und den geprüften Einrichtungen übermittelt, um die aufgedeckten Verstöße und Mängel zu beheben. Außerdem wurden sie an die Kommunikationsmedien gesandt und im Internet sowie in Mitteilungsblättern veröffentlicht. Die Umsetzung der Vorschläge und Empfehlungen der ukrainischen Rechnungskammer durch die geprüften Einrichtungen wird ständig überwacht.

Die Rechnungskammer, die sich der Dringlichkeit der Fragestellungen zur Verwendung der Haushaltsmittel für die Bildung auf allen Bevölkerungsebenen bewusst ist, möchte regelmäßig Einhaltungsprüfungen zu verschiedenen Problemfeldern im Bildungsbereich durchführen und Vorschläge sowie Empfehlungen zur Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz der Haushaltsausgaben erarbeiten.

Die Prüfer der ukrainischen Rechnungskammer untersuchten auch das Problem der effizienten Verwendung staatlicher Haushaltsmittel für die Berufsausbildung.



Der XIX. INTOSAI-Kongress

Mexiko 2007

ORKB von Mexiko

Der XIX. Kongress der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) fand vom 4. bis 10. November 2007 in Mexico-City statt. Es war der am besten besuchte Kongress in der Geschichte der Organisation, denn er brachte 480 Delegierte von 145 Mitglieds-ORKB zusammen, dazu 21 Beobachter und fast 60 Begleitpersonen.

Der XIX. Kongress der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) fand vom 4. bis 10. November 2007 in Mexico-City statt.

Es war der am besten besuchte Kongress in der Geschichte der Organisation, denn er brachte 480 Delegierte von 145 Mitglieds-ORKB zusammen, dazu 21 Beobachter und fast 60 Begleitpersonen. Zu den teilnehmenden internationalen Beobachtern gehörten das Institut für interne Revision IAA, die Interamerikanische Wirtschaftsprüfvereinerung IFAC, die Weltbank, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD sowie die Vereinten Nationen.

Die XIX. Ausgabe des INCOSAI bot den Teilnehmern Gelegenheit zur Diskussion und zum Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen zu Fragestellungen auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung und der Rechnungslegung. Das Präsidium genehmigte die Diskussion zweier für die Gemeinschaft relevanter Fachthemen, für die Deutschland bzw. die USA verantwortlich zeichneten.

So drehten sich die Diskussionen auf den Plenarsitzungen des Kongresses um „Staatsschulden, deren Verwaltung, Rechenschaftspflicht und Prüfung“ als Thema I sowie um „Evaluationssysteme der Wirtschaftlichkeit anhand von allgemein akzeptierten Schlüsselindikatoren“ als Thema II. In beiden Fällen wurden nach den Diskussionssitzungen Empfehlungen und Beschlüsse aufgestellt.

Die *Beschlüsse von Mexiko* fassen die Ergebnisse dieser Fachdiskussionen zusammen. Sie werden als Basisbezugspunkt für die auf diesen Gebieten aufgedeckten Aspekte dienen. Außerdem sehen sie die Schaffung von Ausbildungsprogrammen im Bereich der Prüfung von Staatsschulden für alle INTOSAI-Regionen, die Verbreitung fachlicher Informationen für Prüfungen auf diesem Gebiet sowie Vorschläge für die Entwicklung und Anwendung nationaler Schlüsselindikatoren für ORKB vor.

Als zweites Resultat des XIX. INCOSAI ist die Auswertung von Berichten über die Tätigkeit und Erfolge aller regionalen Arbeitsgruppen und Task Forces der INTOSAI zu nennen. So wurden zwei bereits bestehende Arbeitsgruppen ange-



73

Parallel zum Kongress fanden die 56. und 57. Sitzung des INTOSAI-Präsidiums statt, das durch die Aufnahme der ORKB von Südafrika, China, der Elfenbeinküste, der Russischen Föderation und der Libysch-Arabischen Volksrepublik erneuert wurde.



Gruppenfoto des XIX. INCOSAI.

sichts der Erweiterung ihres Aufgabengebiets umbenannt: die Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der internationalen Geldwäsche und Korruption unter Vorsitz der ORKB von Peru und die Arbeitsgruppe Privatisierung, Wirtschaftsregulierung und Public Private Partnerships (PPP) unter Vorsitz der ORKB Großbritanniens.

In diesem Tätigkeitsrahmen erfolgten diverse Änderungen bezüglich Ziel 3 „Austausch von Wissen“ mit der Bildung der Arbeitsgruppe „Wert und Nutzen der ORKB“ unter Vorsitz Südafrikas, der Arbeitsgruppe „Nationale Schlüsselindikatoren“ unter Vorsitz der Russischen Föderation, der INTOSAI-Task Force „Kommunikationsstrategie“ unter Verantwortung der ORKB Österreichs (Generalsekretariat) sowie der Task Force „Plattform INTOSAI-Vereinigte Nationen“, deren Leitung die ORKB von Korea übernehmen wird.

Zu erwähnen ist auch, dass die Mitgliederliste der INTOSAI durch die Genehmigung zur Aufnahme zweier Neumitglieder erweitert wurde: die ORKB von Montenegro und von Singapur. Damit bilden bereits 188 Nationen diese wichtige Organisation, die sich mit den Belangen der Prüfung der Exekutive sowie der öffentlichen Rechnungskontrolle befasst. Des Weiteren wurden die Mitgliedsbeiträge zum ersten Mal seit 1983 erhöht, um über die für die Tätigkeit der Organisation notwendigen Mittel zu verfügen.

Zudem wurden auf dem Kongress 18 offizielle Resultate gebilligt, die u. a. Tendenzen und Leitlinien für grundlegende Verhaltensweisen und gute Praktiken zur Prüfung der Finanzrechnungskontrolle und Umweltprüfung, Normen für interne Kontrolle, die Wirtschaftlichkeitsprüfung von Staatsschulden sowie die INTOSAI-Kommunikationspolitik zum Gegenstand haben.

Unter diesen Produkten hebt sich die *Deklaration von Mexiko zur Unabhängigkeit der ORKB* über die bessere Funktionsausübung der Behörden bei der Prüfung öffentlicher Mittel ab. Diese Deklaration umfasst acht Prinzipien, nämlich:

1. Existenz eines geeigneten verfassungsmäßigen Rahmens sowie von Sekundärbestimmungen zur Gewährleistung seiner korrekten Anwendung.
2. Unabhängigkeit der obersten Instanz der ORKB einschließlich der Sicher-

heit ihres Amtes und der rechtlichen Immunität bei der Erfüllung ihrer Pflichten.

3. Ausreichend umfassender Auftrag und volle Befugnisse zur angemessenen Wahrnehmung der Funktionen als ORKB.

4. Unbeschränkter Zugang der ORKB zu den zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigten Informationen.

5. Recht und Pflicht der ORKB zur Information über ihre Tätigkeit.

6. Entscheidungsfreiheit der ORKB über den Inhalt und die Sachgemäßheit ihrer Prüfungsberichte sowie deren Veröffentlichung und Verbreitung.

7. Existenz wirksamer Mechanismen zur Nachverfolgung der von der ORKB abgegebenen Empfehlungen.

8. Finanzielle und Leitungs-/Verwaltungsunabhängigkeit der ORKB sowie Gewährleistung der Verfügbarkeit geeigneter und ausreichender menschlicher, materieller und wirtschaftlicher Ressourcen.

Parallel zum Kongress fanden die 56. und 57. Sitzung des INTOSAI-Präsidiums statt, das durch die Aufnahme der ORKB von Südafrika, China, der Elfenbeinküste, der Russischen Föderation und der Libysch-Arabischen Volksrepublik erneuert wurde.

Das Organisationskomitee des Kongresses, das aus nahezu einhundert aufgrund ihrer sprachlichen, administrativen und Führungsfähigkeiten, ihres Engagements und Verantwortungsbewusstseins sorgfältig ausgewählten Mitgliedern bestand, befasste sich mit der Planung und Umsetzung diverser Aktivitäten im Rahmen der Veranstaltung. So konnten die Teilnehmer neben den fachlichen Arbeiten des Kongresses ein wenig die Kultur des Gastgeberlandes kennenlernen und hatten zwischen fachlichen Diskussionen Zeit für Vergnügen und den informellen Austausch mit anderen Delegierten.

Die Eröffnungszeremonie, bei der der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko, Herr Felipe Calderón Hinojosa, zugegen war, fand im Nationalpalast statt, eines der repräsentativsten Gebäude der mexikanischen Geschichte. Im Palast der Schönen Künste, eines der architektonischen Schmuckstücke von Mexico-City, wurde eine Aufführung von internationalem Niveau geboten: das Ballet Folclórico de México, das die künstlerischen Traditio-

Anlässlich des XIX. Kongresses übernahm die ORKB von Mexiko, die Auditoría Superior de la Federación, den Vorsitz des INTOSAI-Präsidiums für den Zeitraum 2007-2010.



nen des Landes darbietet. Auch besuchten die Teilnehmer die archäologische Stätte Teotihuacan, ein unvergleichbarer Schatz der prähispanischen Kulturen. Den Begleitpersonen wurde ein Besuch in Taxco, der für ihre Silberarbeiten und ihr Kunsthandwerk berühmten Kolonialstadt, geboten sowie ein Rundgang durch das historische Zentrum von Mexico-City, bei dem sie die Architektur dieses ersten Quadranten der Metropole kennenlernen konnten. Abschließend fand im Palacio de Medicina das Abschlussabendessen des Kongresses mit Beteiligung des Regierungschefs von Mexico-City statt.

Anlässlich des XIX. Kongresses übernahm die ORKB von Mexiko, die Auditoría Superior de la Federación, den Vorsitz des INTOSAI-Präsidiums für den Zeitraum 2007-2010. In diesem Zusammenhang verpflichtete sich der Oberste Rechnungsprüfer der Föderation, Herr Arturo González de Aragón, zur Förderung des technischen Fortschritts und der Kontakte zwischen den INTOSAI-Mitgliedern, um Erfahrungen und Kenntnisse innerhalb der ORKB-Weltgemeinschaft auszutauschen, ganz gemäß der Geisteshaltung, die im Motto der INTOSAI zum

Ausdruck kommt: „Geteilte Erfahrungen nützen allen“.

Des Weiteren wird gemeinsam und koordiniert mit der ORKB von Indien gearbeitet, die mit dem Zusammenarbeitsinstrument beauftragt ist, das ein Mittel zur ständigen Interaktion aller INTOSAI-Mitglieder bietet, damit die Verpflichtungen gegenüber dem Vorsitz des Präsidiums vollständig erfüllt und die Vorteile der Schnelligkeit und Unmittelbarkeit moderner Technologien genutzt werden.

Auf diese Weise soll das Qualitätsniveau der INTOSAI mit dem Ziel der ständigen Verbesserung aufrecht erhalten werden, sodass der neue Vorsitzende des Präsidiums bei seiner Wahl im Jahr 2010 eine aktive, funktionale und den Prinzipien der Transparenz und Rechenschaft verpflichtete Organisation übernimmt.

Der XX. INCOSAI wird in Johannesburg/Südafrika stattfinden, wo neue Themen mit Relevanz für die Rechnungskontrolle und das Exekutivmanagement behandelt werden. Nur durch den ständigen Austausch von Wissen und Erfahrung können wir auf dem Weg der Prüfung öffentlicher Mittel zum Wohle der Nationen vorankommen.



Internationale Standards der Obersten Rechnungskontrollbehörden

KRISTOFFER BLEGVAD UND ANE ELMOSE
Berater

(PSC/RIGSREVISIONEN – ORKB VON DÄNEMARK)

Der XIX. INCOSAI in Mexiko, November 2007, befürwortete den Vorschlag des INTOSAI-Komitees für fachliche Normen (PSC), alle offiziellen Dokumente der INTOSAI in einem einheitlichen Rahmenwerk zusammenzufassen.

Daher wurde eine neue Website www.issai.org gestartet, um die Normen und Richtlinien der INTOSAI Rechnungsprüfern weltweit leicht zugänglich zu machen. Die Website gibt einen verbesserten Überblick über alle derzeit geltenden ISSAIs sowie INTOSAI GOVs (INTOSAI Leitlinien für Good Governance) und informiert über neue, in der Vorbereitung befindliche ISSAIs. Sie enthält sämtliche vom jeweiligen Komitee oder der zuständigen Arbeitsgruppe bereitgestellten Dokumente in den fünf offiziellen INTOSAI-Sprachen – bereit zum Ausdrucken und Anwenden.

Die Dokumente sind systematisch anhand einer Reihe von Einordnungskriterien nummeriert. So wird die Hierarchie der Dokumente klar und die Position der einzelnen Dokumente im Gesamtrahmen leichter sichtbar. Des Weiteren erleichtert die Nummerierung die Bezugnahme auf verschiedene Dokumente.

ISSAIs und INTOSAI GOVs

Auch wenn in den kommenden drei Jahren noch viel zu tun ist, werden Sie schon jetzt viele hilfreiche Dokumente auf der ISSAI-Website finden. An der Spitze der Hierarchie steht die Deklaration von Lima, die ISSAI 1 entspricht. Niveau 2 im INTOSAI-Rahmenwerk bilden die ISSAIs über die grundlegenden Voraussetzungen für das einwandfreie Funktionieren und professionelle Verhalten der ORKB. Niveau 3 der Hierarchie

– durch die dreistellige Nummerierung angezeigt – betrifft wesentliche Prüfungsgrundsätze. Hier finden Sie die vier Kapitel der existierenden INTOSAI-Prüfungsnormen, die in vier separate Dokumente mit den Nummern ISSAI 100 bis ISSAI 400 gegliedert wurden. Niveau 4 der Hierarchie enthält alle von den Unterkomitees des PSC sowie den Task Forces und Arbeitsgruppen im Rahmen von Ziel 3 entwickelten Prüfungsrichtlinien. Es umfasst Anwendungsrichtlinien zur Prüfung der Rechnungsführung, zur Wirtschaftlichkeitsprüfung sowie zur Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen. Die Richtlinien zur Prüfung der Rechnungsführung werden in Zusammenarbeit mit der International Federation of Accountants (IFAC) entwickelt. Sie basieren auf den Internationalen Rechnungsprüfungsstandards (ISA) der IFAC und die ISSAI-Nummer bezieht sich auf die von der IFAC verwendete Nummerierung. Beispielsweise wird die Richtlinie ISSAI 1300 „Planung von Abschlussprüfungen“ aus ISA 300 und einem Praxiskommentar des PSC-Unterkomitees für Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung bestehen. Der Praxiskommentar enthält relevante Orientierungshilfen für die Prüfung der Rechnungsführung im öffentlichen Sektor zusätzlich zu den Anleitungen der ISA. Außerdem wird Niveau 4 spezifische Richtlinien über die Prüfung internationaler Institutionen, über Umweltprüfung, Privatisierung, IT-Prüfung und die Prüfung von Staatsschulden enthalten.

Unter www.issai.org finden Sie zudem die INTOSAI GOVs. Diese bilden eine separate Kategorie von Dokumenten, da sie nicht das Verhalten der ORKB betreffen, sondern von der INTOSAI herausgegeben werden, um Verwaltungsbehörden Orientierungshilfen zu bieten. Die INTOSAI GOVs umfassen Richtlinien zu internen

Auch wenn in den kommenden drei Jahren noch viel zu tun ist, werden Sie schon jetzt viele hilfreiche Dokumente auf der ISSAI-Website finden.



Kontrollstandards, entwickelt vom PSC-Unterkomitee für interne Kontrolle, sowie den bestehenden Rahmen der INTOSAI-Prüfungsnormen.

Weiterentwicklung von ISSAIs und INTOSAI GOVs

Der XIX. INCOSAI stützte auch das neue Mandat des Komitees für fachliche Normen für den Zeitraum 2007-2010 und steckte einen ehrgeizigen Arbeitsplan für die kommenden drei Jahre ab. Der Strategieplan beauftragte den PSC mit der Entwicklung von Grundsätzen zur Transparenz und Rechenschaftslegung der ORKB, die nun planungsgemäß zur ISSAI 20 werden sollen. Zwecks Vervollständigung von Niveau 2 hat der PSC zudem beschlossen, eine neue ISSAI 40 über die Qualitätskontrolle der Rechnungsprüfung zu erstellen. Die Erstellung dieser Dokumente wird im Rahmen zweier Projekte unter dem Dach des PSC-Steuerungskomitees sowie unter Vorsitz der ORKB Frankreichs bzw. Neuseelands erfolgen.

Im Rahmen des neuen Mandats beabsichtigt der PCS ebenfalls, eine umfassende Reihe von Richtlinien für die Prüfung der Rechnungsführung, der Wirtschaftlichkeitsprüfung sowie der Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen bereitzustellen. Innerhalb von drei Jahren wird das INTOSAI-Rahmenwerk so eine vollständige Reihe von Prüfungsrichtlinien umfas-

sen, die alle ISAs abdecken (ISSAI 1000-2999). Zusätzliche Richtlinien werden entwickelt, um Orientierung auf ORKB-spezifischen und deshalb in den ISAs nicht behandelten Gebieten zu geben. Das neue, im Jahr 2005 geschaffene Unterkomitee für Wirtschaftlichkeitsprüfung wird neue Unterstützung zur Methodik der Wirtschaftlichkeitsprüfung bieten. Dies wird die seit 2004 bestehenden Richtlinien zur Wirtschaftlichkeitsprüfung (ISSAI 3000) ergänzen. Das Unterkomitee für die Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen wird eine allgemeine Richtlinie zur Zusammenfassung der grundlegenden Definitionen dieser Prüfungsart (ISSAI 4000) herausgeben, eine Richtlinie über die Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen in Verbindung mit der Prüfung von Finanzberichten gemäß ISA (ISSAI 4100) sowie Richtlinien über die anderweitige Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen, z. B. als separate Prüfung oder in Verbindung mit der Wirtschaftlichkeitsprüfung (ISSAI 4200).

Der Erfolg des neuen INTOSAI-Rahmenwerks wird nicht nur von der Qualität der Richtlinienstandards abhängen, sondern auch davon, in welchem Maß sie von Rechnungsprüfern des öffentlichen Sektors weltweit genutzt werden. Die neue Website steht bereits zur Verfügung. Bitte schauen Sie sie durch und helfen Sie uns, indem sie Sie an Ihre Kollegen und Kontakte weitergeben: www.issai.org gehört Ihnen – nutzen Sie sie! ¹

Unter www.issai.org finden Sie zudem die INTOSAI GOVs. Diese bilden eine separate Kategorie von Dokumenten, da sie nicht das Verhalten der ORKB betreffen, sondern von der INTOSAI herausgegeben werden, um Verwaltungsbehörden Orientierungshilfen zu bieten. Die INTOSAI GOVs umfassen Richtlinien zu internen Kontrollstandards, entwickelt vom PSC-Unterkomitee für interne Kontrolle, sowie den bestehenden Rahmen der INTOSAI-Prüfungsnormen.



¹ Gemäß dem XIX. INCOSAI werden alle offiziellen INTOSAI-Dokumente über die Rolle und Funktionsweise der ORKB als **ISSAIs - International Standards of Supreme Audit Institutions** bezeichnet. Offizielle INTOSAI-Dokumente zur Orientierungshilfe für öffentliche Behörden im Hinblick auf die einwandfreie Verwaltung öffentlicher Mittel werden als **INTOSAI GOVs - INTOSAI Leitlinien für Good Governance** bezeichnet.

Übertragung des Vorsitzes der INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung an das National Audit Office von Estland – ein Mitglied der EUROSAI

DIE OBERSTE RECHNUNGSKONTROLLBEHÖRDE VON ESTLAND UND DAS SEKRETARIAT DER INTOSAI-ARBEITSGRUPPE FÜR UMWELTPRÜFUNG

Der Wechsel des Vorsitzes sowie des Sekretariats der INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung (WGEA) von Kanada nach Estland fand auf dem XIX. INCOSAI im Jahr 2007 statt, und die Umsetzung des neuen WGEA-Arbeitsplans für den Zeitraum 2008-2010 hat gerade unter Leitung durch das National Audit Office von Estland begonnen.



78

Der Wechsel des Vorsitzes sowie des Sekretariats der INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung (WGEA) von Kanada nach Estland fand auf dem XIX. INCOSAI im Jahr 2007 statt, und die Umsetzung des neuen WGEA-Arbeitsplans für den Zeitraum 2008-2010 hat gerade unter Leitung durch das National Audit Office von Estland begonnen. Für die neue Arbeitsperiode hat die INTOSAI-WGEA fünf Strategieziele und die dazugehörigen Maßnahmen einschließlich der Erarbeitung verschiedener Richtlinien, Schulungsvereinbarungen usw. aufgestellt. Insgesamt wurden von verschiedenen Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) 11 Projektpläne erstellt. Das WGEA-Steuerungskomitee wird alle Projektpläne prüfen und auf der 7. Sitzung vom 6. bis 9. Mai 2008 in Tallinn/Estland genehmigen. Unter Berücksichtigung des zentralen Themas der Arbeitsperiode – der Klimawandel – wurden mehrere interessante und hilfreiche Maßnahmen zur Umsetzung geplant, und mehrere EUROSAI-Mitglieder sind Projektleiter. Beispielsweise wird die Entwicklung von Anleitungsmaterialien zur Prüfung der Regierungsanstrengungen im Hinblick auf erneuerbare Energien von der ORKB der Tschechischen Republik geleitet, und Anleitungsmaterialien zu natürlichen Ressourcen sowie den entsprechenden Umweltauswirkungen nach Branchen werden unter folgender Federführung erstellt: Forstwirtschaft (ORKB von Indonesien), Minerali-

en und Bergbau (ORKB von Tansania), Fischwirtschaft (ORKB von Südafrika). Eine wichtige umfassende Tätigkeit der Arbeitsplanung besteht im Entwurf und der Durchführung einer multiregionalen koordinierten Prüfung zum Klimawandel (unter Leitung der ORKB von Kanada). Diese ORKB steht auch in engem Zusammenhang mit der Erstellung von Anleitungsmaterialien für die Prüfung zum Klimawandel (hier ist die ORKB von Norwegen federführend). Der ORKB von Polen wird die Durchführung der Prüfung zum Klimawandel in der europäischen Region obliegen. Jede vorgeschlagene Maßnahme erfordert, dass eine ORKB als umfassender Projektleiter auftritt. Projektleiter sind für viele Aspekte eines Projekts verantwortlich, einschließlich der Erstellung individueller Arbeitspläne und Fortschrittsberichte, der Organisation von Treffen und Beratungen, der Genehmigung von Entwürfen sowie der Kommunikation mit dem Steuerungskomitee und allen WGEA-Mitgliedern.

Im Verlauf der Entwicklung einer langfristigen Perspektive für die WGEA umfasst der Arbeitsplan Tätigkeiten zur Erarbeitung einer formellen Kooperationsstrategie mit externen Organisationen mit gemeinsamen Interessen. Die Strategieentwicklung untersteht der ORKB von Estland in Zusammenarbeit mit den ORKB von Polen und Kanada. Um für anhaltende Kommunikation und Einbindung während der gesamten Strategie zu sorgen, sieht die Projektumset-

Der ORKB von Polen wird die Durchführung der Prüfung zum Klimawandel in der europäischen Region obliegen. Jede vorgeschlagene Maßnahme erfordert, dass eine ORKB als umfassender Projektleiter auftritt.

zung die Kooperation mit Regionalen Arbeitsgruppen für Umweltprüfung (RWGEAs) vor. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der WGEA und den RWGEAs ist eine wichtige Zielsetzung dieser neuen Arbeitsperiode. Herr Mihkel Oviir als Vorsitzender für die neue WGEA-Arbeitsperiode (zugleich wurde er erneut für die kommenden 5 Jahre zum Generalprüfer Estlands ernannt) hat sich die Herausforderung gesetzt, engere Kontakte mit externen Organisationen sowie mit regionalen Arbeitsgruppen herzustellen. Bereits im Oktober 2007 besuchte die Delegation der estnischen ORKB unter Leitung des Generalprüfers Mihkel Oviir die ORKB von China. Eines der behandelten Themen war die weitere Zusammenarbeit zwischen dem Regionalkoordinator und dem Vorsitz der WGEA. Im April 2008 nahm das WGEA-Sekretariat am 5. Treffen der RWGEA der SPASAI teil: Dort wurden die WGEA-Projektpläne vorgestellt und Perspektiven für eine gegenseitige Kooperation erörtert.

Die ORKB von Estland hat den Entwurf einer neuen optischen Identität der WGEA veranlasst, die nun fertiggestellt ist. Auch eine Website mit „Häufig gestellten Fragen“, die im Dokument *Evolution and Trends in Environmental Auditing* erscheinen, soll entwickelt werden. Zudem ist geplant, eine neue Website über Biodiversität zu erstellen (vergleichbar mit den aktuellen Schwerpunktseiten für Wasser und Abfall). Auf der neuen Website werden Informationen zu Umweltprüfungen anhand der Daten, die aus der im Rahmen der zur Jahresmitte gestarteten jährlichen Datenerhebung über Umweltprüfungen stammen, aktualisiert. Informationen über neue Umweltprüfungen des Jahres 2007 dürften auf der Website ab Ende September 2008 zur Verfügung stehen.

Nach der 7. Sitzung des Steuerungskomitees ist das nächste wichtige Ereignis für die WGEA das 12. WGEA-Treffen in Doha/Qatar vom 25. bis 29. Januar 2009.

Nach der 7. Sitzung des Steuerungskomitees ist das nächste wichtige Ereignis für die WGEA das 12. WGEA-Treffen in Doha/Qatar vom 25. bis 29. Januar 2009.

Kooperationsprüfungen als praktische Form zum Austausch von Prüfungserfahrungen Kooperationsrahmen zwischen Obersten Rechnungskontrollbehörden

DR. PÁL BECKER

ERSTER STELLVERTRETENDER GENERALDIREKTOR DER OBERSTEN
RECHNUNGSKONTROLLBEHÖRDE VON UNGARN

Auf dem XIII. INCOSAI in Berlin im Jahr 1989 wurde festgestellt, dass die Kontakte und der Erfahrungsaustausch zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) der europäischen Länder gestärkt werden müssten, um die Konvergenz verschiedener Systeme, Verfahren und Methoden zur Prüfung des öffentlichen Sektors zu erleichtern und die Effizienz der eigenen Tätigkeit sowie gemeinsamer Aktivitäten zu steigern.

Auf dem XIII. INCOSAI in Berlin im Jahr 1989 wurde festgestellt, dass die Kontakte und der Erfahrungsaustausch zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) der europäischen Länder gestärkt werden müssten, um die Konvergenz verschiedener Systeme, Verfahren und Methoden zur Prüfung des öffentli-

chen Sektors zu erleichtern und die Effizienz der eigenen Tätigkeit sowie gemeinsamer Aktivitäten zu steigern.

Zur Förderung einer effizienten Rechnungsprüfung und zur Anhebung ihrer Standards unterhält das State Audit Office von Ungarn (SAO) bilaterale sowie multi-



laterale internationale Beziehungen. Das SAO nutzt die im Rahmen dieser Kooperation gewonnenen Erfahrungen zur Anhebung der fachlichen Standards seiner Prüfungen und leistet durch Erfahrungstransfer einen Beitrag zur professionellen Entwicklung von Partnerinstitutionen. Die bilateralen und multilateralen Vereinbarungen des SAO zielen auf den Austausch fachlicher Erfahrungen und die Entwicklung nationaler Prüfungsmethoden durch ständige fachliche Beratungen und die Durchführung verschiedener Prüfungen.

Die zwei wichtigsten Prüfungsarten – die Prüfung der Ordnungsgemäßheit sowie Wirtschaftlichkeit – können bei Prüfungen Anwendung finden, die aufgrund internationaler Vereinbarungen erfolgen. Im Hinblick auf die Kooperation lassen sich laut INTOSAI-Definition drei Prüfungsarten unterscheiden: parallele, gemeinsame und koordinierte Prüfungen.

Bei **Simultan- oder Parallelprüfungen** führen zwei oder mehr ORKB eine Prüfung mehr oder weniger gleichzeitig auf Grundlage ähnlicher Prüfungsprogramme durch. Jede ORKB setzt für die Prüfung ein separates Prüfungsteam ein und berichtet die Prüfungsergebnisse ausschließlich ihren jeweiligen Behörden, normalerweise der Legislative. Ein Vorteil von Parallelprüfungen besteht darin, dass im Prüfungsverlauf keine internationalen rechtlichen Schwierigkeiten auftreten, da jede ORKB nur ihre jeweiligen nationalen Vorschriften beachten muss. Jedoch ist die Wirksamkeit solcher Prüfungen im Vergleich zu gemeinsamen oder koordinierten Prüfungen geringer. Des Weiteren bestätigt die Erfahrung, dass Parallelprüfungen zeitaufwendig sind. Es ist sehr schwierig, die Prioritäten zweier ORKB bezüglich Prüfung, Zeitplanung und sonstiger Tätigkeiten im Voraus zu planen und zu koordinieren. Zugleich aber können Parallelprüfungen Informationen ergeben, die nicht ersichtlich würden, wenn die beiden ORKB ihre jeweilige Prüfung vollkommen unabhängig voneinander durchführten.

Bei der **gemeinsamen Prüfung** wird die Arbeit von einem Prüfungsteam übernommen, dessen Mitglieder die ORKB der zwei oder mehr Länder vertreten. Ein einziger gemeinsamer Bericht über die gemeinsame Prüfung wird erstellt, der in allen beteiligten Ländern veröffentlicht wird. Ein Vorteil gemeinsamer Prüfungen liegt z. B. darin, dass

sie im Vergleich zu Parallelprüfungen leichter zu koordinieren und zu leiten sind, wodurch Personal gespart werden kann. Ein weiterer Vorteil ist, dass sie wesentlich mehr Informationen bringen, auch wenn gemeinsame Unterredungen schwieriger planbar und durchführbar sind. Auch ein gemeinsamer Bericht kann höhere Wirkung erzielen. Die Erfahrung zeigt, dass der Erfolg gemeinsamer Prüfungen hauptsächlich auf der guten Vorbereitung durch die beteiligten ORKB basiert. Ein Nachteil kann darin bestehen, dass die politische Sensibilität in den beteiligten Ländern unterschiedlich sein kann und zudem rechtliche Schwierigkeiten auftreten können. Auch die Urteile der beteiligten ORKB zur Erstellung des Schlussberichts können voneinander abweichen. Die Nachteile der gemeinsamen Prüfung können gemildert werden, wenn die Teilnehmer einwandfrei und effizient funktionierende ORKB von auch geografisch nah beieinander liegenden Ländern sind.

In der Praxis sind **koordinierte Prüfungen** entstanden, die die Durchführung einer gemeinsamen Prüfung in Verbindung mit der Erstellung getrennter Berichte oder die Durchführung von Parallelprüfungen in Verbindung mit der Erstellung eines gemeinsamen Berichts zusätzlich zu den nationalen Berichten zum Gegenstand haben. Koordinierte Prüfungen gelten besonders dann als nützlich, wenn rechtliche Probleme aufgrund unterschiedlicher Prüfungsaufträge der ORKB entstehen, die die Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse und Schlussfolgerungen beeinträchtigen können.

Eine wesentliche Voraussetzung für Kooperationsprüfungen besteht im Allgemeinen darin, dass die beteiligten ORKB in der Lage sein müssen, die erhaltenen Informationen und Kenntnisse miteinander zu teilen. Gewiss kann dies auch der Fall sein, wenn die ORKB nicht an gemeinsamen, koordinierten oder Parallelprüfungen teilnehmen. Dennoch bestätigt die Erfahrung, dass im Rahmen gemeinsamer Prüfungen ein intensiverer und effizienterer Austausch von Informationen und Kenntnissen zwischen den beteiligten ORKB stattfindet. Im Allgemeinen gilt für die Kooperation, dass sie stark von der persönlichen Haltung der Teilnehmer, also von ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit, abhängt. Die kooperierenden ORKB müssen des Weiteren politische und wirtschaftliche Faktoren berücksichtigen. Be-

Auch die Urteile der beteiligten ORKB zur Erstellung des Schlussberichts können voneinander abweichen. Die Nachteile der gemeinsamen Prüfung können gemildert werden, wenn die Teilnehmer einwandfrei und effizient funktionierende ORKB von auch geografisch nah beieinander liegenden Ländern sind.

Die kooperierenden ORKB müssen des Weiteren politische und wirtschaftliche Faktoren berücksichtigen. Besonders wirtschaftsfinanzielle Kräfte können bestimmten Aspekten entgegenstehen, z. B. der Durchsetzung ökologischer Belange.



sonders wirtschaft-finanzielle Kräfte können bestimmten Aspekten entgegenstehen, z. B. der Durchsetzung ökologischer Belange. Außerdem sollten die ORKB kulturelle, historische, religiöse und sprachliche Unterschiede berücksichtigen.

Im Einklang mit den INTOSAI-Grundsätzen versucht das SAO, den Informationsaustausch zwischen Partner-ORKB zu intensivieren. Wir haben durch frühere Kooperationsprüfungen nützliche methodische Kenntnisse gewonnen, die wir anschließend auch in unser Prüfungssystem integriert haben. Zweitens möchten wir die Einhaltung bilateraler und multilateraler internationaler Vereinbarungen untersuchen. Drittens prüfen wir grenzüberschreitende ökologische Auswirkungen im Hinblick auf die Nutzung von Ressourcen aus inländischer und EU-Unterstützung. Schließlich besteht ein wichtiges Ziel in der Effizienzanalyse von Projekten, die unter internationaler Leitung und mit koordinierter Finanzierung umgesetzt werden.

Der Prüfungsprozess im Rahmen internationaler Kooperation

Wenn sich eine Gelegenheit zur internationalen Kooperation ergibt, wird gemäß den Strategien der ORKB, der INTOSAI und der EUROSAI auf ORKB-Leitungsebene zwischen den nationalen, vom Prüfungsgegenstand betroffenen Prüfungsbehörden eine Initiative eingeleitet. Schon in der Vorbereitungsphase müssen die an der Kooperation beteiligten ORKB Entscheidungen treffen. So müssen sie an erster Stelle Folgendes definieren:

- Das Investitionsprojekt oder die internationale Vereinbarung, deren Umsetzung geprüft werden soll.
- Wo und wie sie Informationen über das Projekt / die Vereinbarung erlangen.
- Die Art der Messung oder Bewertung der Effizienz oder Rentabilität des

Projekts bzw. der Einhaltung der Vereinbarung.

- Ob die Prüfung für die ORKB Risiken beinhaltet.
- Ob eine weitere nationale Prüfungsbehörde an der Prüfung beteiligt werden kann und in welchem Umfang.

Zusätzlich dazu sind Art, Umfang und Beschaffenheit der Prüfung festzulegen. Im Falle der Kooperation zwischen zwei oder mehr ORKB vereinbaren die Teilnehmer den Kooperationsrahmen. Sie treffen Entscheidungen über die Art der Prüfung, die für das Berichtswesen relevanten Normen sowie die Verteilung von Personal oder sonstigen (finanziellen) Ressourcen. Auch Umstände wie unterschiedliche Sichtweisen zum Prüfungsumfang, zu Empfehlungen und Schlussfolgerungen bedürfen der Regelung.

Nach Fertigstellung der Kooperationsvereinbarung beginnt die eigentliche Arbeit mit der Festlegung der Prüfungsprogramme und Kriterien auf strategischer sowie operativer Ebene. Während der Prüfung sind die Teilnehmer ständig telefonisch oder per E-Mail in Kontakt und informieren sich gegenseitig bei Arbeitstreffen über die Prüfungsergebnisse sowie aufgedeckte Fehler.

Im Prüfungsverlauf stimmen sich die Parteien über fachliche Belange des gemeinsamen Berichts, der Berichtsstruktur, der Übersetzung und des Ausdrucks ab. Ebenfalls von Bedeutung ist die Festlegung der Verteilung des Berichtswesens zwischen den ORKB. Die Zusammenstellung des gemeinsamen Berichts bedarf der fachlichen Diskussion; die Übersetzung muss zudem korrekturgelesen werden¹, das Berichtslayout ist zu entwerfen,² und den Qualitätssicherungsanforderungen ist zu genügen.

Gemeinsame Berichte (in drei oder mehr Sprachen) werden auf einem Arbeitstreffen der Leiter der beteiligten ORKB genehmigt, auf dem auch die Verwendung und Verteilung des Berichts festgelegt werden. Der fertige Bericht wird

Office von Ungarn hat im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit seit der Jahrtausendwende Parallelprüfungen durchgeführt.



Zusätzlich dazu sind Art, Umfang und Beschaffenheit der Prüfung festzulegen. Im Falle der Kooperation zwischen zwei oder mehr ORKB vereinbaren die Teilnehmer den Kooperationsrahmen.

¹ Ein gemeinsamer Bericht über die mit Beteiligung der SAO erfolgten Prüfungen umfasst (mindestens) drei Sprachversionen: Ungarisch als die Sprache des SAO, die Sprache der Partner-ORKB sowie Englisch als Verkehrssprache und die bei internationaler Kooperation am häufigsten verwendete Sprache.

² Ein Beispiel: Das Layout des gemeinsamen Berichts über die schweizerisch-ungarische Parallelprüfung unterschied sich von den üblicherweise vom SAO verwendeten Farben. Die Farbe des Logos der Eidgenössischen Finanzkontrolle der Schweiz ging praktisch in die Sandfarbe des Deckblatts über, weshalb die Farbe des Deckblatts aufgehellt werden musste.

von den ORKB-Leitern im Rahmen einer feierlichen Zeremonie unterzeichnet und dann an die nationalen Parlamente der betreffenden Länder, den Europäischen Rechnungshof, die ORKB der EU-Mitgliedstaaten sowie Vertreter der Medien übermittelt; und der Öffentlichkeit wird er im Internet zugänglich gemacht.

Nach Abschluss der Prüfung sind die dadurch gewonnenen Erfahrungen auszuwerten. Die Auswertung umfasst eine Analyse der Vor- und Nachteile der angewandten Prüfungsmethode sowie die wichtigsten Erkenntnisse aus der Prüfungsplanung und durchführung. Ebenfalls empfohlen wird die Bewertung der Schlüsselerfahrungen der Teilnehmer aufgrund der Kooperation. Die Prüfungsergebnisse finden bei Folgeprüfungen oder der Prüfung weiterer internationaler Vereinbarungen Verwendung.

Die Erfahrungen des SAO bei Parallelprüfungen

Das State Audit Office von Ungarn hat im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit seit der Jahrtausendwende Parallelprüfungen durchgeführt.

Im Jahr 2001 prüfte das SAO in Zusammenarbeit mit dem slowenischen Rechnungshof die Errichtung der Bahnstrecke Zalačev-Bajansceny-Hodoš-Murska Sobotla. Diese grenzübergreifende Bahnlinie wurde in einem internationalen Projekt, das die Kooperation beider Länder bedingte, entworfen und gebaut. Jede ORKB prüfte den auf ihrem Gebiet gelegenen Teil und konzentrierte sich dabei auf die einwandfreie Planung der Investitionsprojekte, die Vergabe öffentlicher Ausschreibungen und die Projektfinanzierung. Außerdem prüften beide ORKB Umweltbelange beim Bau der Bahnlinie sowie andere Auswirkungen des Projekts. Der gemeinsame Bericht präsentierte die Aktivitäten beider Länder beim Bau der Bahnlinie, verglich die Prüfungsergebnisse – insbesondere Daten zu den Baukosten für die Errichtung einer Bahnverbindung zwischen beiden Ländern – und hob hervor, welches Land beim Bau der Bahnlinie rentabler war. Des Weiteren bewertete der Bericht die Investitionseffizienz hinsichtlich der Planziele.

Im Jahr 2002 prüften wir ein Investitionsprojekt für eine gemeinsame Donau-

brücke zur Herstellung einer Verbindung zwischen Esztergom und Sturovo. Im Rahmen der gemeinsamen Vereinbarung führten das State Audit Office von Ungarn und die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Slowakischen Republik Parallelprüfungen des Investitionsprojekts auf ihrem jeweiligen Gebiet durch. Die Prüfung erfolgte auf Grundlage eines gemeinsam festgelegten und genehmigten Prüfungsprogramms. Die Prüfungsteams der beiden ORKB hielten regelmäßig Beratungen und tauschten Erfahrungen aus. Da das Investitionsprojekt teilweise mit EU-Geldern durchgeführt wurde, schickten die beiden ORKB-Leiter den Bericht mit einem gemeinsamen Begleitschreiben an den Europäischen Rechnungshof sowie die zuständigen EU-Behörden und übermittelten ihn zudem der Nationalversammlung von Ungarn und dem Nationalrat der Slowakischen Republik.

Im Jahr 2003 prüfte das State Audit Office von Ungarn in Kooperation mit dem österreichischen Rechnungshof die Bewahrung der Natur im Seegebiet Fertő/Neusiedl. Die geografische Lage des Sees und die internationalen Auflagen bedingen gemeinsame Verpflichtungen beider Länder, was eine Kooperationsprüfung beider ORKB rechtfertigte. Im Wesentlichen wendeten die ORKB bei ihren Prüfungen dieselbe Prüfungsmethodik an. Sie hielten ständige Beratungen zu den Prüfungsthemen und methoden und legten daraufhin ihren nationalen Bericht der Legislative ihres jeweiligen Landes vor, wohingegen im gemeinsamen Bericht grenzübergreifende Probleme und Maßnahmen zusammengefasst wurden.

Die schweizerisch-ungarische Parallelprüfung des Jahres 2004 – über die Investition in den Lötschbergbasistunnel und die Donaubrücke bei Szekszard – unterschied sich von den obigen Parallelprüfungen dadurch, dass die beiden ORKB verschiedene Methoden einsetzten. Hauptzweck der Parallelprüfung war der Vergleich der Prüfungspraktiken der beiden Prüfungsbehörden in unterschiedlichen Zeitspannen. Die schweizerischen Praktiken basieren auf der Annahme, dass die Risiken aus der Chancen- und Gefahrenanalyse in der Anfangsphase des Planungs- und Bauprozesses am höchsten sind. Mit fortschreitender Umsetzung des Investitionsprojekts sinken diese Risiken. Die von der schweizerischen ORKB vorgenommenen Prüfungen sind A priori (Ex ante)-

In den Jahren 2004-2005 kooperierte das SAO bei der Prüfung, inwiefern die Obere Tisza-Region auf die Überschwemmungskontrolle eingestellt ist, mit der Rechnungskammer der Ukraine.



Prüfungen, die sich auf einen kürzlich abgeschlossenen Bestandteil des Planungs- oder Bauprozesses beziehen, und können im Verlauf der Projektumsetzung wiederholt werden. Im Gegensatz dazu führt das SAO A posteriori (Ex post)-Prüfungen durch, die die Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz des Projekts umfassend untersuchen und dabei den gesamten Zyklus nach Beendigung des Investitionsprojekts berücksichtigen. Das Abschlussseminar der Parallelprüfung kam zu dem Schluss, dass die Prüfung zur Weiterentwicklung der fachlichen Standards beider ORKB beigetragen hatte. Die gemeinsame Tätigkeit ermöglichte und erleichterte das Verständnis sowohl für länderspezifische als auch für abweichende Methoden und Abläufe zur Rechnungsprüfung in beiden Ländern. Auf dieser Grundlage gewährten beide Organisationen nützliche Einblicke, die zukünftigen Prüfungstätigkeiten zugute kommen werden. Beide Prüfungsbehörden gelangten zu dem Schluss, dass solche Parallelprüfungen erhebliche Vorteile bringen, reale Einblicke bieten und auch Impulse zur Hintergrundanalyse guter Praktiken geben. Von diesen Prüfungserfahrungen ausgehend beschloss das SAO die Ergänzung ihrer Prüfungsmethodik durch einen Ex-ante-Prüfungsansatz für größere Investitionsprojekte.

Die Praktiken des SAO bei koordinierten Prüfungen

In den Jahren 2004-2005 kooperierte das SAO bei der Prüfung, inwiefern die Obere Tisza-Region auf die Überschwemmungskontrolle eingestellt ist, mit der Rechnungskammer der Ukraine. Für beide Seiten gehörte das Programm für die Parallelprüfung zu den Prüfungsaufgaben im Rahmen des jährlichen Prüfungsplans der jeweiligen ORKB, und die Parteien definierten die gemeinsamen Prüfungsbelange auf Grundlage der Einhaltungsprüfung über die Bestimmungen laut der in einer zwischen den Regierungen getroffenen Vereinbarung über das Wassermanagement in grenzüberschreitenden Gewässern. Das SAO prüfte die Vorbereitungen zur Verhinderung von Naturkatastrophen im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsprüfung, wohingegen die Rechnungskammer der Ukraine das staatliche Programm prüfte, das die komplexen Vorbereitungen zur

Überschwemmungskontrolle im Einzugsgebiet des Tisza-Flusses und in der Subkarpatenregion umfasst. Der gemeinsame Bericht präsentiert eine Zusammenfassung der Erkenntnisse der ungarischen sowie der ukrainischen Seite und stellt die gemeinsamen Schlussfolgerungen auf dem Gebiet der grenzübergreifenden Wasserkoooperation dar.

Im Jahr 2004 vereinbarten die Leiter der ORKB von Ungarn, Slowenien und Österreich koordinierte Prüfungen über die Handhabung der - häufig ähnlichen - Probleme auf dem Gebiet der Umwelt und des Naturschutzes in der gemeinsamen Grenzregion zwischen diesen drei Ländern. Jede ORKB besaß Erfahrung in der erfolgreichen Zusammenarbeit bei bilateralen Prüfungen. Diese enge trilaterale Kooperation wurde von der EUROSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung angeregt. Die beteiligten ORKB sind der gemeinsamen Überzeugung, dass die Prüfungserkenntnisse und Erfahrungen zum Ausbau professioneller Kooperation auf dem Gebiet der Umweltprüfung beigetragen haben. Die Prüfung von Umweltbelangen durch die ORKB umfasste Aspekte des Wasser-, Boden- und Naturschutzes. Geografisch deckte der Prüfungsbereich die gemeinsame Grenzregion der drei Länder ab und aus zeitlicher Sicht den Zeitraum der Jahre 2000 bis 2005, wobei Tendenzen und neuerliche Ereignisse besonders betont wurden. Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Prüfungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der drei Länder auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Alle drei ORKB führten die Prüfung innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs durch, der aus ihrem nationalen Prüfungsplan hervorgeht – zusätzlich zur tiefgreifenden Harmonisierung der Prüfungskriterien. Die trilaterale Prüfung bildete einen weiteren Schritt hin zur Kooperation zwischen den ORKB der drei Länder und zum Austausch fachlicher Informationen.

Anhand der aus gemeinsamen Prüfungen gewonnenen Erfahrungen können wir eindeutig sagen, dass diese für die beteiligten ORKB äußerst nützlich waren. Die Harmonisierung der Prüfungsmethodik und kultur ist ein kleiner Schritt hin zum – derzeit noch entfernten – Ziel einheitlicher europäischer Praktiken für öffentliche Prüfungen.

Im Jahr 2004 vereinbarten die Leiter der ORKB von Ungarn, Slowenien und Österreich koordinierte Prüfungen über die Handhabung der - häufig ähnlichen - Probleme auf dem Gebiet der Umwelt und des Naturschutzes in der gemeinsamen Grenzregion zwischen diesen drei Ländern.



Kartografierung des Korruptionsrisikos in Ungarn: Zusammenfassung eines Twinning-Light-Projekts des niederländischen Rechnungshofs und des State Audit Office von Ungarn¹

DAS STATE AUDIT OFFICE VON UNGARN

In verschiedenen nationalen wie internationalen Foren hat das State Audit Office von Ungarn (SAO) mehrfach auf die Notwendigkeit zur stärkeren Bekämpfung der Korruption und zur Verbesserung von Transparenz und Rechenschaft im öffentlichen Sektor hingewiesen. Obwohl der Kampf gegen die Korruption nicht explizit im Rahmen des SAO-Auftrags definiert ist, kann dieses anhand seiner Prüfungen erheblich dazu beitragen, Entscheidungsträgern diesbezüglich wichtige Informationen zu liefern.



84

Einleitung

In verschiedenen nationalen wie internationalen Foren hat das State Audit Office von Ungarn (SAO) mehrfach auf die Notwendigkeit zur stärkeren Bekämpfung der Korruption und zur Verbesserung von Transparenz und Rechenschaft im öffentlichen Sektor hingewiesen. Obwohl der Kampf gegen die Korruption nicht explizit im Rahmen des SAO-Auftrags definiert ist, kann dieses anhand seiner Prüfungen erheblich dazu beitragen, Entscheidungsträgern diesbezüglich wichtige Informationen zu liefern. Das SAO erleichtert die Entscheidungsfindung des Parlaments und der parlamentarischen Ausschüsse mittels Prüfungen und Erkenntnissen; es veröffentlicht seine Berichte und übermittelt sie des Weiteren den betroffenen Regierungsbehörden. Das SAO von Ungarn spielt bei den Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung eine aktive Rolle und fördert die Weiterentwicklung der Antikorruptionspolitik durch die ungarische Regierung.

Vor diesem Hintergrund unternahm das SAO Schritte, um mit finanzieller Unterstützung durch die EU ein Twinning-Light-Projekt zu initiieren, anhand dessen eine

Methodik zur Kartografierung des Korruptionsrisikos entwickelt werden sollte. Dies sollte den Ausbau der Korruptionsbekämpfung in Ungarn fördern. Der niederländische Rechnungshof stimmte einer Beteiligung als Projektpartner zu, um so seine Kenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet mit dem SAO zu teilen. Besonderes Ziel dieses Projekts war die Entwicklung einer Bewertungs- und Kartografierungsmethodik für Korruptionsrisiken im öffentlichen Sektor in Ungarn. Das Ergebnis des Projekts wird auch helfen, Empfehlungen gegenüber der ungarischen Regierung bezüglich der zu ergreifenden Antikorruptionsmaßnahmen abzugeben.

Dieser Artikel gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Projekts, beschreibt die entwickelte Methodik und fasst die aus dem Projekt hervorgegangenen Empfehlungen für Antikorruptionsstrategien an die ungarische Regierung zusammen.

Korruptionsniveau

Im Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index CPI) von Transparency International sind der Rang

Dieser Artikel gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Projekts, beschreibt die entwickelte Methodik und fasst die aus dem Projekt hervorgegangenen Empfehlungen für Antikorruptionsstrategien an die ungarische Regierung zusammen.

¹ Vom niederländischen Rechnungshof (Hans Benner, Ina de Haan, Juul Vos- Schellekens, Diny van Est) und dem State Audit Office von Ungarn (Gusztáv Báger, Gyula Pulay, Andrea Korbuly).

Tabelle 1: Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) von TI für Ungarn

	Punkte*	Vertrauensintervall	Rang	Zahl der gelisteten Länder
2001	5,3	4,0-6,2	31	91
2002	4,9	4,0-5,6	33	102
2003	4,8	4,0-5,6	40	133
2004	4,8	4,6-5,0	42	146
2005	5,0	4,7-5,2	40	159
2006	5,2	5,0-5,4	41	163
2007	5,3	4,9-5,5	39	180

* Auf einer Skala von 1 bis 10 würde ein vollkommen korruptionsfreies Land 10 Punkte erhalten.

und die Bewertung Ungarns in den vergangenen sechs Jahren nahezu unverändert geblieben (s. Tabelle 1).

Ungarn wird als weniger korruptes Land als andere, in der Umfrage erfasste mittel- und osteuropäische Übergangsländer wahrgenommen, mit Ausnahme von Estland, Slowenien und der Tschechischen Republik. Laut dem Business Environment and Enterprise Performance Survey (BEEPS) der Weltbank sagten 10 Prozent der Unternehmen, dass inoffizielle Zahlungen häufig sind (die Hälfte des Wertes von 2002), und 25 Prozent der Unternehmen bezeichneten Korruption als ein Problem, um Geschäfte zu machen (20 Prozent im Jahr 2002).²

Obwohl Ungarn laut unabhängigen Bewertungen zu den weniger korrupten Ländern unter den postkommunistischen Ländern gehört, zeigt die Umfrage, dass Korruption nach wie vor ein schwerwiegendes Problem darstellt.

Insbesondere infolge des internationalen Drucks startete die ungarische Regierung mehrfach Antikorruptionsprogramme. Seit 2007 überwiegt ein neuer strategischer Ansatz. Der Anti-Corruption Coordination Board (ACCB) wurde eingerichtet, der seine Tätigkeit nun auf der Basis von Öffentlichkeit und fachlicher Partnerschaft durchführt. Die Hauptaufgabe des ACCB besteht in der Erstellung einer Antikorruptionsstrategie sowie eines kurzfristigen Antikorruptionsaktionsplans. Der ACCB bezieht nicht nur die Regierung, sondern auch nicht der Regierung angehörende öffentliche Organi-

sationen sowie Vertreter der Zivilgesellschaft in seine Arbeit ein.

Der ACCB hat einen Entwurf für die Antikorruptionsstrategie erstellt, die auf folgenden umfassenden Zielsetzungen basieren soll.

- Beendigung der Korruptionsgründe (der Entstehung von Korruptionssituationen vorbeugen).
- Umgang mit dem Phänomen Korruption (konsequente rechtliche Verfolgung).

Das hier behandelte Twinning-Projekt fügt sich in die erste allgemeine Zielsetzung des Strategieentwurfs ein.

Korruption und Integrität

Es gibt mehrere Definitionen und Ansätze zur Korruption. Korruption lässt sich z. B. im engeren Sinne im Kontext der Strafgesetze definieren (Bestechung). Viele Entscheidungsträger und Planer von Antikorruptionsstrategien haben jedoch festgestellt, dass eine derart enge Definition nicht die bestmögliche Grundlage zur Korruptionsprävention bietet. So betrachtet steht Korruption als Phänomen in engem Zusammenhang mit unerwünschten Ereignissen und Verhaltensweisen anderer Art. Um solche unerwünschten Ereignisse zu verhindern, ist es wichtig, über gültige Praktiken zur Förderung korrekten Verhaltens zu verfügen. In diesem Sinne hat sich der Aufgabenbereich von der Korruptionsbekämpfung hin zur Förderung korrekten Verhaltens oder der „Integrität“ gewandelt.

Obwohl Ungarn laut unabhängigen Bewertungen zu den weniger korrupten Ländern unter den postkommunistischen Ländern gehört, zeigt die Umfrage, dass Korruption nach wie vor ein schwerwiegendes Problem darstellt.



² Korruptionsrisiken in Ungarn, National Integrity System Country Study, Transparency International 2007. S. 23.

Dieser Schwerpunkt gewährt eine bessere Sichtweise für einen stärker auf Prävention ausgerichteten Ansatz, bei dem die Förderung und der Schutz von Integrität im öffentlichen Sektor im Mittelpunkt stehen.

Lebenszyklus von Antikorruptionspraktiken

Im Rahmen des Regierungsansatzes bedeutet der Schwerpunktwechsel von einer eng gefassten Definition hin zu einem breiten Integritätsbegriff in der Regel einen Entwicklungsprozess mit einigen typischen Phasen. In den vergangenen 20 bis 30 Jahren hat z. B. die niederländische Regierung diesen Prozess durchlaufen, aber auch in anderen Ländern ist er erkennbar.

Die Lebenszyklusphasen von Antikorruptionspraktiken lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. *Ignoranz / Leugnung des Problems:* In dieser Phase schenkt die Regierung dem Korruptionsproblem keine Aufmerksamkeit und verfügt über keine Praktiken zur Förderung von Integrität. Wenn sich ein Zwischenfall ereignet, wird dieser im Stillen gehandhabt, um so weit wie möglich die Aufmerksamkeit (der Medien) zu verhindern.

2. *Bewusstseinsbildung / Alarmzeichen:* Zu einem bestimmten Zeitpunkt kann Druck von außen, ein Zwischenfall oder Skandal das öffentliche Bewusstsein für das Problem plötzlich schärfen. Dies kann als Alarmzeichen an die Regierung betrachtet werden, dass die Existenz von (weit verbreiteter) Korruption offensichtlich ist und das Problem nicht länger geleugnet oder ignoriert werden kann.

3. *Ansatz des harten Kurses oder der Einhaltung von Gesetzesvorschriften:* Sobald die Regierung sich des Problems bewusst geworden ist, besteht die anfängliche Reaktion üblicherweise in einem harten Kurs. Der Schwerpunkt liegt klar auf (Straf)Gesetzen und Vorschriften sowie auf der Korruptionsunterdrückung. Der allgemeine Glaube in dieser Phase lautet, dass die Untersuchung, Verfolgung und harte Bestrafung korrupter Personen den besten Ansatz darstellen, um das Problem in den Griff zu bekommen.

4. *Erkennung der Grenzen reiner Unterdrückung:* In dieser Phase erkennt die Regierung schrittweise, dass dem repressiven An-

satz Grenzen gesetzt sind. Trotz der Verfolgung einer Reihe von Fällen ist es schwierig, alle Vorfälle aufzudecken und zu bewältigen, da sie nicht immer klar ersichtlich sind. Auch wenn die Verfolgung in einigen Fällen erfolgreich verlaufen kann, wirkt sie weder präventiv noch schreckt sie andere davon ab, denselben Gesetzesverstoß zu begehen. Der Schwerpunkt auf Unterdrückung unterliegt also Grenzen, denn er betont nicht die Führungsverantwortung zur Korruptionsprävention. Fälschlicherweise scheint die Verantwortung nur der öffentlichen Verfolgung und der Judikative zu obliegen.

5. *Schwerpunkt auf Prävention / Integritätsansatz:* Sobald die Notwendigkeit der Prävention von Integritätsvergehen erkannt wurde, beginnt die Regierung mit der Einführung von Integritätspraktiken und Kontrollen. Normalerweise startet sie mit sogenannten „harten Kontrollen“ (z. B. die Zuweisung von Verantwortlichkeiten, interne Kontrollen, Sicherheit und Überprüfungen). In einem späteren Stadium konzentrieren sich Regierungseinrichtungen auf die „sanften Kontrollen“ (z. B. Wertedefinition, Förderung einer Ethikkultur und des Managementverhaltens).

6. *Ausgeglichener Ansatz - Prävention / Unterdrückung:* Als letzter Schritt kann die optimale Situation bester Praktiken erreicht werden. Diese besten Praktiken lassen sich als gut ausgeglichener Ansatz mit präventiven sowie repressiven Elementen beschreiben.

Auch wenn die Phasen in aufeinanderfolgender Reihenfolge dargestellt sind, bedeutet dies nicht, dass Regierungen stets diesem Muster folgen. Aufgrund institutioneller Entwicklungen können Regierungen in eine frühere Phase der Antikorruptionspolitik zurückfallen. Deshalb kann die Ankunft am endgültigen Ziel eine lange Reise mit sorgfältiger Steuerung erfordern.

Das Konzept der Integrität

Der Begriff Integrität leitet sich aus dem lateinischen „in-tangere“ ab, was unberührt bedeutet. Mit anderen Worten bezieht er sich auf etwas oder jemanden, der fehlerlos, intakt und makellos ist. Ebenfalls bezieht er sich auf Tugend, Unbestechlichkeit und Vollkommenheit. Das Gütezeichen Integrität wird auch zur Leistungsbewertung einer Person oder Organisation verwendet.

Auch wenn die Phasen in aufeinanderfolgender Reihenfolge dargestellt sind, bedeutet dies nicht, dass Regierungen stets diesem Muster folgen. Aufgrund institutioneller Entwicklungen können Regierungen in eine frühere Phase der Antikorruptionspolitik zurückfallen. Deshalb kann die Ankunft am endgültigen Ziel eine lange Reise mit sorgfältiger Steuerung erfordern.



Beamte handeln integer, wenn sie die Werte und Standards korrekter Verwaltung befolgen. Integrität umfasst nicht nur die oben genannten Anforderungen der Unbestechlichkeit, sondern auch Werte wie Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit, Gemeinschaftssinn, Neutralität, Rücksichtnahme, Verlässlichkeit, Kundenorientierung, Respekt, Objektivität und Anstand. Ein Beamter muss darauf achten, seine Verantwortlichkeiten wahrzunehmen und die ihm zur Verfügung stehenden Befugnisse, Informationen und Mittel zum Nutzen der Öffentlichkeit einzusetzen. Dasselbe gilt für eine Organisation, aber diese muss zudem alles ihr Mögliche tun, um sicherzustellen, dass ihr Personal nicht der Versuchung unterliegen kann. Organisationen dürfen gegenüber dem Personal keine unangemessenen oder unmöglichen (im Interessenskonflikt stehenden) Forderungen stellen; sie müssen es regelmäßig und eindeutig an die Wichtigkeit der Integrität erinnern; sie müssen gewährleisten, dass Manager mit gutem Beispiel vorangehen, und eine offene transparente Kultur schaffen, in der Kritik akzeptiert wird, Fehler gemacht und schwierige Fragestellungen diskutiert werden können. Kurz: Die Organisation muss eine wirksame Integritätspolitik implementieren.

Integrität ist also das Ergebnis korrekter Führung und guter Beschäftigungspraktiken. Integritätsrisiken können das Vertrauen in die Organisation und daher in ihr Image und ihre Kontinuität ernsthaft untergraben.

Integritätsrisiken, Verwundbarkeiten und Kontrollen

Alle öffentlichen Organisationen sind verwundbar und in gewissem Maß Integritätsrisiken ausgesetzt. Organisationen müssen sich ihrer Verwundbarkeiten und Risiken bewusst sein, um gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Es ist sowohl illusorisch als auch unerwünscht zu meinen, dass alle Risiken vorhergesehen oder ausgeschlossen werden können. Dies würde so viele Regeln und Verfahrensabläufe erfordern, dass die Organisation nicht mehr funktionsfähig wäre. Eine Risikoanalyse kann dabei helfen zu entscheiden, welche Maßnahmen zur Risikosenkung einer Organisation auf ein akzeptables Niveau beitragen.

Risiken lassen sich als die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten unerwünschten Ereignisses multipliziert mit ihren Auswirkungen oder den verursachten Schäden beschreiben (Risiko = Wahrscheinlichkeit x Auswirkungen). Der Schaden im öffentlichen Sektor lässt sich anhand der finanziellen Verluste, der Verschlechterung der den Kunden oder Mitgliedern der Öffentlichkeit erbrachten Serviceleistungen, der Verschwendung von Steuereinnahmen, des öffentlichen Verlusts an Respekt vor der Regierung oder an Vertrauen in die Regierung, der politischen und administrativen Folgen oder der Beeinträchtigung der Arbeitsatmosphäre definieren. Der gemeinsame Nenner besteht darin, dass Machtmissbrauch das Image des öffentlichen Sektors schädigt und das öffentliche Vertrauen in die Regierung sowie deren Legitimierung untergräbt.

Verwundbarkeiten werden mit einem höheren Abstraktionsgrad definiert und zeigen Bereiche auf, in denen Risiken mit höherer Wahrscheinlichkeit auftreten können. Es ist hilfreich, sich auf Verwundbarkeiten zu konzentrieren, denn dies gewährt einen guten Einblick in potenzielle Probleme und die Möglichkeiten zu ihrer Bewältigung, ohne alle möglichen Risiken detailliert definieren zu müssen.

Organisationen können ihren Verwundbarkeiten auf verschiedene Art und Weise begegnen. Sie können versuchen, Verwundbarkeiten zu beseitigen oder zu verringern, indem sie gefährdete Tätigkeiten vermeiden. In der Praxis wird dies jedoch selten möglich sein. Öffentliche Organisationen unterliegen bestimmten gesetzlichen Verpflichtungen und können die Mitwirkung an sensiblen Tätigkeiten deshalb nicht vermeiden. Inhärente Verwundbarkeiten hängen normalerweise mit der Aufgabenstellung einer öffentlichen Organisation zusammen und oft sind Umstände, die eine höhere Verwundbarkeit bedingen, unvermeidlich.

In der Regel besteht ein machbarer Weg zur Bewältigung von Verwundbarkeiten im Entwurf und der Implementierung ausgleichender Kontrollen (Integrität). Da Verwundbarkeiten ganz unterschiedlicher Natur sind, es ist wichtig, ein gut ausgeglichenes System von Kontrollen oder ein Integritätskontrollsystem zu erstellen. Je nach „Reifegrad“ des Integritätskontrollsystems reagiert die Organisation auf die Verwundbarkeiten, denen sie ausgesetzt ist, mehr oder weniger belastbar.

Verwundbarkeiten werden mit einem höheren Abstraktionsgrad definiert und zeigen Bereiche auf, in denen Risiken mit höherer Wahrscheinlichkeit auftreten können. Es ist hilfreich, sich auf Verwundbarkeiten zu konzentrieren, denn dies gewährt einen guten Einblick in potenzielle Probleme und die Möglichkeiten zu ihrer Bewältigung, ohne alle möglichen Risiken detailliert definieren zu müssen.



Darstellung der im Projektverlauf entwickelten Bewertungsmethode

Die Bewertungsmethodik besteht aus fünf separaten Schritten, die ein Unternehmen im Rahmen einer Selbstbewertung einsetzen kann oder die in einen Prüfungsansatz aufgenommen werden können.

a) Gegenstandsanalyse und Verfahrensabläufe

Der erste Schritt ist die Definition und Analyse der zu bewertenden Organisation oder Einrichtung sowie deren (primärer und sekundärer) Verfahrensabläufe. Klare Grenzen sind für den Bewertungsschwerpunkt und den Nutzen der Resultate von wesentlicher Bedeutung.

b) Bewertung von Verwundbarkeiten

Bei diesem Schritt wird die Verwundbarkeit, d. h. die mögliche Gefährdung durch Integritätsverstöße, der in Schritt a) beschriebenen Einrichtung geschätzt. Er lässt sich in drei Unterschritte gliedern:

1. Die Verfahrensabläufe der Einrichtung werden mit einem Überblick über jene Verfahrensabläufe im öffentlichen Sektor, deren Gefährdung durch Integritätsvergehen bekannt ist, in Bezug gesetzt.

2. Das Vorliegen bzw. Nichtvorliegen von die Verwundbarkeit erhöhenden Umständen wird überprüft.

3. Ein Überblick und eine umfassende Bewertung der festgestellten Verwundbarkeit der Einrichtung werden erstellt.

Zur Unterstützung dieser drei Schritte wurde eine Punktetechnik entwickelt, die als Orientierungshilfe bei der Bestimmung des Verwundbarkeitsgrads dient.

c) Bewertung der Belastbarkeit oder Reife des Integritätskontrollsystems

Bei diesem Schritt wird die Reife der Integritätsmaße, die zusammen das Integritätskontrollsystem der Organisation bilden, bewertet. Das System wird in 14 Cluster unterteilt und diese wiederum in je drei Blöcke. Dieser Schritt lässt sich in vier Unterschritte gliedern:

1. Kurze Beschreibung des Integritätskontrollsystems mit Maßen, Clustern und Blöcken

2. Kurze Einführung in die Reifegrade

3. Bewertung des Reifegrads aller Maße durch Punktevergabe

4. Zusammenfassung der Punktbewertungen zur Ermittlung eines Durchschnitts pro Cluster und Block. Dies zeigt auf, welche Cluster und Blöcke relativ robust oder schwach sind.

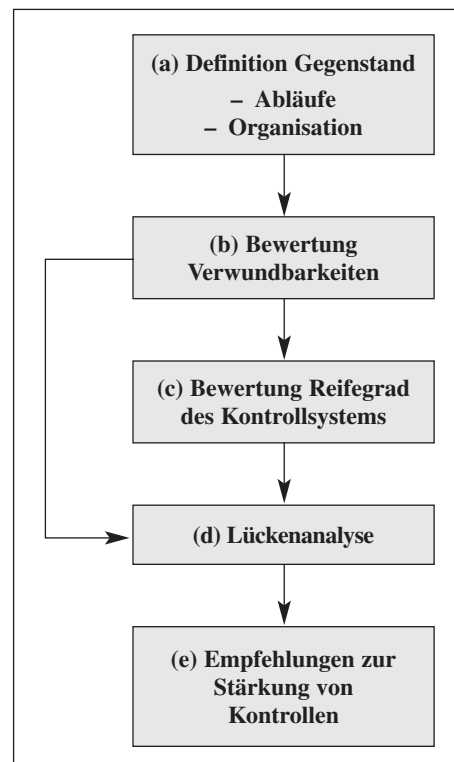
d) Lückenanalyse, Bewertungsbericht und Empfehlungen

In diesem letzten Schritt wird zwischen den Verwundbarkeiten (b) und der Belastbarkeit oder dem Reifegrad des Integritätskontrollsystems (c) Bilanz gezogen. Die Analyse sollte jene Verwundbarkeiten, die nach dem Vergleich der Verwundbarkeiten und spezifischen Integritätsrisiken mit den relevanten Kontrollmaßen des Integritätskontrollsystems verbleiben, klar aufzeigen.

e) Empfehlungen zur Verstärkung von Kontrollen

Die Lückenanalyse ergibt Informationen für den Bewertungsbericht. Die Hauptfragestellung lautet, welche Maße sich am besten eignen, um den wichtigsten Verwundbarkeiten zu begegnen. Daraus leiten sich Empfehlungen zur Stärkung der Belastbarkeit gegenüber Integritätsrisiken ab.

Das folgende Diagramm zeigt einen schematischen Überblick über die Bewertungsmethodik.



Die oben erläuterte Bewertungsmethodik legt den Schwerpunkt auf eine Organisation oder Einrichtung. Jede Organisation des öffentlichen Sektors besitzt ihre eigenen besonderen Charakteristiken und daher ein einzigartiges Profil.



Kartografierung von Integritätsrisiken

Die oben erläuterte Bewertungsmethodik legt den Schwerpunkt auf eine Organisation oder Einrichtung. Jede Organisation des öffentlichen Sektors besitzt ihre eigenen besonderen Charakteristiken und daher ein einzigartiges Profil. Dennoch lassen sich Cluster ähnlicher öffentlicher Organisationen festlegen, z. B. Kommunalverwaltungen oder Krankenhäuser. Die zu solchen Clustern gehörenden Organisationen haben ähnliche Aufgaben und Tätigkeiten, und ihr Verwundbarkeitsprofil dürfte deshalb ebenfalls ähnlich sein. Aus diesem Grund lassen sich die Bewertungsergebnisse einzelner Organisationen verbinden und integrieren, um so einen systematischen Überblick auf Ebene des gesamten öffentlichen Sektors oder seiner Cluster zu erhalten. Ein solcher Überblick wird als Risikokarte bezeichnet, in diesem Fall eine Integritätsrisikokarte.

Eine Risikokarte hilft bei der Erkennung von Schwachstellen, der Erarbeitung möglicher Verbesserungen und der Priorisierung von Anstrengungen. Zudem bietet sie eine Möglichkeit, Verbesserungen im Verlauf mehrerer Jahre auszuwerten.

Eine Integritätsrisikokarte für den öffentlichen Sektor Ungarns kann folgenden Nutzen bringen:

- Verwundbare Bereiche innerhalb der ungarischen Regierung aufdecken
- Stärken und Schwächen im Integritätssystem des öffentlichen Sektors in Ungarn aufspüren
- Verbesserungen erarbeiten und ein geeignetes Integritätskontrollsystem für ungarische Regierungsorganisationen festlegen
- Ermittlungsanstrengungen priorisieren (Unterdrückung)
- Verbesserungen über mehrere Jahre hinweg überwachen und auswerten

Im Idealfall wird die allumfassende Risikokarte für den öffentlichen Sektor eines Landes auf Grundlage der Bewertungsergebnisse aller Organisationen, die den öffentlichen Sektor bilden, erstellt. Diese Bewertungsergebnisse sollten nicht nur Verwundbarkeiten, sondern auch spezifische Risiken, den Reifegrad von Maßnahmen sowie verbleibende Risiken enthalten. Sofern eine Risikokarte auf einem so reichhaltigen Datenschatz beruht, bietet sie detaillierte

Einblicke in die spezifische Verwundbarkeit des öffentlichen Sektors (oder von Teilen davon) sowie in seine Belastbarkeit gegenüber dieser Verwundbarkeit.

Anforderungen und Bedingungen

Zur erfolgreichen Einführung des Risikokartenansatzes erstellte das Projekt eine Umsetzungsplanung mit den folgenden Bedingungen:

Aktionsplan: Die Risikokarte sollte Teil des endgültigen ACCB-Aktionsplans sein.

Schulung: Der Integritätsansatz erfordert Schulung, nicht nur für Prüfer, sondern auch für Moderatoren innerhalb derjenigen Organisationen, die eine Selbstbewertung vornehmen.

Infrastruktur: Eine Plattform ist zu errichten, der die Aufgabe der Schulungskoordination, der Informationserhebung und -analyse sowie der Unterstützung der Selbstbewertung, und all dies mit einem angemessenen Budget, zukommt.

Attraktivität: Für Organisationen sollte es attraktiv sein, einen Beitrag zur Risikokarte zu leisten. Statt diese zwingend aufzuerlegen, z. B. durch Gesetzesvorschriften oder durch die Aufnahme in die SAO-Prüfungsplanung, lässt sich dies besser durch „Belohnungen“ erreichen, z. B. Qualitätszertifikate für Organisationen, die eine Selbstbewertung vornehmen.

Während der Umsetzung ist es wichtig, auf folgende Strategieanforderungen zu achten:

- Soweit möglich versuchen, die Organisationen einzubeziehen, statt sie zu zwingen. So lässt sich innerhalb der Organisationen selbst eine Problembeteiligung leichter herstellen.
- Wo möglich Gelegenheiten suchen, die Selbstbewertung in die Prüfungsstrategien zu integrieren. Das SAO kann z. B. die Kollegen in den Prüfungs- oder Revisionsabteilungen der Ministerien zur Verwendung einer Selbstbewertungsmethodik anregen.
- Die Risikokarte nicht als Kontrollinstrument einsetzen, sondern eher als eine Möglichkeit, um ein Bewusstsein für Integritätsprobleme zu schaffen, für die die Organisationen selbst Verbesserungen erzielen können.

Für den Projekterfolg ist es wichtig, die externen Interessengruppen des SAO im Hinblick auf Antikorruptionsaufgaben einzubeziehen. Dieser Aspekt wurde in allen Projektphasen immer wieder berücksichtigt. Auch für die Nachhaltigkeit des Projekts ist die Einbeziehung der Interessengruppen von entscheidender Bedeutung. .



- Im Berichtswesen den Schwerpunkt auf interessante Aspekte legen, die aus dem (horizontalen) Vergleich von Organisationen resultieren.

Für den Projekterfolg ist es wichtig, die externen Interessengruppen des SAO im Hinblick auf Antikorruptionsaufgaben einzubeziehen. Dieser Aspekt wurde in allen Projektphasen immer wieder berücksichtigt. Auch für die Nachhaltigkeit des Projekts ist die Einbeziehung der Interessengruppen von entscheidender Bedeutung. Es geht nicht nur darum, die Methode an die SAO-Mitarbeiter weiterzugeben, sondern auch Hauptakteure und sonstige Interessensgruppen (z. B. Ministerien, Kommunalverwaltungen, NGOs) auf den Integritätsansatz zu verpflichten.

Antikorruptionspolitik

Die gleichzeitige Entwicklung der Antikorruptionsstrategie der Regierung und des diesbezüglichen Aktionsplans bot eine hervorragende Möglichkeit zur direkten Anwendung der Projektergebnisse. Dadurch konnten wir Empfehlungen zur Erstellung einer Antikorruptionsstrategie der Regierung und des Aktionsplans auf Grundlage unserer im Rahmen dieses Programms gewonnenen Erfahrungen abgeben. Unsere fünf umfassenden Empfehlungen zur Förderung der Strategieentwicklung lauten wie folgt:

1. Die Festlegung gerechter und ethischer Verhaltensweisen auf öffentlichen Ämtern und die Entwicklung der erforderlichen Organisationskultur sollten im Rahmen der Antikorruptionsstrategie betont werden.

2. Die einzelnen Haushaltsinstitutionen sollten bei der Integritätssteigerung von Angestellten sowie bei der Korruptionsprävention und –untersuchung eine Schlüsselrolle einnehmen.

3. Prävention ist der wirksamste Weg zur Korruptionsbekämpfung. Deshalb soll-

te der systematischen Bewertung von Korruptionsrisiken sowie der darauf beruhenden Prävention hohe Priorität eingeräumt werden.

4. In Anwendung der im Projektverlauf entwickelten Methodik ist eine Korruptionsrisikokarte zu erstellen. Diese sollte Ort, Art und Beschaffenheit von Bereichen mit einem hohen Korruptionsrisikograd innerhalb des öffentlichen Sektors in Ungarn spezifizieren.

5. Korruptionsbekämpfung ist nicht auf öffentliche Institutionen zu beschränken, sondern die Ansätze und Methoden sollten, in entsprechend angepasster Form, auch auf Unternehmen Anwendung finden, insbesondere, falls sie unmittelbar mit dem öffentlichen Sektor in Beziehung stehen.

Die zentrale Empfehlung für die ungarische Regierung lautet, die Entwicklung einer Integritätspolitik für den öffentlichen Sektor sowie die Schaffung der gesetzlichen Grundlage zu ihrer Stützung in Erwägung zu ziehen. Die Integritätspolitik und die Antikorruptionsanstrengungen der Regierung sollten nicht als Projekt, sondern als kontinuierliche Tätigkeit konzipiert und eingeführt werden. Dies bedingt die Schaffung einer (neuen) Organisationsstruktur, um dies zu gewährleisten.

Die Integritätspolitik sollte auf einer (umfassenden) Integritätsrisikoanalyse basieren. Dieses Twinning-Light-Projekt mit Schwerpunkt auf der Erstellung einer Korruptionsrisikokarte für den öffentlichen Sektor Ungarns kann als Ausgangspunkt für deren Umsetzung betrachtet werden.

Auch wenn anzuerkennen ist, dass in verschiedenen Teilen des öffentlichen Sektors in Ungarn Antikorruptionsmaßnahmen ergriffen werden, wird empfohlen, die verfügbaren Maße in einem einheitlichen Rahmen zusammenzufassen und die Standardisierung, Koordinierung sowie Transparenz solcher Maße und Anstrengungen zu fördern. Den bestehenden Integritätsgesetzen sollte entsprechend Nachdruck verliehen werden.

Die Integritätspolitik sollte auf einer (umfassenden) Integritätsrisikoanalyse basieren. Dieses Twinning-Light-Projekt mit Schwerpunkt auf der Erstellung einer Korruptionsrisikokarte für den öffentlichen Sektor Ungarns kann als Ausgangspunkt für deren Umsetzung betrachtet werden.



Russland und Norwegen in einer bahnbrechenden Prüfungs Kooperation

DAS NATIONAL AUDIT OFFICE VON NORWEGEN

Die Barentssee, einer der produktivsten Fischereigründe der Welt, bedeckt einen Teil des Arktischen Ozeans vom Norwegischen Meer im Westen bis zur russischen Novaya Zemlya im Osten. Diese Gewässer werden stark befischt, aber da die Fischbestände nationale Grenzen überqueren, stellt die Verwaltung der Ressourcen eine Herausforderung dar. Die einwandfreie Nutzung erfordert daher internationale Zusammenarbeit. Norwegen und Russland verwalten die Fischbestände gemeinschaftlich seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Überfischung des Kabeljaus ist in diesem Zusammenhang die größte Herausforderung für beide Länder. Überfischung bedroht die Nachhaltigkeit der Bestände und kann langfristig zur Ausrottung führen.

Die Barentssee, einer der produktivsten Fischereigründe der Welt, bedeckt einen Teil des Arktischen Ozeans vom Norwegischen Meer im Westen bis zur russischen Novaya Zemlya im Osten. Diese Gewässer werden stark befischt, aber da die Fischbestände nationale Grenzen überqueren, stellt die Verwaltung der Ressourcen eine Herausforderung dar. Die einwandfreie Nutzung erfordert daher internationale Zusammenarbeit. Norwegen und Russland verwalten die Fischbestände gemeinschaftlich seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Überfischung des Kabeljaus ist in diesem Zusammenhang die größte Herausforderung für beide Länder. Überfischung bedroht die Nachhaltigkeit der Bestände und kann langfristig zur Ausrottung führen.

Vor diesem Hintergrund führten die Rechnungskammer der Russischen Föderation und der Generalprüfer von Norwegen in den Jahren 2006/07 eine Parallelprüfung über das Management und die Kontrolle der Fischressourcen in der Barentssee sowie im Norwegischen Meer durch. Eine wichtige Zielsetzung der Prüfung bestand darin, zum gemeinsamen russisch-norwegischen Verständnis darüber beizutragen, wie die Fischressourcen in diesem Gebiet verwaltet werden, sowie über die damit zusammenhängenden Probleme.

Die Parallelprüfung basierte auf gemeinsamen Prüfungsfragestellungen und Kriterien, wurde jedoch unabhängig von-

einander in jedem Land von der jeweiligen nationalen ORKB durchgeführt. Erstellt wurden zwei verschiedene nationale Berichte und dazu ein gemeinsames Memorandum, in dem beide ORKB über die Hauptkenntnisse der Prüfung übereinkamen. Zudem wurden die nationalen Berichte übersetzt und als Anlage in den Bericht an das Parlament des jeweils anderen Landes aufgenommen.

Die Hauptkenntnisse der Prüfung lenkten die Aufmerksamkeit auf die bedeutenden Ausmaße des Managements der Fischressourcen. Die Prüfung zeigt, dass in der Barentssee beträchtliche Mengen Kabeljau unregistriert gefischt werden. Des Weiteren zeigt sie, dass über die Schätzungen dieser Fänge erhebliche Unsicherheit besteht. Diese Unsicherheit selbst stellt eine Herausforderung dar, denn lückenhafte Fangdaten schmälern die Qualität der Bestandsschätzungen, auf denen die empfohlenen Fischfangquoten basieren. So stellten die ORKB die Notwendigkeit fest, eine gemeinsame Methode zur Schätzung der illegal, nicht registriert und unreguliert gefangenen Fischmengen zu entwickeln. Zudem deckte die Prüfung erhebliche Unterschiede zwischen den norwegischen und russischen Fischereigesetzen und Regelungen sowie den Fischereikontrollsystemen auf. Ebenfalls hoben die ORKB die unbefriedigende Tatsache hervor, dass Meereswissenschaftler beider Länder Probleme bei



91

Die Parallelprüfung basierte auf gemeinsamen Prüfungsfragestellungen und Kriterien, wurde jedoch unabhängig voneinander in jedem Land von der jeweiligen nationalen ORKB durchgeführt.

der Durchführung geplanter Forschungsfahrten hatten.

Es handelt sich um die erste Parallelprüfung dieser Art und in diesem Umfang durch die norwegische und russische ORKB. Die Kooperation erwies sich als so erfolgreich, dass die ORKB vereinbart haben, die Prüfung über die kommenden drei Jahre weiterzuverfolgen. Ziel ist auszuwerten, ob die Prüfung zu einem wirksameren und effizienteren Management der gemeinsamen Meeresressourcen sowie zur Lösung der Probleme durch illegalen Fi-

scherei und Verladung beigetragen hat. Die fortgesetzte Kooperation wurde in einem ehrgeizigen und verbindlichen Aktionsplan niedergelegt, der im Januar 2008 unterzeichnet wurde.

Als Ergebnis der Zusammenarbeit sind beide ORKB zu einem gemeinsamen Verständnis der Herausforderungen für beide Länder im Hinblick auf das Management der Fischressourcen gelangt. Ebenfalls hat sie eine solide Grundlage für die zukünftige Kooperation bei anderen Prüfungen geschaffen.

Es handelt sich um die erste Parallelprüfung dieser Art und in diesem Umfang durch die norwegische und russische ORKB. Die Kooperation erwies sich als so erfolgreich, dass die ORKB vereinbart haben, die Prüfung über die kommenden drei Jahre weiterzuverfolgen.



Adressen der EUROSAT-Mitglieder

EUROSAT-Sekretariat
E-mail: eurosai@tcu.es
http://www.eurosai.org

State Supreme Audit
Bulevardi Dëshmoret e Kombit
Tirana
Albanien
Tel: 00354232491/429
Fax: 00354232491
E-mail: klish@albaniaonline.net,
klish@klish.org.al
http://www.klish.org.al

Tribunal de Comptes
C/ Sant Salvador, 10 3r 7ª
Andorra la Vella
Fürstentum von Andorra
Tel: +376 806020
Fax: +376 806025
E-mail: tcomptes@andorra.ad
http://www.tribunaldecomptes.ad

Chamber of Control of the National Assembly
Marshall Bagryanan Ave. 19
375095 Yerevan
Armenien
Tel: +374 1 58 86 46
Fax: +374 1 58 85 42
E-mail: vpal@parliament.am,
verpal@parliament.am

Accounts Chamber
Government House
370016 Baku
Aserbaidschan
Tel: +994124936920
Fax: +994124932025
E-mail: office@ach.gov.az
http://www.ach.gov.az

Cour des Comptes
2, Rue de la Régence
1000 Bruxelles
Belgien
Tel: +3225518111
Fax: +3225518622
E-mail: International@ccrecek.be
http://www.ccrek.be

Ured za reviziju finansijskog poslovanja institucija
Bosne i Hercegovine
(The Audit Office of the Institutions of Bosnia Herzegovina)
Hamdije Cemerica, 2/XIII
71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegovina
Tel: +38733703573
Fax: +38733703565
E-mail: saibih@bih.net.ba,
saibih@revizija.gov.ba
http://www.revizija.gov.ba

National Audit Office
37, Exarch Joseph Str.
1000 Sofia
Bulgarien
Tel: +35929803690
Fax: +35929810740
E-mail: nao-pres@otel.net,
intrel@bulnao.government.bg
http://www.bulnao.government.bg

Rigsrevisionen
Landgrevens 4
Postbox 9009
1022 Copenhagen
Dänemark
Tel: +4533928400
Fax: +4533110415
E-mail: info@rigsrevisionen.dk
ftr@ftr.dk
http://www.rigsrevisionen.dk

Bundesrechnungshof
Adenauerallee 81
53113 Bonn
Deutschland
Tel: 0049228997212612
Fax: 0049228997212610
E-mail: poststelle@brh.bund.de
http://www.bundesrechnungshof.de

The State Audit Office of Estonia
Narva Mnt. 11A
15013 Tallinn
Estland
Tel: +372 6 400700-400721
Fax: +372 6616012
E-mail: info@riigikontroll.ee
http://www.riigikontroll.ee

State Audit Office
Antinkatu 1
00101 Helsinki
Finland
Tel: 35894321/4325700
Fax: 35894325820/5818
E-mail: kirjaamo@vtv.fi
http://www.vtv.fi

Cour des Comptes
13, Rue Cambon
75100 Paris 8p
Frankreich
Tel: +33142989500
Fax: +33142989602
E-mail: contact@ccomptes.fr
http://www.ccomptes.fr

Chamber of Control
Ketevan Tsamebuli Ave. 96
Tbilisi, 0144
Georgien
Tel: +99532968849
Fax: +99532788184
E-mail: chamber@geomail.ge
http://www.control.ge

Supreme Court of Audit of Greece
4, Vornazou & Tsouha St.
101 68 Athens
Griechenland
Tel: +302106494836
Fax: +302106466604
E-mail: elesyn@otenet.gr
http://www.elsyn.gr

National Audit Office
157-197 Buckingham Palace Road
Victoria
London SW1W 9SP
Großbritannien
Tel: +442077987777
Fax: +442077987990
E-mail: nao@gmet.gov.uk
http://www.nao.org.uk

Office of the Comptroller and Auditor General
Dublin Castle
Dublin 2
Irland
Tel: +3531 6793122
Fax: +3531 6793288
E-mail: postmaster@audgen.ir.gov.ie
http://www.gov.ie/audgen

Ríkisendurskodun
Skulagata 57
150 Reykjavík
Island
Tel: +3545614121
Fax: +3545625456
E-mail: postur@rikisend.is
gretar@rikisend.althing.is
http://www.rikisendurskodun.is

State Comptroller and Ombudsman
12 Beit Hadfus St.
Jerusalem 91010
Israel
Tel: +9722 6665101
Fax: +972 266 651 50
E-mail: yroth@mevaker.gov.il
http://www.mevaker.gov.il

Corte dei Conti
Via Baiamonti 25
00195 Roma
Italien
Tel: +390638768704
Fax: +390638768011
E-mail: Ufficio.relazioni.internazionali@corteconti.it
http://www.corteconti.it

Accounts Committee for control over execution
of the republican budget
8, House of Ministries
01000 Astana
Kasachstan
Tel: 73172741602 / 73172741589
Fax: 73172742263
E-mail: esep_k@kazai.kz

State Audit Office
Tkalciceva 19
Hr-10000 Zagreb
Kroatien
Tel: +385 1 4813 302
Fax: +385 1 4813 304
E-mail: dur@zg.tel.hr
http://www.revizija.hr

The State Audit Office Republic of Latvia
13 K-5 Skanstes, St.
1013 Riga
Lettland
Tel: 371 701 7500
Fax: 371 7017673
E-mail: lrvk@lrvk.gov.lv
http://www.lrvk.gov.lv

Landtag des Fürstentums
Kirchstrasse 10
FL-9490 Vaduz
Liechtenstein
Tel: +423 2366571
Fax: +423 2366580
E-mail: Cornelia.Lang@st.llv.li

State Control of The Republic of Lithuania
Parnalkinio 27
LT-01113 Vilnius
Litauen
Tel: +37052621646
Fax: +37052666761
E-mail: NAO@vkontrolė.lt
infokontrolė@vkontrolė.lt
http://www.vkontrolė.lt

Cour des Comptes
2, Av. Monterey
L-2163 Luxembourg
Luxemburg
Tel: +352474456-1
Fax: +352474456-242
E-mail: tom.heintz@fi.etat.lu

Europäischer Rechnungshof
12, Rue Alcide de Gasperi
L-1615 Luxembourg
Luxemburg
Tel: +35243981
Fax: +352439846430
E-mail: info@eca.eu.int,
euraud@eca.eu.int
http://www.eca.eu.int

National Audit Office
Notre Dame Revelin
Floriana CMR 02
Malta
Tel: +35621224013
Fax: +35621220708
E-mail: joseph.g.galea@gov.mt
http://www.nao.gov.mt

State Audit Office
M.Tito-12/3 Macedonia Palace
Skopje, 1000
Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien
Tel: +38923211262
Fax: +38923211272
E-mail: dzr@dzr.gov.mk
http://www.dzr.gov.mk

Court of Audit
B-RD Stefan cel Mare, 105
2073 OR, Chisinau
Moldawien
Tel: 0037322210186
Fax: 0037322233020
E-mail: cdc@ccrm.md
http://www.ccrm.md

Commission Supérieure des Comptes de la Principauté
Ministère d'Etat
Place de La Visitation
MC 98015 Monaco
Monaco
Tel: 37793158237/44
Fax: +37798988801

State Audit Institution
Novaka Miloseva bb
81000 Podgorica
Montenegro
Tel: 0038220407407
Fax: 0038220407417
Email: dn.predsjudnik@dri.cig.yu
http://www.dri.cig.yu

Algemene Rekenkamer
Lange Voorhout 8
NL 2500 Ea Den Haag
Niederlande
Tel: +31703424344
Fax: 37793158801
E-mail: internationalaffairs@rekenkamer.nl
http://www.Rekenkamer.nl

Riksrevisionen
Pilestredet, 42
N-0032 Oslo
Norwegen
Tel: +4722 241000
Fax: +4722 241001
E-mail: rikskrevsisonen@riksrevisjonen.no
http://www.riksrevisjonen.no

Rechnungshof
Dampfschiffstr. 2
A-1033 Wien
Österreich
Tel: +43171171-8456
Fax: +4317129425
E-mail: s3-2@rechnungshof.gv.at
intosa@rechnungshof.gv.at
http://www.rechnungshof.gv.at

Najwyższa Izba Kontroli
57 Filifrowa Str.
00-950 Warszawa 1
Polen
Tel: +4822 8 254481
Fax: +4822 8 258967
4822 8 250792
E-mail: nik@nik.gov.pl
http://www.nik.gov.pl

Tribunal de Contas
Av. Barbosa do Bocage, 61
1094 Lisboa Codex
Portugal
Tel: +351217972863
Fax: +351217970984
E-mail: dg@tccontas.pt
http://www.tcontas.pt

Curtea de Conturi a României
22-24, Lev Tolstoi St.
71289, Bucurest
Rumänien
Tel: 4012301377
Fax: 4012301364
E-mail: rei@rcc.pcnnet.ro
http://www.rcc.ro

Accounts Chamber of the Russian Federation
Zavovskaya Street 2
121901 Moscow
Russische Föderation
Tel: 7495914019/0601
Fax: 74952908707/007095
E-mail: intrel@ach.gov.ru
http://www.ach.gov.ru

Riksrevisionen
Nybrogatan 55
S-11490 Stockholm
Schweden
Tel: 4686904000
Fax: 4686904123
E-mail: int@riksrevisionen.se
http://www.riksrevisionen.se

Contrôle Fédéral des Finances de la Confédération Suisse
Mombinustrasse 45
CH-3003 Bern
Schweiz
Tel: 41313231111
Fax: 41313231100
E-mail: sekretariat@efk.admin.ch, info@efk.admin.ch
http://www.efk.admin.ch

Supreme Audit Office of The Slovak Republic
Priemyselná 2
SK 824 73 Bratislava
Slowakische Republik
Tel: +421 2 55423069
Fax: +42125556-8363
E-mail: info@sao.gov.sk
http://www.sao.gov.sk

Court of Audit of The Republic of Slovenia
Slovenska 50
SI -1000 Ljubljana
Slowenien
Tel: +38614785888
Fax: +38614785891
E-mail: sloud@rs-rs.si, aud@rs-rs.si
http://www.rs-rs.si/rsrs/rsrseng.sng

Tribunal de Cuentas
Fuencarral 81
E-28004 Madrid
Spanien
Tel: +34914478701
Fax: +34914467600
E-mail: tribunaletat@tcu.es
http://www.tcu.es

Supreme Audit Office
Janukovcova 1518/2
170 04 Prague 7
Tschechische Republik
Tel: +420 233 045 536
Fax: +420 233 044 636
E-mail: 170@nku.cz
http://www.nkv.cz

Turkish Court of Accounts
Sayistay Baskanligi
Inonu Bulvarı
06530 Balgat
Ankara
Türkei
Tel: +90 312 2953030
Fax: +90 312 2954094
E-mail: int.relations@sayistay.gov.tr
sayistay@sayistay.gov.tr
http://sayistay.gov.tr

The Accounting Chamber of Ukraine
7M, Kotzubyntskogo Str.
01601, Kiev-30
GSP 252601
Ukraine
Tel: +380 44 224 26 64
Fax: +380442240568
E-mail: rp@ac-rada.gov.ua
http://www.ac-rada.gov.ua

Apacazai Csere Janos Utca 10
1052 Budapest
Ungarn
Tel: 003614849100
Fax: 003614849200
E-mail: kovacs@asz.hu
http://www.asz.hu

The Committee of State Control of the Republic of Belarus
3, K. Marx St.
Minsk 220050
Weißrussland
Tel: +375172272422
Fax: +375172891484
E-mail: kgk@mail.belpak.by

Audit Office of The Republic
12, Vyzantiou Str.
1406 Nicosia
Zypern
Tel: +357 2 2401300
Fax: +357 2 2668153
E-mail: cao@audit.gov.cy
cao@cytanet.com.cy
http://www.audit.gov.cy



E U R  S A I

Organización de las Entidades Fiscalizadoras Superiores de Europa
European Organisation of Supreme Audit Institutions
Organisation des Institutions Supérieures de Contrôle des Finances Publiques d'Europe
Europäische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden
Европейская организация высших органов финансового контроля